

Aufmarsch

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Aufmarsch.

Die Etatsdebatte nach Neuwahlen pflegt Tage von besonderer Bedeutung zu bringen, an denen sich der Aufmarsch der Parteien vollzieht, die Segner einander wieder Auge in Auge messen und die Programmfahnen entrollt werden. Wie redete sich vor fünf Jahren, als der Reichstag des konservativ-liberalen Blocks zusammentrat, die bürgerliche Mehrheit im Gefühl ungebändigter Triumphe, wie schaute man höhnend und spottend nach der äusseren Linken des Hauses und den gesichtslosen Reihen der sozialdemokratischen Fraktion hinüber und wie wenig wußte sich der Arrangeur jenes „Wahlkampfes“ von Eintagsgeltung, Herr v. Bülow, in seinem Siegesübermut zu zähmen, als er Babel, den Führer der angeblich „niedergerittenen Partei“ zur Zielscheibe seiner viel belachten und doch so unendlich schalen Spähschen machte.

Wie hat sich das Blatt gewandt! Als gestern die Besprechung des Etats begann, da war der trotzig in die bürgerliche Mehrheit hineingeschobene Keil der roten Hundertzahn wohl das bedeutendste Zeichen für den Wandel der Dinge. Auf der einen Seite diese kompakte Masse, zusammengehalten nicht wie bürgerliche Blöcke dieser und jener Art durch gemeinsame Parteinteressen und nicht wie sie leicht auseinanderfallend in dem Kampf um die Beute, sondern wie durch einen eisernen Keil umschlossen von dem Geist desselben Klassenbewußtseins und dem frohen Gefühl der Kampfgenossenschaft in dem erhabensten und gewaltigsten aller Kriege, dem Befreiungskriege der unaufhaltsam vorwärts drängenden Arbeiterklasse.

So auf dieser Seite des Gefechtsfeldes. Drüben aber das Chaos der bürgerlichen Parteien, ohne festes Ziel und darum ohne festen Willen, bereit, untereinander sich zu schlagen und sich wieder zu vertragen, zufrieden, wenn man gerade so von der Hand in den Mund leben kann, und stets behaftet mit einem bösen Gefühl in der Gegend des Zwerchfells, ob der ständig und ständig steigenden roten Flut. Und der Stuhl rechts von der Rednertribüne ist leer. Dem Hans im Glück von 1907, diesen Stanzler der schwabenden Leichtfertigkeiten, der ewig wie ein Champagnerpfropfen auf den Wellen tanzte, wellauf und wellab, ihn hat inzwischen doch die Welle verschlungen, und der Mann, der an seiner Stelle wohl mehr des Amtes Würde als seine Würde fühlt, hat weder Lust noch Anlaß, sich, wie sein Vorgänger vor fünf Jahren, mit einem Siegerlächeln auf seinem Platz zu spreizen. So blieb Herr v. Bethmann-Hollweg dem größten Teil der Sitzung fern, und als er doch erschien, harrte er, der menschgewordenen Melancholie gleich, auf seinem Stuhl, bis er eine kurze Erklärung los werden konnte, die ganz allgemein auf die an Saldañes Berliner Besuch anknüpfenden Verhandlungen zwischen der deutschen und englischen Regierung hinwies. Diese Erklärung wurde von der Rechten mit eisigem Schweigen, von Nationalliberalen und Fortschrittler mit gläubigem Beifall und von den Sozialdemokraten mit ruhiger Zurückhaltung aufgenommen.

Darin dokumentierte sich die allgemeine Stimmung in den verschiedenen Teilen des Hauses ebenso, wie das Wenige, was der Kanzler zu sagen hatte, kennzeichnend für diesen ganzen ersten Tag der Etatsdebatten war. Ob nun die Parteien durch den zähen Kampf um das Präsidium etwas ermattet waren, ob andere schwer abzuschätzende Dinge mitdrückten, auf jeden Fall zeigte dieser Tag nicht den hohen politischen Wellenschlag, den man erwartet hatte. Zum erstenmal war es die Sozialdemokratie, die als die stärkste Partei die Debatte einleitete. Als erster Etatsredner war von der Fraktion der Genosse Scheidemann ausgerufen, aber da er zu den amtierenden Vizepräsidenten gehört, mußte er sich enthalten, und in die Lücke trat Genosse Dr. Frank, der als zweiter Etatsredner vorgesehen war. Die Würde von Frank's Rede war die Kürze. Für diese Kürze läßt sich zweifellos ein Rechtsgrund aus der Tatsache ableiten, daß die bürgerlichen Parteien mit ihrem Geschwader und Gezänk um den Präsidentenposten die Arbeit des Parlaments ungebührlich verzögert haben und daß die Sozialdemokratie als die einzige Partei der wirklich positiven Arbeit dem Lande zeigen will: nicht um Reden zum Fenster hinaus zu halten, sondern um für die ungeduldrigen Millionen da draußen, deren Mandatäre wir sind, schaffend die Hände zu regen, da zu sind wir hier! Aber auf der anderen Seite brachte diese Selbstbeschränkung doch einige Unzutrefflichkeiten mit sich. Die Bedeutung dieses großen weltgeschichtlichen Augenblicks, da ein Sozialdemokrat als Vertreter der stärksten Partei des Hauses der erste Redner zu Beginn einer neuen, an Kämpfen reichen Legislaturperiode ist, neben den geringen Umfang der Rede gehalten, ergibt ein Bild, als wenn ein Feldherr mit zu großen Truppenkörpern auf zu kleinem Felde exerzierte. Aber abgesehen davon, mußte Genosse Dr. Frank einen wirkungsvollen Ton anzuschlagen und fand, als er mit weit-ausgehender Geste zum Schluß die Sozialdemokratie mit einem Reife verglich, der desto fester und desto tiefer in das Gefüge der sogenannten bürgerlichen Ordnung hineingetrieben wird, je mehr man darauf schlägt, lebhaften Beifall. Ebenso lebhaft war zu Beginn seiner Rede die Heiterkeit, als er den verschiedenen bürgerlichen Parteien mit ironischen Worten auf den Leib rühte. Dazwischen entrollte er flü-

zierend, was die Sozialdemokratie an Forderungen auf dem Gebiet der inneren wie der äußeren Politik von diesem Reichstag erwartet und fand damit hin und wieder auch den Beifall der Fortschrittler. Nur als er auf die Möglichkeit hinwies, zur Erköpfung parlamentarischer Rechte das Budgetrecht als scharfe Waffe zu gebrauchen, herrschte Stabschweigen auf der bürgerlichen Linken und kein bestimmender Zuruf gab von dem Mindestmaß politischer Entschlossenheit Kunde, was wirklich kämpfende Parteien nun einmal besellen muß.

Zu Wort kam der linke Flügel des bürgerlichen Liberalismus gestern nicht mehr. Zwei Redner des schwarzblauen Blocks, für das Zentrum Herr Speck und Graf Westarp für die Konservativen, fanden sich in dem scharfen Pronunziamento gegen die Wirtschaftssteuer, die auch jetzt noch für sie unannehmbar sei und als eine Brüstung der Parteien betrachtet werde, die sich um die Sanierung der Reichsfinanzen so besondere Dienste erworben hätten. Da um die Deckungsfrage der neuen Militär- und Marinevorlagen der nächste große Waffengang ausfochten werden wird, so war diese scharfe Abgabe an direkte Vermögenssteuern, die vom Grafen Westarp noch mit einem Ausfall gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht unterstrichen wurde, mindestens ebenso bedeutungsvoll wie die Erklärung, die Justizrat Dr. Zund für die Nationalliberalen abgab, daß sie nämlich auf keinen Fall dafür zu haben seien, die Rüstungsvermehrungen mit neuen Verbrauchssteuern zu bezahlen! Freilich wird, wer den häufigen Bestand zwischen nationalliberalen Worten und Taten kennt und sich gerade an dem nationalliberalen Schauenspiel der letzten Tage ergötzt hat, weit eher geneigt sein, auf die volksfeindliche Erklärung der schwarzblauen Blockbrüder als auf die volksfreundliche Versicherung des Nationalliberalen Hüner bauen. Herrn Zund's Rede bewegte sich im übrigen auf der mittleren Linie und pries das lauwarme Prinzip der Mäßigung nach oben und unten, der Mäßigung nach links und der Mäßigung nach rechts. Der Leipziger Justizrat brachte es fertig, in einem Atemzug für den Militarismus und für den Frieden, für das Koalitionsrecht und für den Streikverbot, für Sozialpolitik und für Lebensmittelminder einzutreten und tanzte — Ehre wem Ehre gebührt! — diesen Eieranz so geschickt von Anfang bis zu Ende, daß er auch nicht ein Ei zerbrach. Herr Speck wühlte, wie ein Geizhals im Golde wühlen mag, in Zahlen und immer wieder in Zahlen und mußte sich wegen einiger skeptischer Bemerkungen wider die Finanzgebarung des Reichschatzsekretärs von diesem Beamten die treffende Replik auf den Pelz brennen lassen, daß ja das Zentrum dieser Finanzgebarung im ganzen und im einzelnen aus vollem Herzen zugestimmt habe.

Der Redner der Junkerpartei, Graf Westarp, spielte sich so recht als einen Vertreter jener Klasse auf, für die die Weltgeschichte das vernichtende Urteil in ihre Tafeln einträgt: Nichts gelernt und nichts vergessen! Euerlos scheint das Volksgericht der Reichstagswahlen an dieser Sippe vorübergegangen zu sein, und es wird stärkerer Gemitter bedürfen, um ihr die Räson des zwanzigsten Jahrhunderts beizubringen. Hochfahrend, voll Dünkel und Eigensinn, so stand dieser Musterprophet auf der Tribüne, suchte, freilich vergebens, die Sozialdemokraten durch plumpe Schmähungen zu reizen, um dann seinen ganzen Reichsverbandszettelkasten ausleeren zu können, und verpörrte all seinen Geifer gegen die moderne Arbeiterbewegung, die do keines schönen Morgens über ihn und seinesgleichen zur Tagesordnung der Zukunft übergegangen sein wird.

Denn sie ist das Bleibende in dem bunten Wechsel der politischen Erscheinungen. Gelassen sieht darum die Sozialdemokratie dem Aufmarsch der Parteien zu, der sich gestern vollzogen hat, gelassen blickt sie den Schlächten entgegen, die die nahe Zukunft birgt. Nicht willens, in das alte Marktgewühl parlamentarischen Schwachs hinabzusteigen, ist sie bereit, sich mit aller Stohkraft in den Kampf um der Menschheit große Gegenstände zu stürzen, sich dabei stets dessen bewußt, daß sie viereinviertel Millionen Wähler hinter sich hat, die am 12. Januar so flirrend, wie einst der Gallierfürst sein Schwert, ihren Willen in die Waagschale geworfen haben.

Die Sozialdemokratie ist die unbeirrbarere Volkstreuerin dieses Millionentwillens!

Es lebe die Volksauswucherung!

Auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde enthusiastisch auf die agrarische Volksauswucherung getoastet. Daß bei dieser Feier die Herren Minister zahlreich vertreten waren, versteht sich von selbst. Herr Delbrück und der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer legten durch ihre Anwesenheit Zeugnis davon ab, daß bei uns die agrarischen Interessen, die Interessen des Großgrundbesitzes Trumpf sind und alle Zeit bleiben sollen, so lange das sich die Volksmasse eben gefallen läßt!

Graf Schwerin-Löwit hielt die eigentliche Ansprache. Er fand nicht Worte genug des Triumphes über die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, die trotz „schwerer Zeiten“ die nationale Aufgabe, ausreichende Lebensmittel für das deutsche Volk zu produzieren, glänzend erfüllt habe. Es versteht sich von selbst, daß dieser Festredner die Klagen über die Fleischnot als ganz unbegründete

Agitationsphrasen mit verächtlicher Handbewegung abtat. Ja, so versicherte er, das deutsche Volk habe heute pro Kopf doppelt, ja dreimal so viel Fleisch zu verzehren, als vor 30 oder 35 Jahren!

Man sollte nicht glauben, daß eine solche Volksverhöhung selbst aus solchen Munde möglich sei. Denn ein Blick auf die Viehstatistik beweist ja, daß in Preußen, dem zwei Drittel des Deutschen Reiches umfassenden Bundesstaate, die Vermehrung des Viehes nicht einmal gleichen Schritt gehalten hat mit der Bevölkerungszunahme. Gab es doch 1873, also vor zirka 40 Jahren, in Preußen 8 639 514 Rinder gegenüber 11 582 054 Rindern im Jahre 1910. Und selbst wenn man unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sich die Zahl der Schweine in diesem Zeitraum annähernd vervierfacht hat, die 1910 gezählten 16 461 658 Schweine nach den in amtlichen Berechnungen angewandten Verhältniszahlen (ein Großvieh = vier Schweine = zehn Schafe) mit berücksichtigt, so ergibt sich, daß seit 1873 die Zunahme des Viehes nur 38 Proz. betragen hat, die Zunahme der Bevölkerung dagegen nicht weniger als 60 Proz. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, daß die Zahl der Schafe seit 1873 von 19,6 auf 4,6 Millionen zurückgegangen ist, was (nach der amtlichen Berechnungsmethode) eine Verminderung der Rinderzahl von 1 1/2 Millionen bedeutet!

Es zeigt sich also, daß die Behauptung des Grafen Schwerin-Löwit, die Fleischproduktion habe sich in den letzten 30 bis 35 Jahren verdoppelt und verdreifacht, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Dabei hat der phantastische Agrarierhüchling weiter übersehen, daß sich in dem von ihm genannten Zeitraum auch eine totale Umwälzung innerhalb der Berufszugehörigkeit des Volkes vollzogen, das Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft vollständig in sein Gegenteil verkehrt hat. Bildete vor 30 und 40 Jahren die Landwirtschaft zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, so umfacht sie heute nicht vielmehr als ein Viertel! Mit der Verschiebung aber geht das Bedürfnis nach zunehmender Fleischnahrung Hand in Hand. Diesem Bedürfnisse aber kann trotz der phantastischen Ziffern des Grafen Schwerin-Löwit in keiner Weise entsprochen werden! In den größten Städten des Reiches, in Berlin, München, Leipzig, Köln, Dresden usw. usw., ist der Fleischverbrauch pro Kopf zurückgegangen! Wenn er schon im allgemeinen zurückgegangen ist, um wieviel hat sich dann erst der Fleischkonsum der nicht besitzenden Stadt- und Industriebevölkerung vermindert! Und trotzdem renommiert Herr Graf Schwerin-Löwit mit der glänzenden Erfüllung der nationalen Pflichten der Volksernährung, auf die die deutsche Landwirtschaft stolz sein dürfe!

Nach dieser volkswirtschaftlichen Münchhausenade ging dann Herr Schwerin-Löwit auch auf die Parteipolitik über, um unter Bewährerung des „großen Preußenkönigs“, des „Geistes der Freiheitskriege“ die „patriotische“ Mahnung an die bürgerlichen Parteien zu richten, doch nicht mehr in schnöder Verkennung ihrer vaterländischen Pflichten sich selbst auf Tod und Leben zu bekämpfen, sondern die „rechte Liebe zum Vaterland“, die „christliche Liebe“ zu betätigen, die „alles überwindet“.

Nach dieser Verherrlichung der agrarischen Wucherpolitik und diesem brünstigen Sammeln hielt es auch der Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, für an der Zeit, auf die agrarische Volkspolitik und die Sammlung aller Ausbeuterelemente zu tosten. Was die Landwirtschaft erreicht habe, erklärte Herr Delbrück, sei das „Ergebnis ihrer eigenen Arbeit“ — als ob nicht die ganze Reichsgesetzgebung, der ganze Zollwucher nur darauf zugeschnitten wären, den Großbauern und vor allen Dingen den Großgrundbesitzern auf Kosten des ausgepörrten Volkes die unerhörtesten Wucherpreise für die notwendigsten Nahrungsmittel zu sichern. Die Rede Delbrück's beweist, daß die Regierung wirklich noch nichts aus den Reichstagswahlen gelernt hat, daß sie auch für die Zukunft bereit ist, mit ihren Junkern und Junkergenossen durch dick und dünn zu gehen, daß sie für die Volksauswucherung nichts hat als agrarische Schwimbelziffern und den Appell an die bürgerlichen Parteien, sich doch wieder mit dem lieben Junkertum zur gemeinsamen Volksnebelung zusammenzufinden!

Welche Dreistigkeit unsere Junker besitzen, beweist ja die von konservativer Seite im preussischen Abgeordnetenhaus gegebene Anregung, die preussische Regierung zu verpflichten, im Bundesrat für Schaffung von Fischzäunen einzutreten. Also selbst das kümmerliche Surrogat einer unzulässigen und nicht einmal besonders billigen Fischzucht ist unseren Fleischwucherern noch ein Dorn im Auge! Der „Lüdenlose Zolltarif“ soll womöglich auch diese Lücke ausfüllen.

In dem bevorstehenden Kampfe gegen diese agrarischen Annahmen wird auf den Rechtsliberalismus nicht der geringste Verlaß sein. Ja, daß sogar innerhalb des Freisinn's „gemäßigt“-schützöllnerische Auffassungen stark vertreten sind, ist ja hinlänglich bekannt. Die arbeitende Bevölkerung wird sich deshalb durch den Erfolg gegen den „schwarzblauen Block“ nicht einlassen, sondern jederzeit auf dem Posten sein müssen, wenn es gilt, gegenüber frant- und schlotzjunferlichen Unversorenheiten auch nur ihren allerbescheidensten Anteil an dem wachsenden „Nationalreichtum“ zu erkämpfen!

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 80 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Streifenlänge und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Zur englischen Unterhaushaus sind aus Anlaß der Adressdebatte am Mittwoch vom Premierminister Asquith ausführliche Darlegungen über die Beziehungen zwischen England und Deutschland gemacht worden. Das Ergebnis des Besuchs des Staatsministers Saldaña in Berlin spielte dabei eine Rolle. Den in der geistreichen Nummer mitgeteilten Ausführungen Asquiths ist noch einiges nachzutragen.

Asquith sagte in bezug auf die Unterhandlungen Saldañas in Berlin:

Gerade die Tatsache eines solchen Meinungswechsels unter solchen Bedingungen sollte in sich selbst den Argwohn, wo er immer herrschen möge, zerstreuen, daß eine von beiden Regierungen Angriffspläne gegen die andere erwägt. Ich streite mich, dem Hause sagen zu können — und ich glaube, daß meine Worte ein Echo finden werden — daß dies einen großen Gewinn bedeuten wird. Aber ich hoffe ernstlich — und ich darf weitergehen und sagen, daß ich es wirklich glaube —, daß die Unterredungen mehr als dieses negative Resultat gehabt haben werden. Ich kann freilich in diesem Stadium keine Prophezeiung aussprechen oder auf Einzelheiten eingehen, aber ich darf sagen, daß im Laufe des Besuchs Lord Saldañas auf beiden Seiten der aufrichtige und entschlossene Wunsch zutage trat, eine bessere gegenseitige Stellung zu begründen ohne — und das lassen Sie mich vollkommen klar machen — die besonderen Beziehungen, in denen Deutschland oder England zu anderen Mächten stehen, in irgendeiner Weise zu opfern oder zu verschlechtern. (Beifall bei der Opposition.) In diesem Sinne sind die Verhandlungen geführt worden und das frische Licht des Meinungsaustausches hat dazu geführt, daß beide Mächte jetzt mit einer sorgfältigen Prüfung der praktischen Möglichkeiten beschäftigt sind. (Beifall.) Ich unterliege sehr gern die sehr kluge Sprache, die Lord Saldaña in seinen Schlussbemerkungen über diesen Gegenstand gebrauchte, daß man bei derartigen Angelegenheiten die Zusage der Geduld besitzen und üben müsse. (Beifall.)

Auch im Oberhaushaus gab die Adressdebatte Anlaß zu Auseinandersetzungen über die deutsch-englischen Beziehungen. Es wird darüber gemeldet:

London, 14. Februar. In der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Lansdowne: Wir können uns beghütenswünschen, daß der europäische Friede augenblicklich nicht bedroht ist. Aber vor wenigen Monaten gab es einen Zeitpunkt, wo England dicht vor einem ersten Streik mit einer Macht stand, mit der jeder recht empfindende Engländer in Frieden zu leben wünscht. Es ist beklagenswert, daß diese Mißverständnisse und Befürchtungen bestehen, und es ist Pflicht aller gut gesinnten Männer, zu versuchen, sie zu beseitigen. Ich bin überzeugt, die Regierung wird bei jedem Versuch dazu die Unterstützung der Opposition haben. An die Regierung sind zahlreiche Aufforderungen ergangen, eine Verständigung mit Deutschland zu erreichen, aber zwischen England und Deutschland gibt es nicht wie zwischen England und Frankreich akute Fragen, die der Entscheidung harren. Das ist deshalb nicht der Fall, weil England während der letzten 20 Jahre solche Fragen, sobald sie auftauchten, zur Zufriedenheit beider Regierungen erledigte. Wenn der Besuch Lord Saldañas irgend zu diesem Zwecke beiträgt und er den Delirium im Knopfloch mitbrachte, beglückwünschen wir ihn auf unserer Seite des Hauses ebenso warm, wie seine Freunde auf der anderen Seite. Der Earl of Crewe sagte: Es ist richtig, daß die deutsche und die englische Regierung sich bemüht haben, dem durchaus unnatürlichen Zustand der öffentlichen Meinung ein Ende zu machen. Beide Regierungen wissen, daß deren Ansichten weder durch Tatsachen noch durch die Absichten unserer Regierung gerechtfertigt sind. Die natürliche Wirkung davon war, daß von der einen oder der anderen Seite Schritte zu Besprechungen zu tun waren, die im allgemeinen klarmachen konnten, daß keine Mißverständnisse beständen. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß der Besuch eines britischen Ministers der deutschen Regierung nicht unangenehm sein würde. Saldaña reist oft nach Deutschland, ich glaube, daß er tatsächlich bald wieder dorthin hatte reisen wollen. Der Regierung schien es daher, besonders angesichts von Lord Saldañas Vertraulichkeit mit Deutschland und seiner Intimität mit den Deutschen, daß zwischen ihm und Vertretern der deutschen Regierung Besprechungen folgen sollten ohne Vorurteil und mit größerer Offenheit und größerem Freimut stattfinden könnten, als es sonst möglich gewesen wäre. Lord Saldaña ging nach Berlin und hatte eine Anzahl Besprechungen mit hervorragenden Mitgliedern der deutschen Regierung. Er fand sie ebenso ausgesprochen wie unsere Regierung von dem Wunsche befeuert, alle möglichen Mißverständnisse zu zerstreuen. Man war darüber einig, daß etwas wirklich Gutes erreicht werden könnte, ohne die beiderseitigen bestehenden Freundschaften und Verpflichtungen verschiedener Art irgendwie zu beeinträchtigen. Am wichtigsten ist der Geist der Offenheit, der auf beiden Seiten zutage trat, und ebenso die offene Anerkennung der Ansprüche auf die Plätze in der Welt, die Deutschland und wir innehaben, oder hoffen künftig innehaben zu dürfen, eine Anerkennung, die wir untereinander sicherlich aufrecht zu erhalten wünschen. Ich kann Ihnen nichts sehr Positives und Bestimmtes sagen, doch ich darf sicherlich sagen, daß der Besuch Lord Saldañas in Berlin Gutes erreicht hat, und ich darf hoffen, daß weiter Gutes dadurch stehen wird durch Herstellung von Beziehungen der Freundschaft und Offenheit zwischen der deutschen Regierung und uns selbst.

Aus den Reden der englischen Regierungsvorsteher spricht zweifellos eine freundschaftliche und verständliche Stimmung gegenüber Deutschland aus, und es wäre zu wünschen, daß den Reden auch entsprechende Taten folgten, daß vor allen Dingen der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Ländern aufhörte. Die deutsche Sozialdemokratie, die stets von den freundschaftlichsten Gefühlen für das arbeitende Volk Englands befeuert war, würde es nur freudig begrüßen, wenn auch die Regierungen ihr gegenseitiges Mißtrauen aufgäben, einem friedlich-wettbewerblichen Wettstreit der beiden Länder die Wege ebneten und nicht mehr Dreadnoughts, Torpedos und Unterseeboote gegeneinander auspielten. Die Erklärung, die der deutsche Reichskanzler heute im Reichstage verlesen hat, läßt die Auffassung zu, daß man auch in deutschen Regierungskreisen bereit ist, die so häufig gespannten Beziehungen zu England zu bessern und einen Zustand gefährlicher Neizbarkeit mit einem solchen friedlicher Verständlichkeit zu vertauschen.

So sehr das Proletariat und die Sozialdemokratie mit dieser Wendung der Dinge einverstanden sein können, so sehr müssen sie sich darüber klar sein, daß damit die imperialistische Politik der beiden kapitalistisch am weitesten entwickelten Staaten nicht zu Grabe getragen worden ist. Der Imperialismus wäre damit nur für einige Zeit dem Stadium einer ruhigen Verfahren und Konfliktmöglichkeiten entrückt. Das imperialistische Expansionsbestreben Englands und Deutschlands wird eben auf Grund freundschaftlicher Vereinbarungen seine Befriedigung suchen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird

Deutschland aus der friedlichen Verständigung mit England zunächst für seinen afrikanischen Kolonialbesitz Vorteile herauschlagen wollen. Das Ziel der deutschen Kolonialpolitik, die Vergrößerung, Abrundung und Zusammenziehung der deutschen mittelafrikanischen Kolonien, wird jetzt mehr denn je zu erreichen gesucht. Zur Erwerbung der portugiesischen Kolonien, die trotz aller Dementis der portugiesischen Regierung doch über kurz oder lang England und Deutschland zufallen werden, ist ein Einvernehmen dieser beiden Staaten die erste Voraussetzung.

Das Proletariat muß daher die deutsch-englische Verständigung mit einem heiteren und einem nassen Auge ansehen. Der Gefahr eines erneuten Konflikts zwischen England und Deutschland scheint es — vorläufig wenigstens — entrückt, dafür taucht aber das Gespenst schwerer kolonialer Lasten vor ihm auf, während der Sehnsuchtschrei der deutschen Imperialisten: „Ganz Mittelafrika deutsch!“ der Erfüllung immerhin nähergerückt erscheint.

Sozialdemokratische Initiativanträge im Reichstage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am 14. Februar die erste Serie Initiativanträge eingebracht. Sie zerfallen zunächst in zwei Gruppen: Anträge staatsrechtlicher Natur, die auf eine Erweiterung der Rechte des Reichstages hinauslaufen, und sozialpolitische Anträge. Nachstehend geben wir den Wortlaut der Anträge:

1. Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz:

„In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.“

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Bundesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.“

2. In Artikel 11, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reichs sind hinter den Worten (Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung) „des Bundesrats“ einzufügen „und des Reichstages“ (erforderlich).

3. In Artikel 17 werden die Worte: (des Reichskanzlers), welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, gestrichen.

Hinter Artikel 17 sind folgende Bestimmungen einzufügen:

„Artikel 17a.
Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.“

(In weiteren Artikeln 17b bis 17i werden dann Vorschriften über die praktische Durchführung der Verantwortlichkeit, Anklage des Reichskanzlers, Verfahren gegen ihn, Schadenersatz usw. gegeben.)

4. In die Verfassung des Deutschen Reichs wird nach Artikel 23 nachfolgender Artikel eingefügt:

„Artikel 23a.
Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Tatsachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.“

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeiterfüllung und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgesetzt wird.“

5. Dem Artikel 30 der Reichsverfassung werden folgende Sätze hinzugefügt:

„Demgemäß sind die Mitglieder des Reichstages auch berechtigt, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern. Gegenstände, die ein Mitglied des Reichstages in dieser Eigenschaft erhalten hat, und die sich in seinem Besitz oder seiner tatsächlichen Gewalt befinden, sind der Beschlagnahme entzogen. Dasselbe gilt von den Aufzeichnungen, die Mitglieder des Reichstages in dieser Eigenschaft gemacht haben.“

Der Artikel 31 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung:

„Artikel 31.
Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“

Auf Verlangen des Reichstages muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs-, Straf- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.“

§ 52 der Strafprozeßordnung erhält folgende Fassung:

Zu Absatz 1:

„4. Mitglieder des Reichstages, eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates und Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist.“

6. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis, im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Ubergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird.“

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 25 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden.

7. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst bald eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen, durch welche eine Reichsbehörde gebildet wird zur Untersuchung von Unfällen beim Bergbau und zur Anordnung von vorbeugenden Maßnahmen gegen Unfälle.

Die Untersuchungsbehörde soll bestehen:

a) aus vom Bundesrate zu ernennenden Sachverständigen des Bergbaues,

b) aus vom Reichstage zu wählenden Beisitzern,

c) aus von den Bergarbeitern zu wählenden Vertrauensleuten.

8. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theaters-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen für das ganze Reich geregelt werden.

9. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund von § 120f der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, welche

1. für die in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter die Dauer der Arbeitszeit auf 8 Stunden des Tages beschränkt und in Glashütten die Nacharbeit an den Gläsern behufs Verarbeitung der Glasmasse und an den Stredöfen das Streden verbietet;

2. in Glashütten das Arbeiten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der erforderlichen Unterhaltung des Feuers an den Öfen, allgemein verbietet und anordnet, daß an Wochentagen die Arbeit an Glas- und Stredöfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens beginnen und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden darf.

10. Abänderung des Gesetzes betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom 21. Juni 1890.

Im § 4 wird die Nummer 4 dahin geändert:

4. insofern der Gesamtbeitrag der Vergütung (§§ 1, 2) die Summe von zweitausendfünfhundert Mark (zwei gegenwärtig 1500 M.) übersteigen hat.

11. Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die für gewerbliche oder andere Unternehmungen errichteten Pensionskassen unter Beobachtung folgender Grundsätze für das ganze Reich einheitlich geregelt werden:

1. Festsetzung einer Maximalgrenze der Eintrittsgelder und Beiträge. Die Beiträge der Unternehmer haben mindestens 50 Proz. zu betragen;

2. Selbstverwaltung der Kassen durch Vertreter der Mitgliedschaft unter Teilnahme der Berufsvertretung. Doch muß die Arbeitervertretung entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der internen Kassenverhältnisse haben. Die Wahl der Arbeitervertreter hat auf Grund des geheimen, direkten Wahlrechts zu erfolgen. Das Wahlrecht ist allen aktiven, invaliden und freiwilligen Kassenmitgliedern zu erteilen. Beamte dürfen nur als Unternehmervertreter zugelassen werden. Durch Entlassung aus der Arbeit darf dem Arbeitervertreter das Mandat nicht verloren gehen;

3. Sicherung der erworbenen Pensionsansprüche, nach freiwilliger oder unfreiwilliger Aufgabe der Werkarbeit, durch Zahlung einer möglichen Anerkennungsgeld- oder freiwillige Zahlung des früheren Beitrages; im letzteren Falle entsprechende Steigerung der Pensionsansprüche. Gegenseitigkeitsverhältnis der Kassen. Rückzahlung der Einzahlungen, abzüglich der Verwaltungskosten, an solche auscheidenden Mitglieder, die mehr als 200 Wochen Beiträge zahlten und nicht mehr aktive oder freiwillige Mitglieder ähnlicher Kassen werden können;

4. Ausschluß der Anrechnungsfähigkeit von Unfall- oder Invalidenrenten oder Militärpensionen, sofern die Gesamtbezüge nicht den Durchschnittslohn übersteigen, den das betreffende Mitglied in den letzten 10 Jahren verdient hat.

12. Der Reichstag wolle beschließen: die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinspektion, sowie Schaffung eines Reichswohnungsamts.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar 1912.

Innere Kolonisation.

In die langweiligen Staatsberatungen des Abgeordnetenhauses über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung brachte am Donnerstag einiges Leben und eine gewisse Abwechslung die Rede unseres Genossen Hoffmann über die innere Kolonisation. Im Gegensatz zu den Konservativen, die in der inneren Kolonisation ein Mittel erblicken, immer weitere Kreise von Landbewohnern in die Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern zu bringen, wies unser Redner mit allem Nachdruck darauf hin, daß die 1 1/2 Millionen für innere Kolonisation nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, solange man damit die Absicht der Koloniserung oder der Veranziehung von Hörigen verbindet. Auch die Regierung, die durch allerhand bürokratische Maßnahmen den Bewohnern der Großstädte, die sich vor den Toren ansiedeln, um im Sommer frische Luft schöpfen zu können, den Aufenthalt in ihren Landkolonien verleiht, bekam bittere Wahrheiten zu hören. Erdwert wurde dem Genossen Hoffmann seine Kritik leider durch verschiedene Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, auf die sich die Gegner beriefen, um sie uns als Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Aber Hoffmann verstand es mit gutem Humor, diese Krönzeugen der Junfer von den Hochstufen abzuschießen. Leider wird die Regierung ihre Agrarpolitik nicht ändern. Erklärte doch der Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser, daß die „nationalen“ Aufgaben in den Ostmarken nicht vernachlässigt werden, mit anderen Worten, die Polen sollen nach wie vor mit den für die innere Kolonisation bewilligten Mitteln bekämpft werden. Daß die Siehe, die Hoffmann austeilte, geissen haben, bestätigt die „Erwidern“ des Landrats von der Osten, der in seiner Verlegenheit nichts Besseres tun zu können glaubte, als die Rede unseres Fraktionsredners als Wahlrede zu bezeichnen, und den Sozialdemokraten den guten Willen absprach, in ersten Dingen mitarbeiten zu wollen.

Nach Bewilligung dieses Etats erledigte das Haus noch den für die Junfer so wichtigen Etat der Gestütverwaltung. Die Debatten hierüber sind nicht der Erwähnung wert.

Freitag: Forstetat, Etat der Domänenverwaltung und Initiativanträge.

Die nationalliberale Krise.

Die Krise der nationalliberalen Partei dauert ungeschwächt fort. Die rechtsnationalliberale Presse stellt Herrn Baffermann immer schroffer die Kabinettsfrage. Entweder verzichte er auf seine Führerstellung oder die Rechtsnationalen marschieren zu den Freikonserverativen ab. So schreiben die „Hamburger Nachrichten“:

„Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die heftigen und bössigen angeblichen Nationalliberalen überhaupt keine solchen mehr sind, sondern sabbdeutsche Demokraten (!) mit stark sozialistischem Einschlag, er wäre hierdurch erbracht. Der diametrale Gegensatz zwischen ihren Anschauungen

und denen ihrer nordischen Parleigenossen aber bildet einen weiteren Grund zur Vornahme der von uns als unerlässlich bezeichneten reinlichen Scheidung der dissonanten Elemente der nationalliberalen Partei. Es ist ein Ding der vollsten Unmöglichkeit, daß z. B. ein hamburgischer Nationalliberaler, der das Verhalten der Mehrheit seiner Partei bei der Präsidentenwahl aufs schärfste mißbilligt und als schmachvolle Preisgabe der alten ruhmvollen Tradition des Nationalismus empfindet, sich noch weiter als „Partei-genosse“ der Darmstädter oder Markbrücker Nationalliberalen fühlen kann, die nicht nur den Verrat an den wichtigsten Parteiprinzipien billigen, sondern ganz ungeniert fordern, daß an dieser treubruchigen Politik festgehalten werde. Da die politische Empfindung und gegen das Parteichefgefühl. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß die bayerischen und bairischen Nationalliberalen mit Herrn Passermann zum Erodus nach links hin genötigt werden, der die einzige vernunftgemäße Konsequenz ihrer bisherigen Haltung bildet. Der norddeutsche Nationalliberalismus aber muß sich nach rechts hin konzentrieren und die alte brennende Fahne hochhalten. Der eingetretene Bruch ist zu schwer und zu ellatant, als daß er verheißert werden könnte. Diese Erkenntnis vertieft sich, wie wir zu unserer Verteidigung bemerken, in den Kreisen der Nationalliberalen immer mehr.

Dieselbe Anschauung vertreten die Organe der rheinisch-westfälischen Nationalliberalen und im „Deutschen Voten“ ist zu lesen:

„Es soll nicht verschwiegen werden, daß uns in der Hauptsache nur norddeutsche Stimmen vorliegen. Das Bedauerlichste vielleicht ist aber, daß die nationalliberale Partei anscheinend wird aufhören müssen, eine umfassende Reichspartei zu sein, da Nord- und Süddeutschland in ihr zu weit auseinanderstehen. Eine neue Mainlinie — das ist am Ende das traurige Ergebnis einer Epoche, in der die nationalliberale Reichstagsfraktion der preussischen Führung ermangelte.“

Man darf neugierig sein, ob und wie lange der linke Flügel der Nationalliberalen solchen Angriffen wird standhalten können.

Dem preussischen Landwirtschaftsminister ins Stammbuch.

Bei dem Kapitel über „Innere Kolonisation“ hatte der Minister auf die Angriffe unseres Redners in preussischen Abgeordnetenhaus die Tatsache, daß die innere Kolonisationspolitik dazu benutzt wird, die Arbeiter als Hörige an die Scholle zu fesseln, damit widerlegen wollen, daß er einen Erlaß zum besten gab, der nach seiner Ansicht „so frei wäre, daher auf dem Bureau der freisinnigen oder sozialdemokratischen Partei verfaßt sein könnte“. Genosse Hoffmann rief ihm die Frage zu: „Und die Praxis?“, auf die der Herr Landwirtschaftsminister wohlweislich nicht antwortete.

Wie recht der Genosse Hoffmann hatte, wenn er sagte: „Die Triebfeder Ihrer ganzen inneren Kolonisation ist Interessenspolitik, sind Herrsch- und Unterdrückungsgelüste.“ dafür nur zwei kleine Beispiele aus den Verhandlungen der Konferenz zur Beratung über die Organisation der inneren Kolonisation, die am 14. und 15. Juni 1909 zu Berlin im Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Ministers für Landwirtschaft, Herrn von Arnim-Gröben, stattfanden. Rittergutsbesitzer Clebe-Redow sagt Seite 230 des stenographischen Berichts:

„Wer soll eigentlich der Träger der Arbeiteranstellung sein? Da komme ich zu dem Schluß, es soll eigentlich nur Träger sein der Grundbesitzer selber. Ich halte es auch für sehr bedenklich, daß die Genossenschaft gleichzeitig mit der Ansetzung von größeren Rentenanbietern Arbeiteranstellungen macht. Ich würde es für viel zweckmäßiger halten, wenn sie so vorgeinge, daß sie Arbeiteranstellungen erst ausschiede, einen gewissen Teil des Landes liegen ließe und dann, wenn die Bauernanstellung fertig ist, mit der Arbeiteranstellung vorgeinge. Wenn jetzt einer kommt, und sich eine kleine Stelle kaufen will, und es wird ihm unter sehr günstigen Bedingungen eine größere Stelle angeboten, dann nimmt er doch die und läßt die Arbeitsstelle sein.“

Also? Die Möglichkeit der Hörigkeit zu entziehen, muß dem Arbeiter genommen werden. Das ist die Praxis, Herr Landwirtschaftsminister! Doch weiter! In derselben Konferenz (stenographischer Bericht Seite 237) sagte Herr Rittergutsbesitzer von Kisting-Kolzig:

„Ich kenne mehrere andere Gutsbesitzer, die denken gar nicht an Anstellungsgenossenschaften. Sie kann Sie verschüchtern. Sie können einen Oberkellner eher tadeln, ehe er sich in die Anstellungsgenossenschaft hineinbegibt. Daran denkt er nicht. Die Fläche, die ich zu dem Hause zugebe, ist nur 12 Ar groß, also nur 1/2 Morgen. Der Arbeiter bekommt aber bei mir noch 2-3 Morgen Acker auf Zeitpacht, und diese behält er, solange er bei mir arbeitet. Arbeiterer nicht mehr bei mir, denn geht auch natürlich die Zeitpacht verloren, die hört dann eben auf! Außerdem kündige ich ihm dann auch noch meine zweite Hypothek, nebenbei kündige ich ihm wahrscheinlich auch die Landesversicherung die erste Hypothek (1). Also, meine Herren, die Arbeiter sind ganz fest angeheftet!“

Das, Herr Landwirtschaftsminister, ist die Praxis! Darüber helfen weder schöne Redensarten hinweg noch Erlasse, auf welche die Großgrundbesitzer und Junker pfeifen. Sie kommandieren und der Herr Minister hat Order zu parieren!

Das Stimmenverhältnis bei der bayerischen Landtagswahl.

Ueber die Stimmen, die auf die einzelnen Parteien gefallen sind, machen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgende Angaben:

Bund der Landwirte	63 094
Konservative	26 373
Mittelstandsvereinigung	3 800
Zentrum	370 265
Zentrum mit Anhang	463 631

Das Zentrum hat also von den im ganzen abgegebenen 600 325 gültigen Stimmen nur 370 265 erhalten, das sind 38,2 Prozent, noch weniger als bei der Reichstagswahl vom 12. Januar, wobei es in Bayern 38,8 Proz. der Stimmen auf sich vereinigete. Und das trotz der kräftigen Agitation und des ungeheuren Wahlterrorismus des Zentrumslerus!

Ein Vergleich mit der vorigen Landtagswahl von 1907 bestätigt — was schon die Reichstagswahlen gezeigt hatten — einen starken Rückgang der Zentrumsstimmen, absolut und relativ.

1907 erhielt das Zentrum im ganzen 308 417 Stimmen. Es hat also 26 182 Stimmen verloren. Damals betrug der Anteil des Zentrums an der Gesamtzahl 41,9 Proz., jetzt nur 38,2 Proz., also nur wenig mehr als ein Drittel aller gültigen Stimmen. Auf der anderen Seite verzeichnet die amtliche Tabelle für die Zentrumsgegner 499 746 Stimmen, fast eine halbe Million, 60,8 Proz. der Gesamtzahl, also die absolute Mehrheit.

Die Mehrheit der Zentrumsgegner wäre zweifellos weit größer, wenn nicht die ungerechte Wahlkreiseinteilung, die in vielen Gegenden die Anhänger der Liberalen, Bauernbündler und Sozialdemokraten „totgeteilt“ hat, in solchen Wahlkreisen den Zentrumsgegnern jegliche Aussicht auf Erfolg von vornherein genommen und sie dadurch verhindert hätte, dort eine wirksame Agitation zu entfalten. In einer Reihe solcher „bombensicheren Zentrumswahlkreise“ war deshalb die Wahlbeteiligung bei den Gegnern des Zentrums sehr gering.

Zimmerhin ist das nun festgestellte Ergebnis der Landtagswahlen lehrreich genug: Die absolute Mehrheit der Wähler hat sich als Gegner des Zentrums bekant; für das Zentrum stimmte nur wenig mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Wähler, und dieses Drittel, das obendrein nur ein Fünftel der Steuerlasten des Landes trägt, bestimmt jetzt durch ein Parteiministerium die Geschicke Bayerns.

Danach versteht man auch die Entdeckung der „Germania“, daß das Proportionalwahlrecht für Bayern nicht passe.

Die liberalen Minister im Bundesrat.

München, 15. Februar. Durch allerhöchste Entschliegung sind die zurückgetretenen bayerischen Staatsminister, die Mitglieder des Bundesrats waren, von ihrer Stellung als bayerische Bundesratsbevollmächtigte entbunden und an ihrer Stelle die Staatsminister Freiherr v. Hertling, Freiherr v. Soden, v. Thelemann und v. Freunig zu Bundesratsbevollmächtigten ernannt worden.

Gegen den Luftmilitarismus.

Aus London wird uns geschrieben: Auf Veranlassung der Internationalen Schiedsgerichtsliga, die in England einen stark proletarischen Anstrich hat, ist eine von einer großen Anzahl hervorragender englischer Persönlichkeiten gezeichnete Denkschrift an die Regierungen ergangen, worin gegen die Verwendung von Luftschiffen zu Kriegszwecken Protest erhoben wird.

Die Denkschrift verlangt eine internationale Verständigung, damit die Welt davon bewahrt wird, daß zu den gegenwärtigen Gräulichkeiten der Kriegführung diese neue hinzutritt. Eine internationale Verständigung ist unerlässlich, denn keine einzelne Macht kann die Entwicklung aufhalten. Jeder neue Tag bringt aber auch die Aussichten einer Verständigung. Die Denkschrift führt fort: „Die ganze Zivilisation beweist, daß sie Frieden und Wohlwollen wünsch und die schwere Last der Rüstungen herabsetzen wolle. Sind diese Beteuerungen nicht die eines hoffnungslosen Heuchlers, dann kann sie nicht ruhig zusehen, wie die Eroberung der Luft, diese glorreiche der mechanischen Erfindungen der Menschheit, zu Zerkürungszielen benutzt und damit die Last der Rüstungen stark erhöht wird.“ Die Denkschrift setzt sich dann mit den Argumenten auseinander, die gewöhnlich zugunsten des Luftmilitarismus angeführt werden. Die einen sagen, daß er gerade durch seinen unerhörten Schrecken die Menschen vom Kriege abschrecken und damit tatsächlich zur Wohlfahrt werden werde. Darauf wird geantwortet, daß der Fortschritt der Menschheit nicht diesen verzweifelten Weg geht und daß diese Auffassung die Anpassungsfähigkeit der menschlichen Natur unterschätzt, die alle Formen des Schreckens ertragen kann. Andere sagen, daß die Entwicklung der Flugtechnik des Ansporns des Militarismus bedürfe. Das leugnet die Denkschrift, erklärt aber, daß die Welt nichts verlieren würde, wenn infolge der gegenseitigen Hilfe statt der gegenseitigen Zerstörung der Menschen die Kunst des Fliegens um einige Jahre verzögert würde. Wieder andere sagen, wenn man zu Wasser und zu Lande Krieg führen dürfe, warum nicht auch in der Luft? Darauf erwidert die Denkschrift, daß niemals die praktische Möglichkeit bestanden habe, die Kriegswerkzeuge zu Wasser und zu Lande aus dem Gebrauche zu verbannen. Dagegen bestünde diese Möglichkeit für die Kriegswaffen der Luft, und zwar jetzt, bevor der militärische Nutzen dieser Kriegswerkzeuge bewiesen ist und bevor sich starke Interessengruppen der Fabrikation dieser Waffen bemächtigt haben.

Die Denkschrift ist ohne Zweifel sehr wohlmeinend, und auch die angeführten Argumente sind zum größten Teile unüberleglich. Doch aber dieser Appell an die Regierungen irgendwelchen praktischen Erfolg haben wird, ist nicht nur zweifelhaft, sondern erscheint geradezu ausgeschlossen. Wenn man schon auf eine solche Abkürzung des Militarismus auf Matenzahlung seine Hoffnung setzt, dann wäre es schon besser, „praktische“ Politik zu treiben und sich vorerst mit einer bescheidenen Forderung zu begnügen. Ein solcher Vorschlag wäre das Verbot der Abfuhr von Geschossen oder Bomben aus Luftschiffen, wie sie gerade jetzt von den Italienern praktiziert worden ist. Allein es ist fraglich, ob selbst dieser bescheidene Vorschlag heute noch die Gunst der Mächte finden würde. Die erste Haager Friedenskonferenz hatte sich ja auf ein solches Verbot geeinigt. Damals schwebte die Frage des Luftmilitarismus jedoch tatsächlich noch zu sehr in der Luft. Sowie sich ihm konkretere Aussichten boten, ließ das Gefühl des Schreckens an der neuen Kriegsbarbareien bei den Mächten nach. Auf der zweiten Haager Friedenskonferenz wurde das Verbot zwar erneuert, aber in Form einer Deklaration, die bloß von 27 von den 44 beteiligten Staaten unterzeichnet wurde, und zu denen, die die Deklaration nicht gezeichnet haben, gehören alle großen Militärmächte Europas, mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns.

Es ist auch nicht ganz richtig, daß früher keine Möglichkeit bestand, das Aufkommen von Kriegswerkzeugen zu Wasser und zu Lande zu verhindern. Eine solche Gelegenheit bot sich vor der Einführung der Torpedounterseeboote, die nicht nur eine höllische, sondern auch eine verräterische Waffe sind. Aber auch damals lehrten sich die Mächte herzlich wenig um Vermeidungsgründe. Mit einem Appell an die Mächte ist heute ebensowenig auszurichten; es gilt vielmehr, die Macht der Entscheidung im Namen dieser „Mächte“ in andere Hände zu legen.

Veteranenbeihilfen.

In dem neuen Etat sind 20 Millionen für Veteranenbeihilfen eingelegt. 500 000 M. bleiben in Reserve, um etwaige Mehrforderungen decken zu können. Die Verteilung erfolgt nach dem Verhältnis der Kopfzahl derjenigen Kriegsteilnehmer, die in den einzelnen Bundesstaaten am 1. März 1912 als bezugsberechtigt anerkannt waren.

Dah noch immer eine große Zahl Veteranen nicht kriegen, und daß die Beihilfe völlig unzureichend ist, das ist lediglich die Schuld der bürgerlichen Parteien, die alle weitergehenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt haben.

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Das Zentrum hat beschlossen, einen Gesetzentwurf im Reichstag einzubringen, der die Aufhebung des Jesuitengesetzes zum Gegenstand hat. Der Entwurf lautet:

§ 1. Das Gesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 wird aufgehoben. § 2. Die zur Ausführung und zur Sicherstellung des Vollzuges des in § 1 genannten Gesetzes erlassenen Anordnungen verlieren ihre Gültigkeit. § 3. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Da die Sozialdemokratie prinzipiell Gegnerin von Ausnahmengesetzen ist, wird dieser Gesetzentwurf im Reichstage die Mehrheit finden. Ob aber der Bundesrat zustimmt, erscheint fraglich. Das bayerische Zentrum hat bekanntlich bereits von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie im Bundesrat für die Aufhebung des Jesuitengesetzes eintreten soll, und nachdem der Führer des Zentrums, Freiherr v. Hertling, bayerischer Ministerpräsident geworden ist, dürfte dieses Verlangen auch Erfüllung finden.

Die sächsische Parallele.

Zu einem besonders für die Sozialdemokraten ergötzlichen Gegenstand zwischen Nationalliberalen und Konservativen kam es am Dienstag in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages. Den Anlaß dazu bot eine mehr als harmlose Interpellation der Freisinnigen wegen der Verlegung des Stichwahltages im Reichstagswahlkreise Plauen vom Sonnabend auf den Montag, worauf die Fortschrittler belustigenderweise den Reifall Winters zurückführen, während doch der Montag offenbar vom Wahlkommissar deshalb als Stichwahltage bestimmt wurde, weil er für die Arbeiter ein weit ungünstigeres Wahltage ist als der Sonnabend. Der Wahlkommissar wollte also offenbar Günstiger gegen den Sozialdemokraten zu Hilfe kommen, und mußte erleben, deshalb von den hereingefallenen Fortschrittler Prügel zu bekommen.

Bei der Debatte über diese sonderbare Interpellation gerieten sich Nationalliberale und Konservative so in die Haare, daß die Interpellation darüber ganz vergessen wurde. Mit einem Zeitritt um den Patriotismus hing es an, mit einem geistenden Geizal darüber, wer schuld an der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten sei, endete das für die Nationalliberalen köstliche Satirspiel. Letztere behaupteten, die Konservativen seien schuld an der Wahl Frühdorfs zum Vizepräsidenten, weil sie weiche Stimmzettel abgegeben hätten, während die Konservativen Opy und Dr. Böhm in ihren gütigen Gegenreden unter anderem ausführten, die Konservativen hätten nur deshalb weiche Stimmzettel abgegeben, weil sie von den Nationalliberalen zu spät erfahren hätten, daß die Freisinnigen für den Sozialdemokraten Frühdorf stimmen wollten. Dann regnete es Vorwürfe gegen die Nationalliberalen, die deren „Unpatriotismus“ beweisen sollten. Welcher Later die Nationalliberalen schlag seien, hätten sie im Reichstage gezeigt, wo sie bei der Präsidentenwahl selbst für Vebel gestimmt hätten, im sächsischen Landtage hätten die Nationalliberalen ja auch selbst einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten wählen wollen, wenn nur die geforderten Zusicherungen von sozialdemokratischer Seite gegeben worden seien; die Nationalliberalen hätten ja auch den sozialdemokratischen Schriftführer im Landtag nicht nur gewählt, sondern auch selbst vorgeschlagen. So wurden den Nationalliberalen vereinzelt liberale Anläufe als Verbrechen vorgehalten. Diese aber verteilte sich dazu kläglich. Statt ihre Haltung als zweifelhafte liberale Politik entfallen zu verteidigen, verlegten sie sich auf Herausreden, die beinahe wie Entschuldigungen klangen. Schließlich wurden sie ganz still, als ihnen Opy noch vorhielt, daß die Nationalliberalen über die Vizepräsidentenwahl im Landtage selbst ganz entsetzt gewesen seien und Bettner unmittelbar danach zu Opy mit aufgehobenen Händen gekommen und verzweifelt ausgerufen hätte: „So darf es nicht mehr fortgehen in unserem Vaterlande, wir müssen wieder zusammenkommen!“

Ruh, das Zusammenkommen ist ja durch die Debatte nicht verhindert worden, beleuchtet wurde die köstliche Unentschiedenheit der Nationalliberalen und ihr jämmerliches Schwanken vortrefflich. Gleichzeitig enthielten auch die Konservativen ihr exzessives Herz aufs neue.

Die Sozialdemokratie begleitete das erregte Geizal mit unbewundernder Heiterkeit und belebte es noch durch sarkastische Zwischenrufe. Dadurch wurde die Laune der Gegner, die sich im gegenseitigen Geize so bloß stellten, natürlich nicht besser.

Wahlprotest.

Die Parteileitung des Wahlkreises Gotha hat gegen die Wahl des Abg. Hedemann Protest eingelegt. Der Protest stützt sich darauf, daß neben mehreren Unregelmäßigkeiten Zentrum und Nationalliberale in letzter Stunde in Hunderttausend Flugblättern die Nachricht verbreiteten, die Sozialdemokraten hätten drei Kothäusen in der Klosterkirche gestiftet und mit Kreide an der Wand geschrieben: Jesus Christus sagt, wählt Otto Hue.

Wenn auch dadurch die Wahl nicht für ungültig erklärt wird, so soll doch im Reichstage dieser unsame Schwindel, dem Hedemann seinen Sieg verdankt, gebrandmarkt werden.

Wahlrechtsfragen in Koburg-Gotha.

Das Staatsministerium der Herzogtümer Koburg und Gotha hatte seinerzeit den Wunsch des gemeinsamen Landtages aufgefodert, ein Gutachten über eine eventuelle Änderung des Landtagswahlrechts abzugeben. Der Ausschuss sprach sich für die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechts und gleichzeitiger zeitgemäßer Einteilung der Wahlkreise aus. Die Regierung hat erklärt, das gleiche Wahlrecht sei unmöglich, denn kein deutscher Bundesstaat mit einer Kammer habe ein solches Wahlrecht; es müsse dem berechtigten Gesichtspunkte und den Interessen verschiedener Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen werden.

Kasernenroheit.

Wegen vorschriftswidriger Behandlung in 47 Fällen, wegen schwerer Verletzung in 12 Fällen und wegen Mißhandlung in 3 Fällen verhandelte das Oberkriegsgericht in Trier gegen einen Unteroffizier des 44. Feldartillerieregiments. Der Betroffene war wegen der ausgeführten Vergehen vom Kriegsgericht in Trier zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteils hatte der Unteroffizier beim Oberkriegsgericht Berufung eingelegt. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß der Soldatenschilder durch seine Qualereien einen Soldaten zu einer Gehorsamsverweigerung veranlaßt hatte. Der Mann ist schwer bestraft worden. Besonders war bei dem Herrn Unteroffizier die „Erziehungsmethode“ beliebt, Leuten, die sich trank fühlten, mehrere Pferdedecken (bis zu fünf) umhängen und sie damit auf Schritt machen zu lassen, bis ihnen das Wasser am Körper herunterließ. Einem Soldaten, an dem man dieses Heilverfahren erprobt hatte, mußte darauf ein Kamerad den Kopf mit Strohwickeln abreiben. Es wurde nachgewiesen, daß diese bestialische Methode mehrfach angewandt worden ist. In anderen Fällen hat der Angeklagte Soldaten bis zu schwerer körperlicher Erschöpfung Häufel schneiden lassen. Beim Exercieren hat er die Leute ununterbrochen herumgezogen, hat sie sich in kurzen Zeitabständen hinwerfen lassen, bis sie nahe am Zusammenbrechen waren.

Der Angeklagte machte einen schwachen Versuch, die Robheiten abzuleugnen. Angesichts der zahlreichen bereidigten Zeugen mußte dies aber selbst dem Kriegsgericht als Mißlungen gelten. Trotzdem stellte ihn der Offizier, der ihn verurteilte, als einen eifrigen, tüchtigen Unteroffizier hin, „der sich nur in der — Wahl“ seiner Mittel vergriffen habe. Der Vorsitzende war anderer Ansicht. Er behauptete, daß der Gerichtsherr keine Berufung eingelegt habe, da sonst die Strafe hätte erheblich erhöht werden müssen. Auch würde das Berufungsgericht auf Degradierung erkannt haben, denn es läge im Interesse des Heeres, daß solche Elemente von hargierten Stellen entfernt würden. Das Urteil der Vorinstanz, das auf 3 Monate gelautet hatte, konnte deshalb nur bestätigt werden.

Gewerkchaftliches.

Christliche Tücke.

In den christlichen Gewerkschaftskontinenten herrscht große Trauer! Der Pakt der Ultramontanen mit den Scharfmachern hat den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen läßt die Christen eine steigende Werbekraft der modernen Arbeiterbewegung erkennen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung als Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften hat Mißlingen gemacht. Darüber können alle Lamentationen nicht hinwegtäuschen! Und nun muß man befürchten, daß die Interessensolidarität zwischen Zentrum und Großindustriellen doch manchem Arbeiter über den wahren Charakter der „Volkspartei“ und der von ihr gegründeten Zerplitterungsorganisationen die Augen öffnet. Daher nun in den Christenblättern ein heuchlerisches Gezeter über die Staatsgefährlichkeit der „terroristischen“ freien Verbände. Der Zweck solcher Uebung ist klar: man will den Scharfmachern Material für ausnahmsgefehlte Forderungen gegen die Organisationen liefern! Daß davon schließlich auch die Zentrums-gewerkschaften getroffen werden könnten, kümmert die Patent-arbeitervertreter nicht, denn all ihr Tun ist ja nur auf eine Förderung ultramontaner Parteinteressen eingestellt. Aus demselben Motiv sind auch die christlichen Gewerkschaften geboren worden. Zudem haben sie gerade nicht sehr viel zu verlieren. Im allgemeinen werden sie immer bedeutungsloser. Das beweist die Entwicklung. Von den an das „Reichs-arbeitsblatt“ berichtenden Organisationen machen wir, soweit vergleichende Angaben vorliegen, die folgende Zusammenstellung. Es zählen Mitglieder am Jahreschluß:

	Freie Verbände	Hirsch-Dundersche Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1909	1.189.455	87.034	43.812
1911	1.611.816	73.482	70.457
Zunahme	412.361	6.448	26.645

Es handelt sich hierbei nur um die Verbände, die eine Statistik über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder führen. Wenn sie auch nicht alle Organisationen umfaßt, so zeigt die Gegenüberstellung der gleichen Verbände doch trefflich die Entwicklung: die freien Gewerkschaften haben in den zwei Jahren dreimal so viel Mitglieder gewonnen, als wie die gegnerischen Organisationen überhaupt Mitglieder zählen.

Noch weniger werbefähig als unter der männlichen Arbeiterschaft haben sich die Christen bei der Jagd nach weiblichen Mitgliedern erwiesen.

Nach denselben Unterlagen gewinnen wir diese Resultate. Es haben weibliche Mitglieder ausgewiesen:

	Freie Verbände	Hirsch-Dundersche Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1909	73.715	4632	1146
1911	117.970	4040	1739

Hier ist das Spannungsverhältnis noch viel größer als bei den Gesamtmitgliedschaften. Die freien Verbände gewinnen 44.255 weibliche Mitglieder, die Hirsche buchen einen Verlust von 592 und die Christen haben es auf einen Zuwachs von 593 weiblichen Berufsangehörigen gebracht. Wie noch hervorgehoben werden mag, sind die Zentralarbeiterverbände, die naturgemäß eine ziemlich große Zahl weiblicher Mitglieder umfassen, ebenso wenig in die freigewerkschaftliche als wie in die christliche Statistik aufgenommen. Rechnet man diese Organisationen für das letzte Jahr hinzu, dann stellt sich das Ergebnis wie folgt: Freie Verbände Mitglieder überhaupt 1.743.340, davon 1.669.940 weibliche; christliche Verbände 111.328 Mitglieder überhaupt, davon 14.935 weibliche. In dieser Beleuchtung gewinnen die Christlichen wahrlich nichts. Die Zahlen bedeuten für sie einfach eine Vanterotterklärung! Das will man natürlich nicht eingestehen, noch viel weniger zu den Ursachen sich bekennen.

Die gegnerischen Organisationen versagen jedesmal, wenn es darauf ankommt, ohne Rücksicht auf Parteinteressen, Forderungen der Arbeiter den notwendigen Nachdruck zu geben. Das will und darf man auch in Zukunft nicht tun. Man muß daher mit weiterem Niedergang rechnen. Der völlige Zusammenbruch rückt in greifbare Nähe — wenn nicht dem weiteren Vormarsch der freien Verbände, wenn nicht ihrer auch ehrlicher und konsequenter Vertretung der Arbeiterinteressen resultierenden Werbekraft eine Schranke gesetzt wird. Eine Schranke durch gesetzliche Ansel! So kalkulieren die Mäcker. Und darum entfesseln sie nun eine Jagd gegen die freien Verbände, verleumdend sie nach allen Regeln christlicher Kunst. Sie werden zu der Schande der bösen Absicht auch die Schmach der Ohnmacht ernten. Die freie, moderne Arbeiterbewegung marschiert: trotzdem und alledem!

Berlin und Umgegend.

Einen Kampf um den Arbeitsnachweis führen die Berliner Stellmacher. Obgleich für die ganze Berliner Holzindustrie ein Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage besteht, hält es die Stellmacher- und Wagenbauer-Innung unter Führung ihres Obermeisters Fickler für richtig, daneben einen Innungs-Arbeitsnachweis aufrecht zu erhalten. Natürlich hat dieser Nachweis alle die Mängel, welche Arbeiter bei den Unternehmernachweisen stets zu beklagen haben. Kein Wunder, daß ihn die Arbeiter sperren, um den paritätischen Nachweis auch im Stellmacherberuf zu Ehren zu bringen. Um zureichende Kollegen auf die Suche aufmerksam zu machen, haben die Stellmacher vor dem Innungsnachweis Posten aufgestellt. Das ist natürlich dem Herrn Obermeister höchst unangenehm. Keulich ließ er einen der organisierten Gesellen vor dem Nachweis postförmlich feststellen, weil er einen „Reisfertigen“ beschäftigt haben sollte. Der angeblich Beschäftigte scheint sich im Auftrage der Meister an die Posten herangemacht zu haben, mit denen er nur wenige gleichgültige Worte wechselte. Wenn also von einer Belästigung überhaupt die Rede sein kann, so konnten sich zuerst die postenstehenden Verbandsmitglieder „belästigt“ fühlen. — Natürlich halten solche Manöver diese nicht ab, noch wie vor ihre Pflicht zu erfüllen. Der Arbeitsnachweis der Stellmacher-Innung bleibt noch wie vor für die Gesellen gesperrt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den paritätischen Nachweis für die Berliner Holzindustrie.

Achtung, Ruffschallplattenarbeiter! Bei der Firma Vela-Reford, Vouchestraße 35/36, befinden sich die Kollegen im Streik. Diese Firma ist deshalb bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Fabrikarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung in der Herrenmachschneiderei.

Der Schlichtungsversuch der Hauptvorstände über die in der Herrenmachschneiderei geschiedenen Tarifverträge findet am 22. Februar in Frankfurt a. M. statt. Beteiligt sind daran folgende Orte: Berlin, Bochum, Braunschw. Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Halle, Hamburg, Heidelberg, Köln, Pletznitz, Vindburg, Lübeck, Magdeburg, Weimingen, Rülheim a. Rh., Münden, Celsnitz, Offenbach, Queblinburg, Solingen, Arier, Ulm und Weimar. Die

Tarifverträge laufen noch bis zum 1. März. Wenn bei dieser Zusammenkunft der Hauptvorstände keine Einigung erfolgt, ist jedenfalls ein Kampf auf der ganzen Linie zu erwarten, weil der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe diese Orte gemeinsam erledigen will oder aber auch alle Differenzen strittig läßt. Der Arbeitgeberverband hat schon alle Maßnahmen für einen eventuellen größeren Kampf getroffen. Doch ist es trotzdem nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Einigung kommt.

Die Schornsteinfeger rühren sich!

Unter den Berufsgruppen, denen der Pöpel noch ganz besonders fest anhaftet, ist die der Schornsteinfeger vielleicht die hervorzuheben. Eine mittelalterlich anmutende Gehegung sorgt bekanntlich dafür, daß für einen bestimmten, genau abgegrenzten Bezirk immer nur ein Schornsteinfegermeister zugelassen wird; sie schafft also für die Gläubigen, denen die Gnade der Behörde scheint, ein rein zünftlerisches Privilegium, das einen großen Teil der Gesellen vom Meisteramt ausschließt. Obendrein herrscht in diesem Verufe das Kost- und Logisunwesen, durch das die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gesellen auf recht niedriger Stufe erhalten werden. So erhalten sie in Leipzig nach einem mit der Gesellenvereinigung (eine Art Zunftbrüderchaft) vereinbarten Tarif 7, 9 und 11 M. Wochenlohn bei Kost und Logis im Hause des Meisters. Natürlich kann kein in die Jahre kommender Geselle daran denken, sich bei solchen Löhnen einen eigenen Hausstand zu gründen, reichen sie doch nicht einmal für einen Ledigen zum einigermaßen anständigen und realen Leben. Dagegen ist es den zumeist gar nicht mitarbeitenden Meistern vergönnt, aus der Tätigkeit ihrer Gesellen Jahreseinnahmen von 10.000 bis 20.000 (zwanzigtausend) Mark zu ziehen.

Doch diese Zustände mit der Zeit auch die zünftlerischsten Köpfe revolutionierten, ist begreiflich, und so hat denn jetzt die Vereinigung der Schornsteinfegergesellen der Reichshauptmannschaft Leipzig eine Bewegung eingeleitet, die sich zum Ziel gesetzt, die Befreiung des Kost- und Logisunwesens im Verufe und die Festlegung leidlich auskömmlicher Löhne; gefordert werden 32 bis 35 M. für die Woche. Das sind Forderungen, die in Anbetracht der Einkommensverhältnisse der Meister wahrhaftig keine übertriebenen genannt werden können. Was aber tun die Meister? Sie bieten den Gesellen ganze 2 M. auf den bestehenden Tarif als Zuschlag; dafür fordern sie aber, daß die Gesellen alle etwaigen Nebenverdienste mit ihnen teilen. Das fennzeichnet so recht die Schornsteinfegermeister. Die niedrigen Löhne zwingen die Gesellen, sich Nebenverdienst zu schaffen, und wenn die schwerreichen Meister gnädig einige Mark Lohnzulage gewähren wollen, versuchen sie, die paar Groschen auf andere Art und Weise wiederzuerlangen. Leider stehen nun in der Gesellenvereinigung viele Meisterjöhne, die natürlich alle die nicht unbedeutende Zuversicht hegen, einst von der Behörde als Meister in Amt, Würde und entsprechendes Einkommen geiekt zu werden, was sie zum Teil veranlassen wird, nicht so scharf für eine grundlegende Änderung in den Lohnverhältnissen der Gesellen einzutreten. Immerhin stehen aber auch ihnen die gegenwärtigen Zustände nicht mehr an, so daß doch die Aussicht besteht, auch in diesem Verufe einige Verbesserungen durchzuführen. Vielleicht sehen die Schornsteinfegergesellen dann auch ein, daß auf dem Boden der zünftlerischen Vereinigung keine grundlegenden Veränderungen und Verbesserungen im Verufe zu erzielen sind, daß diese vielmehr nur erreicht werden können durch den Zusammenschluß aller Gesellen auf gewerkschaftlichem Boden.

Eine Krise im Gewerksverein der lippschen Ziegler.

Der „Gewerksverein“ der Hirsch-Dunderschen berichtet über Unstimmigkeiten im Gewerksverein der lippschen Ziegler, die in der Reichstagswahl ihren Grund haben. Die Organisation der lippschen Ziegler war früher den christlichen Gewerkschaften angeschlossen, sie wechselte aber zu den Hirsch-Dunderschen hinüber, obgleich, wie der „Gewerksverein“ berichtet, „einige führende Personen den christlichen Gewerkschaften sehr nahe standen“. Weiter wird erwähnt, daß bei der letzten Reichstagswahl von den Geschäftsführern der Versuch gemacht worden sei, die Mitglieder des Gewerksvereins der Ziegler „vor den konservativen Parteifarren zu spannen“. Die Mitglieder hätten die Pläne aber durchschaut und es sei eine außerordentlich starke Erbitterung gegen die Geschäftsführer entstanden. Als Ergebnis der Beratungen mehrerer Vorstandssitzungen wurde schließlich bekannt gegeben, daß alle drei Geschäftsführer ihre Ämter niedergelegt haben. Zu der wegen der Sache anberaumten Generalversammlung schreibt der „Gewerksverein“:

Man darf auf den Ausgang dieses Streites gespannt sein. Wird es den freiheitlicheren Elementen gelingen, den christlichen Drahtziehern, die hinter jenen Bestrebungen stehen, endlich das Handwerk zu legen?

Schadenersatzklage wegen Streik.

In dem Prozeß der Wundpapierfabrik Stern u. Co. in Fürth gegen den Fabrikarbeiterverband auf Zahlung eines Schadenersatzes von 3000 M. liegt jetzt die schriftliche Urteilsbegründung vor. Der Inhaber der Firma, Herr Kaufmann, hatte die Klage damit begründet, daß der Leiter des Fabrikarbeiterverbandes, dessen Name noch, Handzettel hatte verbreiten lassen, in denen zu einer Versammlung behufs Beschlußfassung über den Streik eingeladen wurde. Am Schluß hieß es: „Herr Kaufmann lehnt die berechtigten Forderungen seiner Arbeiter ab“. Herr Kaufmann behauptete, er habe die Forderungen nicht rundweg abgelehnt, sondern sich nur geweigert, mit dem Verband zu unterhandeln, wenn seine Arbeiter einzeln zu ihm gekommen wären, hätte er gerne mit ihnen unterhandelt. Diese Tatsache habe auch der Versammlung verschwiegen, und es sei darauf der Streik beschlossen worden, folglich sei noch wegen wahrheitswidriger Darstellung des Sachverhalts zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Das Gericht hat die Klage abgewiesen und sein Urteil folgendermaßen begründet:

„Der Beklagte hätte wohl zur Haftung der Schadenersatzsumme herangezogen werden können, sobald er eine unerlaubte Handlung als Beauftragter des Verbandes begangen hätte. Eine solche unerlaubte, Schaden stiftende und den Beklagten zum Ersatz verpflichtende Handlung lag aber nach eingehender Prüfung des Sachverhalts nicht vor. Es ist eine Tatsache, daß unter dem Arbeitspersonal der Firma schon seit anfangs Mai eine Lohnbewegung im Gange war. Daß die Forderungen berechtigt waren, war für die Arbeiter selbstverständlich. Aber auch für deren Beauftragten, den Beklagten Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, da ein Teil der Arbeiter dem Verband als Mitglieder angehörten. Der Beklagte hat damit durch seine Feststellung auf dem Einladungsgettel, daß die Firma es ablehne, berechtigten Forderungen der Arbeiter anzunehmen, keine unwahre Tatsache behauptet. Denn die Firma hat es ja tatsächlich abgelehnt, mit der vom Fabrikarbeiterverband abgeordneten Kommission zu unterhandeln. In der im Einladungsgettel enthaltenen Mitteilung des Gegenstandes der Tagesordnung hielten überdies der Beklagte als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, sowie die Arbeiter als Lohnempfänger ein berechtigtes Interesse, so daß, ganz abgesehen davon, ob die Firma überhaupt durch die Verteilung des angeblich verbreiteten Einladungsgettels einen Schaden erlitten hat, jegliche Bestrafung des Beklagten fallen müßte. Nicht die Verteilung und der Inhalt des Einladungsgettels, sondern der in der Abstrimmung zum Ausdruck kommende Wille der Versammlungsteilnehmer hatte die Arbeitsniederlegung im Gefolge, an der übrigens auch solche Arbeiter aus Sympathie teilnahmen, die bei der Abstrimmung nicht zugegen waren. Daß die Beschlußfassung zur Arbeitsniederlegung das Werk des Beklagten sei, ist schon nach diesen Feststellungen zu verneinen. Nachdem aber die Firma gar keine Tatsachen, auf Grund denen sie die vom Beklagten in der Versammlung entwickelte Tätigkeit als schadenstiftende und den Beklagten zum Ersatz verpflichtende Handlung beweisen könnte, so hatte sich das Gericht mit dieser völlig unsubstantiierten Behauptung, der Beklagte habe die Versammlung falsch unterrichtet, nicht weiter zu befassen. Im übrigen hat sich die vom Beklagten ent-

wickelte Tätigkeit zur Erzielung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der erlaubten Grenzen beschränkt und sonst auch nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Die Klage war deshalb ohne weitere Beweisaufnahme als unbegründet vom Gericht abzuweisen.“

Ausland.

Beendete Ausperrung.

Die Ausperrung von zehntausend Arbeitern der Maschinenindustrie in Prag ist nach vierwöchiger Dauer beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse.

Aus Industrie und Handel.

Die landwirtschaftliche Maschine hat sich im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland ein immer größeres Gebiet erobert. Während 1882 von den reichlich 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe erst rund 392.000 die Maschine in ihren Dienst gestellt hatten, waren es von den fünfzehnhundert Millionen Betrieben, die 1895 gezählt wurden, bereits 972.000, und die letzte Zählung im Jahre 1907 ermittelte unter den 5.738.082 landwirtschaftlichen Betrieben 1.497.975, in denen landwirtschaftliche Maschinen verwendet wurden.

Mit diesem Siegeszug der Maschine werden alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, vor eine neue Aufgabe gestellt; sie müssen lernen, sich der Maschinen in rationeller Weise zu bedienen. Der landwirtschaftliche Arbeiter entwickelt sich so vom einfachen Knecht und Tagelöhner mehr und mehr zum Träger qualifizierter Arbeit; die Bedienung der Maschinen stellt an seine Auffassungsgabe, seine Geschicklichkeit und seine Aufmerksamkeit erhöhte Anforderungen. Der Einzug der Maschine in die Landwirtschaft hat bereits an vielen Stellen mit der auch ohnedies unhaltbaren Meinung aufgeräumt, daß sich die Arbeit in der Landwirtschaft auch ohne Bildung verdrängen ließe. Die Notwendigkeit einer durchgreifenden und allgemeinen Hebung der ländlichen Volksschulen wird so immer dringender.

Die Preisfrage. In der gestrigen Sitzung der Vereinigten Großblech-Walzwerke zu Köln wurde beschlossen, die Preise mit sofortiger Wirkung um 3 M. pro Tonne zu erhöhen.

Schlechte Baumwollente. Nach der letzten Ernteschätzung wird die Baumwolle in Indien 18 Proz. weniger betragen als im vorigen Jahre.

Letzte Nachrichten.

Eine französische Stimme zu den deutsch-englischen Beziehungen.

Paris, 15. Februar. Zu der Rede Asquiths im englischen Unterhause schreibt der „Temps“: Nach dieser Rede ist der Pessimismus nicht mehr am Platze. Gewiß, das Uebereinkommen, welches die beiden Regierungen vorzubereiten scheinen, kann nicht mit einem Federstrich die zwischen England und Deutschland bestehende Nebenbuhlerschaft zur See beseitigen, welche noch lange den Hauptfonds der gegenwärtigen Fragen bilden wird. Aber es würde dem Zustande der Spannung ein Ende machen, der so häufig nach den europäischen Krisen zurückbleibt. Man muß sich auch bedenken, die Ketten Europas zu beruhigen. Die einzige Gefahr, die noch besteht, ist die, welche aus einem Mißerfolge der von Haldane angekündigten Verhandlungen oder auch aus ihrem allzu langsamen Verlaufe erwachsen könnte. Es wäre schlimm, wenn sich England und Deutschland, nachdem man urbi et orbi angelündigt hat, daß sie sich die Hand reichen wollen, nach reichlicher Ueberlegung den Rücken kehren würden.

Neue Wingerunruhen im Gebiet der Champagne.

Paris, 15. Februar. (P.-A.) Aus Reims wird gemeldet, daß trotz aller Dementis die Unruhen im Wingergebiet fortgesetzt werden. Zehn Weinbergseigentümer in Reilly (Champagne) haben gestern und vorgestern in ihren Weinbergen schwere Sabotageakte entdeckt. Heute sind 150 Gendarmen zur Bewachung der Weinberge abgeandt worden. Diese müßten ihre ganze Kraft und Aufmerksamkeit aufwenden, um weitere Sabotageakte zu verhüten.

Aus Marokko.

Paris, 15. Februar. Der „Temps“ meldet aus Fes: Der Sultan und die Leute des Raschen legen die Untätigkeit, welche Frankreich trotz des Abkommens vom 4. November 1911 an den Tag legt, als ein Zeichen der Schwäche aus und benutzen sie, um von neuem die Stämme auszuzaugen und die Güter des Raschen zu verschleudern. Wenn man einem neuen Aufstande vorbeugen wolle, dann müsse man diesen Rißbränden raschestens ein Ende machen, indem man dem Sultan entsprechende Ergänzungen gewähre und ihn so der Notwendigkeit enthebe, zu so argen Raschenschaften zu greifen.

Springflut.

Paris, 15. Februar. Aus Viterba wird gemeldet: Durch eine Springflut sind gestern die Aeroplane der Flieger Obre und Dubal vernichtet worden.

Mord durch Zigeuner.

Frankfurt a. M., 15. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Jula: Im Walde bei Riefing wurde der Förster Romanus, Vater mehrerer Kinder, von drei Zigeunern ermordet. Die Zigeuner wurden durch ein großes Aufgebot Artillerie unter Führung mehrerer Offiziere und unter Aufsicht der Gendarmen verfolgt. Mehrere Zigeunerfrauen, die der Mithilfe bei der Tat verdächtigt sind, wurden verhaftet. Ein Artillerist stürzte bei der Verfolgung und zog sich eine schwere Verletzung zu. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Durch Salpeterdämpfe vergiftet.

Rürnberg, 15. Februar. Ein sonderbarer Unglücksfall hat sich hier ereignet. In der Kunstanstalt von Wolfrum u. Hauptmann wollte der Lagerist Wittig eine Korbflosche konzentrierter Salpetersäure in einen feuerfesteren Raum bringen. An dessen Türschwelle fiel die Flasche um und zerbrach. Durch das unwillkürliche Einatmen der aufsteigenden Dämpfe zog Wittig sich eine Vergiftung zu, die nach einigen Stunden seinen Tod herbeiführte.

Hochwasserkatastrophe.

Budapest, 15. Februar. (B. Z. U.) Das Dorf Vanyola im ungarischen Komitat Szatmar ist durch Hochwasser teilweise zerstört. Einige Häuser sind eingestürzt. Militär arbeitet mit Pontons an der Rettung der Bevölkerung und ihrer Habe. Ungefähr 10.000 Stück Geflügel und Vieh sind fortgeschwemmt worden. Zahlreiche Ortschaften in der Umgegend von Vanyola sind überflutet.

Erdbeben in der Türkei.

Saloniki, 15. Februar. Das am Südrand des Olympos gelegene Starova mit seiner Umgebung ist vorgestern von einem heftigen Erdbeben heimgesucht worden. Mehrere Häuser wurden stark beschädigt. Die Bevölkerung lagert in Freien und verlangt die Errichtung von Zelten. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Straßentraub.

New York, 15. Februar. (B. Z. U.) Ein Kassenbote der East River Bank wurde heute mitten im Finanzviertel der Stadt um 25.000 Dollars beraubt.

Reichstag.

6. Sitzung. Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundestisch: Dr. Delbrück, Bermuth. Zunächst wird ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Siebel angenommen. — Der Abg. Becker (B.) hat sein Mandat (Siegel) niedergelegt.

erste Lesung des Etats

fortgesetzt.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Köpfe und Sammelnapfen sind noch gefüllt mit Wahlgeschichten, und da liegt die Versuchung recht nahe, die alten Debatten fortzusetzen, den Gegner zu beweisen, daß seine Flugblätter, seine Artikel, seine Reden unwahr, unheilvoll, unpatriotisch gewesen sind. Das ist sehr leicht, aber auch sehr unfruchtbar. Die Wähler erwarten jetzt vom Deutschen Reichstag

keine Zänkereien, sondern Taten.

(Lebhafte Zustimmung links.) Aus diesem Grunde lehne ich es auch ab, näher einzugehen auf den seltsamen und an Ueberraschungen reichen Wahllampf in diesem Hause, der gestern seinen Abschluß gefunden hat. Ich will das Verhalten der verschiedenen Fraktionen hier nicht beleuchten, aber ich stelle dem Hause anheim, ob Sie sich das abschließende Urteil zu eigen machen wollen, das ich gestern im „Dannoverischen Courier“ gefunden habe. Es war dort geschrieben: „Logisch und konsequent, das wird man allem Gezetter zum Trost festhalten dürfen, war das Vorgehen der nationalliberalen Fraktion auf alle Fälle.“ (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wie ein Präsidium gebildet wird, das ist vor allem die Frage der Zweckmäßigkeit. Es müßte unter normalen Verhältnissen mit Freuden begrüßt werden, wenn eine große Fraktion sich bereit erklärt, die Verantwortung für die glatte und rasche Erledigung der Reichstagsgeschäfte mit zu übernehmen. (Sehr richtig! links.) In Oesterreich wurde vor einigen Jahren eine weitere Präsidentenstelle ausbedungen zu dem Zwecke geschaffen, damit die sozialdemokratische im Präsidium Platz nehme, und unter Parteireisend Bernerstorfer, der damals gewählt wurde, hat über das Haus Hohenzollern viel, viel schärfer geurteilt, als über die Hohenzollern jemals von — der konservativen „Post“ geurteilt wurde. (Schallende Heiterkeit.) Es gibt in Deutschland immer noch Leute, die glauben, das Sozialistengesetz bestehe im geheimen weiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Leute, die sich an den Gedanken noch nicht gewöhnen können, daß die sozialdemokratische Fraktion und Partei gleichberechtigt neben alle anderen getreten ist. (Sehr richtig! links.) Ich weiß ja nicht, wie der weitere Verlauf dieser Sache sein wird. Meine Partei steht der weiteren Entwicklung mit aller Kühle gegenüber. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das eine aber möchte ich doch sagen: wenn es vielleicht in Zukunft irgend einer Parteikombination gelingen sollte, die stärkste Fraktion des Hauses aus der Mitführung der Geschäfte zu verdrängen, so würde das und gewiß nichts schaden. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und glauben Sie auch gar nicht, daß das vielleicht ein Sieg des Bürgertums über die Revolution wäre (Heiterkeit links), nein, das wäre nur ein

Sieg des Schilddübertums.

(Erneute Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir erkennen als oberstes Gesetz auch für uns den Zwang zum Schaffen an, nicht in einem philosophischen Sinne des Kanzlers — der ja natürlich heute nach den Wahlen nicht anwesend ist! — sondern in einem anderen Sinne: wir betrachten uns als die Beauftragten un-

gebuldiger Millionen draußen, deren Wille uns trägt und vorwärts treibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es scheint, als wenn sich auch bei der Regierung einmal eine Abnung geregt hätte, daß gewaltige neue Kräfte zur Entfaltung kommen wollen, denn in der Thronrede, die ja sonst so rührend selbstzufrieden und genügsam ist, finden wir wie einen Fremdkörper den Satz, daß die Entwicklung nicht stille liege. Der übrige Inhalt dieses Dokuments ist ja mit Erfolg bemüht, dann den Satz wieder zu widerlegen, denn auf allen Gebieten, die berührt werden, sehen wir Stillstand, Nichtstun oder nur theoretisches Bekenntnis zu einer Aktion; Fortschritt und Entwicklung nur bei den Ausgaben für Heer und Flotte (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), also gerade dort, wo die Massen bei den Wahlen ein deutliches Zeichen zum Voremsen gegeben haben. Ich bin der Meinung, daß, wenn die wichtigsten Aufgaben der Zeit gelöst werden sollen, die Volkserhebung selber die Initiative und die Führung ergreifen muß ohne Rücksicht auf die Wünsche und die Bequemlichkeit der Bureaucratie. (Sehr wahr! links.)

Was soll denn nun geschehen?

Ein kleiner Teil des Reichstages wird mit der Antwort sehr rasch bei der Hand sein. Nach jedem sozialdemokratischen Wahlsieger melden sich konservative Doktoren mit Eisenbarrezepten, sie verlangen Entschuldig, Gewaltmaßregeln gegen die neue heranrückende Macht von morgen. Ich bin weit entfernt davon, die Bedeutung und Macht der konservativen Gruppe im allgemeinen zu unterschätzen, aber hier im Hause ist die konservative Partei zu einer bedeutungslosen Minderheit geworden (Sehr richtig! links), obwohl ja, seitdem die Wahlen vorbei sind, die Fraktion hier im Hause in geradezu unheimlicher Weise zu wachsen anfängt. (Heiterkeit.) Immerhin, diese Möglichkeiten weiterer wirtschaftlicher Vereinigungen (erneute Heiterkeit) sind doch begrenzt. Ich sehe davon ab, an die Konservativen mich zu wenden, aber an alle anderen Fraktionen des Hauses richtet meine Partei die aufrichtig gemeinte Aufforderung, mitzuwirken bei den Vorschlägen, die wir Ihnen unterbreiten. Wir sind unabhängig nach allen Seiten, unabhängig auch von jener Kombination, die vielleicht jetzt oder später bei der Bildung des Präsidiums an den Tag treten wird.

Von den Vorschlägen, die wir Ihnen machen, möchte ich heute nur die wichtigsten skizzieren. Ich möchte beginnen mit dem breiten Mittelgang, der dieses Haus in zwei gleiche Teile scheidet. Die Teile sind aber nur scheinbar gleich. Denn rechts sitzen die Vertreter von nicht ganz 5 Millionen Wähler und links

die Vertrauensleute von 7 1/2 Millionen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein aristokratischer Grundgedanke, daß man die Stimmen wägen und nicht zählen soll. (Sehr richtig! rechts, große Heiterkeit im Hause.) Nun, der Abg. Graf Oppersdorff ist in Frankfurt mit 6700 Stimmen gewählt worden, mein Freund Jubeil in Charlottenburg mit 103 000 Stimmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will gar nicht bestreiten, daß die Wähler von Frankfurt sehr geschickte Leute sind, sonst hätten sie ja den Grafen Oppersdorff nicht gewählt. (Große Heiterkeit.) Aber Sie werden nicht behaupten können, daß die Wähler von Frankfurt 25 mal so geschickter sind, als die Wähler von Charlottenburg. (Große Heiterkeit.) Das Zentrum mit 2 Millionen Stimmen bekam im ersten Wahlgang etwa 80 Mandate, die Liberalen mit über drei Millionen Stimmen nur vier Mandate (Hört! hört! links.) Das ist

ein unerträglicher und ungeschickter Zustand.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erwarten vom Reichskanzler eine klare Antwort, ob er anerkennt, daß hier unerträgliche Mißstände bestehen und wie und wann er, sei es durch Einführung der Verhältniswahl, sei es durch Neueinteilung der Wahlkreise, Abhilfe schaffen will. Der Kampf um das gleiche Recht muß auch geführt werden bei der

schonlich wird man anzunehmen haben, daß sich der Preis eines Flugzeuges ohne Motor auf 8000—12 000 M. beläuft. Ein Motor von mittlerer Leistungsfähigkeit, also von 50 Pferdestärken, erfordert eine gleiche Ausgabe, so daß man im ganzen rund 20 000 M. als Anlagekapital braucht. Der stärkste Motor, der bisher überhaupt gebaut worden ist, hat 200 Pferdestärken, ist aber wegen seines hohen Gewichtes von 300 Kilogramm wenig empfehlenswert. Er wird daher im Preise von einem anderen Motor übertroffen, der bei 140 Pferdestärken ein Gewicht von nur 130 Kilogramm aufweist; dieser kostet 24 000 M. Dieser von Gnome erbaute Motor stellt überhaupt einen Höhepunkt auf, da auf eine Pferdestärke nicht einmal ganz ein Kilogramm des Gesamtgewichtes entfällt. Der kleinste Motor von 25 Pferdestärken wiegt immerhin 100 Kilogramm und kostet 4000 M. Zu diesen Preisen noch die Ausgaben für Brennstoff, Öl, Ersatzteile, für den unentbehrlichen Mechaniker und endlich gar für Reparaturen hinzugerechnet, muß man vorläufig daran verzagen, daß in einer nahen Zukunft die Anschaffung eines Flugzeuges auch anderen als reichen Leuten möglich sein wird.

Theater.

Charlottenburger Schiller-Theater: Gräfin Lea, Schauspiel von Paul Lindau. Das Stück, im Jahre 1880 im Kgl. Schauspielhaus zum ersten Male gespielt und von Fontane, dem maßgebenden Berliner Kritiker sehr wohlwollend besprochen, erregte damals großes Aufsehen; unter allen Dramen Lindaus hat es wohl die meisten Aufführungen erlebt. Die Szenen gruppieren sich um einen Prozeß, den die verwitwete Gräfin Lea, geb. Wendel, Tochter eines durch dunkle Praktiken reich gewordenen jüdischen Buharers, mit den Verwandten ihres Mannes führt und richtet sich polemisch wider die antimilitärisch verdrängten Standesvorurteile der blaublütigen Herrschaften. Lea, das steht ihnen fest, kann die Hand eines geborenen V. Frege nur vermittelst ihrer Millionen ergattert haben; er wolle sich durch eine solche Resalliance von seiner Schuldenlast befreien, sie sich mit ihrem Gelde den feudalen Titel kaufen! So pflegt's ja auch zu gehen. Aber hinter diesem Ehepatte, verheißt uns der Autor, stand ein ganz idealer Liebesbund. Nach allerhand einseitigem Geplänkel der Parteien rückt Leas Rechtsanwält, selbst ein Herr „von“, bei der großen Gerichtsverhandlung um dritten Akte mit den entscheidenden Beweisen vor. Lea, die Verlästerte, erstarkt im Glorienschein reinster Menschlichkeit, das Publikum im Gerichtsfaal wie das im Theater flüchtig ergriffen, und im letzten Akte bittet sie trottelhafter Gegner, selbst angeht von so viel Güte, die Jüdin um Verzeihung. Man lächelt hier und da wohl über die naive Art, wie die Dinge im Dienste der Tendenz zurechtgebogen sind, über den Eifer, der in lauter Selbstverständlichkeit planiert, die Enge der sozialen Hintergründe, den erklagten Applomb der Aristokratie, und schießt trotz alledem sich durch die lebhafteste Beweglichkeit des Dialogs und kernigen Arrangements nicht übel unterhalten. Der Applaus war stark. Eine sehr schöne Darstellung, in der Herr Pätzke und Fr. Waja an erster Stelle standen, unterstützte die Wirkung.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Wilhelm Meyer-Försters „Alt-Heidelberg“ gehört offenbar zu den Stücken, die sich eine langdauernde Jugend bewahren und denen auch die Günst des großen Publikums in ewig gleicher Stärke beschieden bleibt. Anlässlich der Wiederaufführung des Schauspiels gab es einen wahren Volksauflauf. Vom Trottoir vor dem Theater bis tief ins Haus hinein standen dichtgedrängt die Bittelklassen. Für Hunderte war kein Platz mehr zu haben. Größer, ungestümer war der Andrang nicht einmal, als an gleicher Stelle Harry Walden den Erbprinzen Karl Heinrich spielte, der jetzt

Verwaltung. Kein Bürgertum in der Welt läßt es sich gefallen, daß die wichtigsten Stellen in der Armee und in der Diplomatie dem Adel vorbehalten bleiben. Das ist ein Vorrecht, das unheilvoll ist für die Nation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterklasse ist bereit, das Bürgertum in diesem Kampfe um das gleiche Recht zu unterstützen. Der Reichstag ist in diesem guten Kampfe nicht waffenlos, sobald er fest entschlossen ist, gegen eine ungeschickliche Praxis

die gesetzlichen Mittel des Budgetrechts

anzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf wird erleichtert werden durch die Reform der Geschäftsordnung, die hoffentlich in den nächsten Wochen erreicht werden wird, und weiter durch den Ausbau der Gesetzgebung über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Mit dem Geiste der Gerechtigkeit muß auch die Rechtsprechung und das Strafrecht erfüllt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat die Regierung nicht dafür gesorgt, daß die kleine Strafgesetznovelle, die eine Erleichterung bringen sollte, wieder eingebracht werde. Natürlich ohne die Ley Wagner, ohne die Bestimmungen, die die Presse inebeln sollten. Der konservative Abgeordnete Wagner hat ja durch eine Ironie des Schicksals einem Vertreter der Presse Platz machen müssen, meinem Fraktionsgenossen Wendel. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß auch die Strafprozessreform in Wälde und wieder beschäuft, können wir freilich nicht hoffen, solange nicht die große Strafgesetznovelle weitere Fortschritte gemacht hat. Aber einzelne Bestimmungen, wie die Bewilligung der Diäten für Schöffen und Geschworene und die Reform der Jugendgerichtshöfe, könnten geschaffen werden. Es wäre jetzt ein sehr geeigneter Zeitpunkt, einige schlanke Strafbestimmungen zu beseitigen. Ich erinnere nur daran, daß jetzt viele tausende Versammlungen stattgefunden haben, ohne daß die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, der Sprachenparagraf, der Anmeldeparagraf in Anwendung kamen. Hat das Deutsche Reich irgendeinen Augenblick lang dadurch einen weniger festen Bestand gehabt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, wie in Breslau seit Monaten gegen die sozialdemokratische Partei eine

fäherlicher Kleinkrieg

geführt, jedes Leidenbegangnis gestört wird und wie man die Leidtragenden am Grabe überfällt, weil an den Kränzen bunte Schleifen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gleich wichtig sind

unsere wirtschaftlichen Wünsche.

Der Kampf gegen die Lebensmittelkrisis wird nicht erlahmen. Es gilt jetzt vor allem, einem Notstand vorzubeugen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre geradezu eine Verhöhnung, wenn nach diesen Wahlen die Regierung auf das Wort des Volkes antworten wollte mit der Einführung des Kartellgesetzes. (Zuruf rechts: Der besteht ja!) Sie verstehen ganz genau, was ich meine. Wegen die von agrarischer Seite vorausgesetzte Fleischnot ist die Definition der Grenzen für ausländisches Geflügelfleisch geboten. Die Aufhebung der Futtermittelzölle ist nicht bloß eine Forderung der Fleischkonsumenten, sondern gleichzeitig der Viehproduzenten, der kleineren und mittleren Bauern. Das ist vielleicht das wichtigste Ergebnis der Wahlen gewesen, daß zum ersten Male seit langer Zeit Bauern und Großgrundbesitzer auf verschiedenen Seiten gestanden sind. (Sehr richtig! links.) Wir haben Anträge im Interesse verschiedener Berufsgruppen eingebracht. Wir fordern die materielle Sicherstellung der Beamten und den Ausbau des Beamtenrechtes. Wir wollen, daß die Beamten mit ihrer Arbeitskraft nicht ihre Gesinnung und ihre Gewissenhaftigkeit dem Staate verkaufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Genau so nötig ist auch die Verbesserung bei den Soldaten, deren Löhnung eine viel zu niedrige ist. Heute müssen

von Erich Kober, wenn vielleicht noch nicht in allem und jedem mit gleichem Gelingen, so doch mit ähnlichem Erfolg gegeben wird. Als Student ist mir dieser junge, einer rühmlichen Künstlerfamilie entstammende Schauspieler beinahe viel lieber als Walden. Er gibt sich naiver, frischer beim ersten Eintritt ins Heidelberger Studentenleben. Hernach als Fürst befriedigte er weniger. Aber wenn er sich erst mal in die Rolle hineingearbeitet hat, dürfte er bald ganz erwerben. Uebrigens trug zur glänzenden Wirkung eine ganz vorzügliche Aufführung bei, die namentlich in der Inszenierung eine feine Hand verriet. Und ein ausgezeichnete Regisseur ist Martin Zickel, mag man sonst sagen, was man will. Der zweite Akt: die studentische Nachtszene war wunderbar lebendig gestaltet. Ida Frey gab die Käthe natürlich, anspruchlos warm und hingebend; Paul Kaufmann den Prinzenlehrer Rittner überzeugend, obwohl etwas vierstimmig. Eine brillante Charakterdarstellung bot Alfred Schmajda als Kammerdiener Luz. Dann ist noch Richard Bruno in der Charge des Seniors der „Sagonia“ lebend zu nennen.

Humor und Satire.

National—lieber Kal...!

Ein Unterkauf.

Du alter lieber Kal, Dir geht es schlecht — Nun woll'n sie dir das Schlangeln gar verflümmern; Du konntest, sagen sie, den schwarzen Dacht, Der dir so unsympathisch ist, zertrümmern.

Schon hob sich jäh der liberale Schweiß, Da überkam den nationalen Kopf ein Zittern, Das Ganze aber schlug — nur einen Reif, Um den bewußten Dacht nicht zu erbittern.

Nun schnappst du, alter lieber Kal, im Sand; Der Dacht flappt, Hoffnung lächelfönd, mit den Flossen; Bald wirft du, Spid-Kal für das Vaterland, Nur noch mit Zunderknaps serviert genossen!

Peter Sajer.

Notizen.

— Die Neue Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag, mittags 12 Uhr, im Neuen Volkstheater eine Gedächtnisfeier für ihren verstorbenen Vorsitzenden Joseph Etlinger, bei der Hans Land die Gedächtnisrede hält.

— Ein plattdeutsches Drama, „De Last“, das Werk eines Hamburger Maschinenbauers Paul Joder, wurde von der plattdeutschen Schrifttum fördernden Stavenhagen-Gesellschaft im Altonaer Schiller-Theater aufgeführt. Es ist ein Bauernstück, in dem manches gut beobachtet und dramatisch gestaltet ist. „Der Lumpenpaster“ des gleichen Verfassers wurde bereits früher, auch in Berlin, gegeben.

— Eine Totenfeier für Hermann Wang findet im Deutschen Theater Sonntag, den 18. Februar, mittags 12 Uhr, statt. Die Gedächtnisrede hält Emil Ludwig; Alexander Moissi liest aus den Werken des Dichters vor. Karten sind durch S. Fischer, Berlin W. 57, Bülowstr. 90, zu vergeben.

— Der Erreger des Schwarzfiebers ist nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ entdeckt worden. Der stellvertretende Direktor an dem Kgl. Institut für präventive Medizin zu Madras Dr. S. Bolton stellte die völlige Entwicklung des Parasiten kala Azar (auch Dumdum oder Schwarzfieber genannt) in indischen und europäischen Wangen fest. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, diese allen Tropen bedrohende Krankheit wirksam zu bekämpfen.

Kleines Feuilleton.

Das Leben ohne Mikroben. Ist ein Leben ohne Mikroben möglich? Diese Frage, deren Beantwortung und Lösung für die Bakteriologie und die Biologie von allergrößtem Interesse ist, wurde schon im Jahre 1855 von Pasteur gestellt. Sie war jedoch bisher noch nicht endgültig entschieden worden. Gelehrte kamen zu dem Schluss, daß gewisse Insekten sich ohne die „Mitwirkung“ der Mikroben normal entwickeln können, daß aber die Wirbeltiere ohne die Bakterien nicht weiterkommen zu können scheinen. Dieser Tage hat nun in der Pariser Akademie der Wissenschaften der Doktor Roux, Direktor des Pasteur-Instituts, auf Grund der Forschungen des Doktors Michel Cochendy bewiesen, daß ein Leben ohne Mikroben doch möglich wäre. Dr. Cochendy wählte, wie es Pasteur riet, für seine Versuche, die er jetzt schon länger als drei Jahre dauern, das Huhn. Er konstruierte zunächst einen gewissen Aufzuchtapparat, der unter Wasserdampfdruck im ganzen bei 120 Grad sterilisiert werden kann. Die verschiedenen Öffnungen des Apparats sind mit Baumwolle verstopft. Die Luft, die ins Innere dringt, ist durch mehrere Baumwollensfilter filtriert. Durch einen Strom kalten Wassers, der durch ein Schlangensrohr geht, wird der Wasserdampf an der Oberfläche des Schlangensrohres kondensiert, und dieses Wasser, das in eine Trasse fällt, dient zur Tränkung der Küchlein, die in dem hermetisch verschlossenen gläsernen Zuchtgefäß leben sollen. Nachdem der Apparat gebaut war, nahm Dr. Cochendy drei oder vier äußerlich sterilisierte Hühnerziegel, kurz bevor aus ihnen die Küchlein austriehen sollten, und legte sie in eine bronzene besondere Abteilung des Apparats, die eine künstliche Brutanstalt darstellte. Die aus dem Ei gekrochenen Küchlein können in dem „Zuchtgefäß“ frei umhergehen; sie finden hier reichlich Tageslicht, frisches Wasser, frische Luft, verschiedene Nahrungsmittel, aber alles — Wasser, Luft, Nahrungsmittel — vollständig „entkeimt“. Auf diese Weise haben mehrere Serien von Küchlein leben und sich entwickeln können. Nach fünf oder sechs Wochen wurden die Küchlein zu groß für ihren Käfig und mußten nun entfernt werden. Um zu prüfen, ob nicht durch irgend einen Zufall doch eine Verkeimung stattgefunden hätte, säte der Gelehrte am Schluß des Experimentes den ganzen Inhalt des Verdauungsapparats, des Blutes, der Federn der steril gezüchteten Küchlein aus und konstatierte, daß keine Mikrobekultur zustande kam. „Das Leben ohne Mikroben“, so schloß Dr. Roux, „ist also für das Huhn möglich, und dieses aseptische Leben führt an sich keinen Verfall des Organismus herbei.“ Einige der sterilen Hühner wurden dem normalen Leben wiedergegeben, und nach wenigen Stunden schon war ihr Verdauungsapparat von zehntausenden von Mikroben und Bakterien besetzt, ohne daß sie besonders darunter zu leiden hatten.

Was eine Flugmaschine kostet. Die französische Fachzeitschrift „Aérophile“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Preise von Aeroplanen verschiedener Systeme. Im Durchschnitt sind die Doppeldecker etwas teurer als die Eindecker. Das teuerste Flugzeug überhaupt, ist ein Motor, der 100 Pferdestärken besitzt und 86 000 M. kostet. Der teuerste Eindecker dagegen ist schon für 24 000 M. bei freilich nur 60 Pferdestärken zu haben. Nicht immer richten sich die Preise lediglich nach der Stärke des Motors. Bei den Eindeckern haben solche von 80, 60 und 50 Pferdestärken den gleichen Preis von 18 000 M. Das billigste der ausgeführten Systeme ist übrigens doch ein Doppeldecker, der allerdings nur über 25 Pferdestärken verfügt und mit 8000 M. nicht teurer ist als ein mittleres Automobil. Durch-

Millionen armer Eltern sich das Geld vom Munde absparen, um es ihren Söhnen in die Kassen zu schicken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen das unbedingte Koalitionsrecht und wünschen, daß noch in dieser Session durch ein Theatergesetz den Bühnen im Theaterwesen Abhilfe geschaffen wird.

Die meisten unserer Anträge beschäftigen sich naturgemäß mit den Verhältnissen der Arbeiter.

Hier ist vor allem notwendig die Herabsetzung der Grenze für die Altersrente von 70 auf 65 Lebensjahre (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), wie es ja durch das Privatbeamtenrecht für die Privatangestellten geschehen ist. Sie werden ja im Wahlmanne erfahren haben, wie aufreißend gerade diese unterschiedliche Behandlung gewirkt hat. Daneben verlangen wir für die ländlichen Arbeiter die Sicherung des Koalitionsrechtes und verschiedene Reformen zugunsten der Verarbeiteten. Außerdem muß aber der Reichstag auch den Mut und den Willen zeigen zur Bewältigung großer sozialpolitischer Aufgaben. Die Zeit ist gekommen für eine

Reichsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit;

da sich die Einzelstaaten geteigert haben, hierin etwas zu tun, wird das Reich dieses Problem angehen müssen. Bei der nächsten Sitzung werden hunderttausende Arbeitslose auf der Straße liegen. Es ist deshalb Sache des Reiches hier entschlossen vorzugehen. Daneben wird gefordert eine große Reichsversicherungsreform. Es gibt ja hier viele Mitglieder, die in Sittlichkeitsvereinen oder Vereinen zur Bekämpfung der Trunksucht und der Lasterkrankheiten arbeiten. Der Reichstag ist Ehrenvorsitzender eines solchen Komitees. Alle diese Bestrebungen aber kommen zu dem Ergebnis, daß der Kampf gegen die Unsitlichkeit und die Trunksucht zuletzt münden muß in der Forderung nach einer Wohnungsreform. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bei allen diesen Anträgen gehen unsere Wünsche zum größten Teile nicht über die Forderungen anderer Parteien hinaus und wir hoffen, daß diese energisch daran mitarbeiten werden. Insbesondere das Wahlsrecht verlangen wir, daß auch Frauen hier im Hause Sitz und Stimme bekommen. (Lachen auf der Rechten.) Glauben Sie wirklich, daß Sie mit diesem Lachen Ihre Einlegen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Debatten des letzten Reichstages über Mütterrecht und Wählerinnenunterstützung wäre es gewiß dem Nutzen gewesen, wenn Frauen mitgesprochen hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen ferner, daß das erweiterte Wahlrecht auch auf die Landtage ausgedehnt werde, vor allem auf den preussischen Landtag. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Reform des preussischen Wahlsrechts ist eine deutsche Frage.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist doch der Plan aufgedacht, den Reichstag unter die Generalvormundschaft des preussischen Landtags zu stellen und der Anfang dazu ist ja bei der nationalliberalen Fraktion bereits gemacht worden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die nationalliberale Reichstagsfraktion stand unter der gemilderten Pflasterung der Abgeordnetenhausfraktion. (Erneute Heiterkeit links.)

Unsere Ausgaben für sozialpolitische Zwecke sind klein im Verhältnis zu dem, was England für diese Zwecke ausgibt. Unsere sozialpolitischen Ausgaben betragen nur etwa 60 Millionen Mark gegen rund 300 Millionen Englands. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings dürfen die Mittel für die Ausführung unserer sozialpolitischen Wünsche nicht durch den Ausbau der indirekten Steuern geschaffen werden. Die letzten Reichstagswahlen waren eine große Demonstration des Volkes gegen die Ausdehnung der indirekten Steuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung sich auf Popularität berufen würde, hätte sie uns empfangen mit einer

Keine Finanzreformvorlage,

in der vielleicht die Zucker-, die Fahrkarten- und die Streichholzsteuer abgeschafft und der Anfall gedeckt würde durch die Ausdehnung der Erbschaftsteuer. Das wäre eine Genugtuung für das beleidigte Rechtgefühl des Volkes gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die finanzielle Zukunft des Reiches wird zweifellos liegen in einer Einführung direkter Steuern, vielleicht in Verbindung mit großen Reichsmonopolen unter demokratischer Kontrolle. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem tut aber natürlich die Reform der Ausgaben. Wir müssen große Striche machen an den Ausgaben für Heer und Flotte. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Davon sind wir bereit noch weit entfernt. Unser Kriegsminister hat sich an den hervorragenden ausländischen Beispielen kein Muster genommen. Er beschäftigt sich nicht mit Interdiktfragen (Sehr gut! links), sondern er verlangt mehr Soldaten. Wir können nicht anerkennen, daß dafür sachliche Gründe vorgebracht werden. Die Verdrängung des Deeres ist der Regierung förmlich aufgedrängt worden. Unseres Erachtens ist der Zeitpunkt für eine neue Wehrevorlage der denkbar ungeeignetste. Den englischen Arbeitern wurde von ihren Chauvinisten vorgebetet, daß die große Wehrheit des deutschen Volkes Tag und Nacht nichts anderes sinn, als über England herzufallen. Jetzt wird es für die englischen Gewerkschaften wie eine große Offenbarung gewirkt haben, als sie sahen, wie gewaltig die Stimmen der Sozialdemokratie, dieser mächtigen Friedenspartei gewachsen sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das kann nicht ohne Rückwirkung auf die innere Politik Englands bleiben. Am hören wir, daß wieder Versuche im Gange sind, mit England zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Wir haben in der Vergangenheit jeden ehrlichen Versuch unternommen, der dem Frieden unter den Völkern nützen soll, und wir werden das auch weiter tun. Aber wir glauben, die Haupthilfe muß und wird von den Engländern selbst kommen. Die Engländer sind nüchternere Rechner, und sie rechnen sich aus, daß sie im Laufe der letzten Jahrzehnte den Wünschen der Vereinigten Staaten, Italiens und Frankreichs nachgegeben haben, nur um einer Chimäre nachzulaufen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß sich der Einfluß der englischen Arbeiter Partei genug erweisen wird, um die englische Politik auf den Weg friedlicher Verständigung zu drängen. Wir hoffen, daß die paar hunderttausend Mark, die ganz verdeckt für China angefordert werden, nicht im Laufe der Jahre ganz gewaltig anwachsen. Wir verlangen nachdrücklich, daß nicht etwa in China, das jetzt keine Verhältnisse zu ordnen im Begriff ist, Deutschland eine Abenteuerpolitik einleitet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung kann auf diesem Gebiete nur dann fruchtbare Arbeit leisten, wenn sie das Vertrauen des ganzen Volkes hat. Dazu wäre vor allem notwendig, daß sie sich mit einem deutlichen Ruck trennt von jenen alldeutschen Politikern, mit denen sie im letzten Sommer aufwendend eine Art geheimer Rinder-Deckungs-Versicherung getroffen hat. Das Ansehen der deutschen Politik könnte nur gewinnen, wenn die Regierung die Widersprüche auflösen würde, zwischen den Behauptungen des Staatssekretärs von Kiderlen und denen von alldeutscher Seite in dem bekannten „Grenzboten“-Prozess. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Maßregeln der Regierung würden eine ganz andere Wirkung haben, wenn gebrochen würde mit dieser

Aberleiten und unheilvollen Geheimnisthämerei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie hat im Sommer Anheil gestiftet und veranlaßt jetzt wieder, daß an Stelle von Vertrauen Mißtrauen getreten ist. Wir brauchen zur Gewinnung der demokratischen Politik demokratische Einrichtungen und demokratische Männer. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe Ihnen in aller Kürze die Grundzüge dessen vorgetragen, was unsere Politik in der nächsten Zeit sein wird. Bevor

Sie sich schlüssig machen über unsere Anträge, bitte ich Sie, sich zu vergegenwärtigen, daß wir die

Sprecher von mehr als vier Millionen deutscher Wähler

sind. Und vielleicht wäre es auch gut, wenn Sie sich fragen, wie es kommt, daß wir so stark geworden sind. Es haben einige kleine Ursachen mitgewirkt. Wir haben ja Grund, nach allen Seiten dankbar zu sein, und wenn wir mitzusprechen hätten bei Verleihung von Auszeichnungen, so würden wir dem Abgeordneten v. Heydebrand den Orden pour le mérite zuerleihen. (Große Heiterkeit links.) Wir erkennen auch an, daß die Regierung ihr Möglichstes getan hat. (Sehr richtig! rechts.) Ja, sehr richtig: die offiziösen Artikel der Regierung über die Reichsfinanzreform haben geradezu Wunder an Aufklärung, gewirkt, jeden Tag haben die Bürger und Arbeiter, die Gewerbetreibenden wieder in amtlichen Ziffern den Beweis geliefert bekommen, wieviel sie eigentlich im letzten Jahre zu zahlen gehabt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch der verzweifelte Versuch des Herrn Reichszantlers nach den Hauptwahlen gegen uns

einen Anglisten

zusammenzuschließen, hat recht aufklärend gewirkt. Schon die Tatsache, daß die Konferenz im preussischen Abgeordnetenhaus stattfand, hat die Situation groß verändert. (Sehr gut! links.) Den Rest haben schließlich noch Polizei und Justiz besorgt. Für die sieben Mandate, die wir in Schlesien bekommen haben, müssen wir tiefgefühltesten Dank der Polizei in Breslau und einem Landgerichtsdirektor in Breslau sagen. (Heiterkeit und sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber alle diese Ungeheuerlichkeiten, von denen wir Vorteil hatten, genügen doch nicht zur Erklärung. Wer sehen will, der sieht, wer wissen will, der weiß: die Sozialdemokratie ist nicht das Werk von ein Paar freiwilligen oder unfreiwilligen Agitatoren, die Sozialdemokratie ist

eine gewaltige gesellschaftliche Erscheinung,

die nicht von Agitatoren gemacht werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten in seiner Wehrheit zu einem Volke von Lohn- und Gehaltsempfängern geworden. Für diese wirtschaftliche Tatsache sind wir der politische Ausdruck. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sind Sie (nach rechts) auch machtlos gegen unser Wachstum in der Vergangenheit wie in der Zukunft. Vor 5 Jahren sah an jener Stelle, wo jetzt der Reichszantler nicht sitzt (Heiterkeit), ein sehr geschickter Mann, der sich politischen Situationen anzupassen wußte, Fürst Bismarck. Wie hat er damals über unsere Partei geurteilt, wie hat er sich eingebildet, daß er uns zurückgedrängt, zurückgedrückt habe. Und jetzt: Fürst Bismarck ist gegangen und wir sind geblieben, und werden weiter bleiben. Die Reichszantler sind vorübergehende Erscheinungen (Große Heiterkeit); wir, die Sozialdemokraten, stehen in dem Bewußtsein unserer unangewandelten Ordnung wie ein Fels, und je mehr Sie auf den Fels los schlagen, desto fester wird er sitzen und desto tiefer wird er eindringen. (Lebhafte Zustimmung links, den einige neugewählte freisinnige Abgeordnete durch Händeklatschen anhören.)

Präsident Kaempff: Das Händeklatschen entspricht nicht der Geschäftsordnung. (Heiterkeit.) Ich bitte, es in Zukunft zu unterlassen.

Abg. Speck (Z.): Ich möchte eine Rede in den Ausführungen meines Vorredners ausfallen und zum Etat sprechen. (Heiterkeit.) Es ist uns durch die Ironie eine neue Wehrevorlage in Aussicht gestellt und Gesetze zur Dedung der Kosten. Es muß bedenklich sein, daß man sich schon 1912 wieder so ernstlich mit einer Heeresvermehrung beschäftigt. Auf eine Erweiterung der Frage, welche Steuern in Betracht kämen, will ich nicht eingehen, was aber die Erbschaftsteuer angeht, so muß ich sagen: Wir würden eine Wiedereinführung der Erbschaftsteuer als eine Präzisierung (Hört! hört! links) derjenigen Parteien ansehen, die das große Opfer gebracht und die Reichsfinanzreform zustande gebracht haben. (Schallendes Gelächter links, Bravo! im Zentrum und rechts.) Wir sind der Meinung, daß man vielleicht auch ohne neue Steuern große Summen dem Ordinarium zur Verfügung stellen können, ohne deshalb mit den Prinzipien einer gelunden Finanzgebarung in Widerspruch zu kommen. Zunächst müssen die Einnahmen so festgelegt werden, wie sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Die Prognost der beiden letzten Jahre, mit den Uebererschüssen Schulden zu decken, verfolgt ja zweifellos einen guten Zweck. Wir werden auch an der 1909 festgesetzten geschätzten Schuldentilgung festhalten, aber es erscheint uns zweifellos, daß eine ganze Reihe von Einnahmeposten, z. B. bei der Zuwachsteuer und anderen, erheblich höher angesetzt werden können. Jedenfalls erscheint es uns nicht angebracht, dem Volke neue Steuern aufzuerlegen, nur um Schulden zu tilgen. Das Volk hat jetzt

genug Finanzreform

und neue Steuern würden nur die äußerste Linke noch mehr härten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Regierung rechnet ja selbst mit ganz erheblichen Uebererschüssen. Nach unserer Ueberzeugung können 82 Millionen in das Extraordinarium gebracht werden. (Hört! hört!) Rund 180 Millionen lassen sich frei machen zur Dedung der Wehrevorlage. Den Herrn Reichsfinanzsekretär möchte ich bitten, wenn er diese Rechnung bezweifelt, uns einmal ein genaues Bild über unsere Finanzlage zu geben. Das wird er freilich erst können, wenn die Höhe der Anforderungen für das Heer feststeht. Wir werden zu solchen Vorlagen die Stellung nehmen, die uns die Interessen des Vaterlandes gebieten. Mit dem Hauptgrundsatz des Schatzsekretärs: keine neuen Ausgaben ohne Dedung, stimmen wir überein. (Bravo! im Zentrum.) Sein Bestreben, die Finanzen zu sanieren, unterstützen wir, aber es findet seine Grenze in der Leistungsfähigkeit des Volkes. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Im allgemeinen beweihe der Etat die günstigen Rückwirkungen der Reichsfinanzreform. (Lachen links.) Diesen Erfolg zu betonen, glauben wir um so mehr allen Anlaß zu haben, als die Regierung so gut wie nichts getan hat, um Aufklärung zu verbreiten gegenüber der ungläubigen Menge gegen die Parteien, die das große nationale Werk zustande gebracht haben. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.) Auch die einzelstaatlichen Finanzminister haben es an jeder Anerkennung der Vorteile, die sie aus der Finanzreform gehabt haben, fehlen lassen. (Heiterkeit links.) Natürlich brauchen wir die Regierungshilfe nicht, um unsere Haltung bei der Reichsfinanzreform zu rechtfertigen. (Al! mal links.) Die beste Rechtfertigung ist für uns die günstige Rückwirkung auf unsere Finanzen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Rebner verteidigt das gesunde Schutzollsystem, das die deutsche Industrie zu nicht geahnter Höhe geführt hätte. Auch die Industriearbeiter seien an der Aufrechterhaltung des Schutzollsystems interessiert (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), denn ihnen sei die Entwicklung in Form höherer Löhne zugute gekommen. Deutschland marschiert noch immer an der Spitze der sozialen Hilfsreform. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsversicherungsordnung wird ein Meilenstein bleiben. (Reichszantler v. Bethmann-Hollweg erscheint im Saal.) Wo ständen wir, wenn die Abweichungen sozialpolitischer Gesetze durch die Sozialdemokratie hier eine Wehrheit gefunden hätte? (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Frank hat eine ganze Liste von Wünschen hier vorgetragen: nichts leichter als Wünsche! Aber dann hat man auch die Pflicht, für entsprechende Dedung sorgen. (Nur links: Erbschaftsteuer!) Was wollen Sie nicht alles mit der Erbschaftsteuer anfangen? Der Brunnen wird auch bald ausgeschöpft sein.

Mebrere unserer Anträge betreffen die Landwirtschaft, von besonderer Bedeutung ist hier die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Unsere politischen Wünsche berühren sich zum Teil denen des Abg. Dr. Frank. Wir brauchen vor allem ein Komptabilitätsgesetz. Die Durchführung und Kontrolle des Etats muß gesetzlich sichergestellt werden. Das Schatzamt scheint sich zu viel auf eine Generalabsolution vom Reichstage zu verlassen, aber das schwächt seine Widerstandskraft gegenüber den Reformen. Die Kompetenz des Reichstages muß auch der Kolonialverwaltung gegenüber erweitert werden. Den Klagen des

Vorredners über das Reichsbereinsgesetz stimmen wir zu. Auch wir verlangen seine Aenderung in freisinnigem Sinne. Eine wichtige Aufgabe des neuen Reichstages muß die Fürsorge für den Kaufmannsstand und gewerblichen Mittelstand sein. Wir empfehlen Ihnen hier unser umfangreiches Programm. Es wäre verlockend auf die Frage einzugehen, warum die äußerste Linke hier so zahlreich erschienen ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich will es mir versagen, aus dem gleichen Grunde, aus dem bereits ich auch in eine Erweiterung des letzten Wahlkampfes nicht eintreten will. Wir halten es nicht für zweckmäßig, ihn womöglich in verschärfter Aufregung hier noch einmal durchzukämpfen. Wir dürfen die Zeit hier nicht mit Parteigezänk vergeuden. Dieser Saal gehört der positiven Arbeit. Auch die Rückwirkung auf das Ausland dürfen wir nicht übersehen. Die schweren Kämpfe, die das deutsche Land während der letzten Monate erschütterten, haben im Ausland schlecht verhehlte Schadenfreude erregt. Wollten wir den Parteikader hierher verpflanzen, so daß es ausfiele, als sei die Luft zwischen den Parteien unüberbrückbar, so könnte das im Ausland zu Folgerungen führen, die dem Frieden Europas verhängnisvoll wären. Wir wollen versuchen, die Parteigezänge abzusuchen. Mehr als je haben alle bürgerlichen Parteien Anlaß, sich der Mahnung zu erinnern: zuerst das Vaterland, dann die Partei! (Lachen bei den Sozialdemokraten. Rufe links: Präsidentenwahl! Beifall und Händeklatschen bei dem Zentrum.)

Vizepräsident Dove: Schon vorhin hat der Präsident erklärt, daß es nicht parlamentarische Sitte sei, durch Klatschen in die Hände Beifall zu belunden. Diese Mahnung möchte ich nach allen Seiten richten.

Schatzsekretär Wermuth: Ich muß sofort wieder in Ihre Debatte eingreifen; aber die vom Vorredner angeregten Fragen sind Existenzfragen für die ganze Finanzpolitische Entwicklung des Reiches, und das Verschärfen, das er vorschlägt, ist eine Gefahr für unsere ganze finanzielle Zukunft. Der Vorredner ging von der Annahme aus, daß wahrscheinlich neue Steuererlöse, insbesondere eine ganz bestimmte Steuer kommen würden, und suchte dabei auseinanderzusetzen, wie man diesen Steuern entgegen könnte. Er hat dabei Grundzüge entwickelt, die von dem früheren Standpunkt seiner Partei erheblich abweichen. (Hört, hört! links.) Die Tonart war eine ganz andere als damals, wo wir in gemeinsamer Arbeit die finanzpolitischen Aufgaben des Reiches erledigten. (Hört, hört! links.) Damals ist nicht davon die Rede gewesen, daß die Regierung die Einnahmen untersuchen, daß der Etat ein Bild biete, das nicht der Wirklichkeit entspräche, daß ein künstliches Defizit geschaffen sei, nur um neue Steuern zu erziehen. Früher haben Sie doch alle diese neuen Einnahmenschätzungen mitgemacht und bewilligt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Früher haben Sie es doch nicht beanstandet, wenn die Entwicklung sich als günstiger herausstellte, als die Schätzung angenommen hatte. Ich habe diese Schätzung stets mit aller Sorgfalt und aller Vorsicht vorgenommen. Lieber schätze ich zu vorsichtig, als zu wenig vorsichtig. Als ich mein Amt antrat, stand ich unter dem Eindruck des außerordentlich schlechten Etats der Jahre 1908 und 1909, bei denen sich allein bei den Zinsen und Steuern ein Defizit von 121 Millionen Mark herausgestellt hatte. Wenn man jetzt unter ganz besonders günstigen Umständen sich ein Uebererschulz herausstellt, so ist das noch kein Beweis dafür, daß es so bleiben wird. Es ist richtig, daß wir 1911 ein großes Mehr an Einnahmen erzielt haben. Das ist an sich nichts Ueberausendes. 1910 ergaben die Zölle und Steuern im ersten Halbjahr sehr ungünstige Einnahmen, weil die Vorderverorgung der letzten Monate 1909 kurz vor Einführung der neuen Finanzgesetze auf sie drückte. Die zweite Hälfte 1910 ergab sehr viel bessere Einnahmen, es dachte sich der Beharrungszustand an. Da die ersten Monate 1910 ungewöhnlich schlecht sind, müssen die ersten Monate 1911 beim Vergleich ungewöhnlich günstig erscheinen. Sie ergeben eine Steigerung der Einnahmen im Durchschnitt um 24,8 Millionen monatlich. Die Monate September, Oktober, November, Dezember 1911 und Januar 1912 ergeben aber nur ein durchschnittliches monatliches Mehr von 5,6 Millionen. Das sieht doch schon ganz anders aus und viel weniger günstig, wobei ich aber die Herren auf der Linken bitten möchte, daraus keine Schlüsse gegen meine Rede vom Dezember v. J. zu ziehen. Jedenfalls haben wir für 1911 einen recht beträchtlichen Uebererschulz. Ist ein solcher Uebererschulz nun an und für sich ein Verbrechen? (Heiterkeit.) Er kann doch sehr leicht vorkommen. (Heiterkeit.) Besonders unter so außergewöhnlichen Umständen. An sich ist ein Uebererschulz nichts Unsolides, aber der Vorredner erhebt gegen mich den Vorwurf, als suchte ich einen Teil sicherer Einnahmen zu eskamotieren und der Schuldentilgung zuzuführen. Das ist absolut unbegründet. Der Vorredner will die gesetzliche Schuldentilgung, aber nicht mehr; ich will die gesetzliche Schuldentilgung, aber nicht weniger, und bitte ihn, an diesen Standpunkt eiern festzuhalten und das zu erfüllen, was wir vorschlagen. Unsere Finanzlage ist so, daß wir innerlich vollständig balancieren, daß Einnahmen und Ausgaben gleich sind. Außerdem ist es uns gelungen, die beiden Schuldentilgungsbeträge für 1910 und 1911 wirklich abzutragen und 82 und 89,7 Millionen für diesen Zweck zu verwenden. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Schuldentilgung ins Stocken geraten wird, wenn wir 1912 nicht so günstig absideiden, wie 1911. Das würde geschehen, wenn die Vorschläge des Vorredners von der Budgetkommission angenommen würden.

Der Vorredner empfahl, wenn wir neuen Bedarf haben, neue Anleihen aufzunehmen. Dabei sagte er selbst, es sei ein Erfolg der Reichsfinanzreform, die Anleihen fortgesetzt zu reduzieren. Dieser Erfolg würde durch seinen Vorschlag wieder illusorisch gemacht. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, aus den Fehlern, deren Folgen mit Flamme schrift vor unseren Augen stehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Westarp (L): Der Herr Reichsfinanzsekretär hat gestern sehr klar auseinandergesetzt, daß die Steuern im Reich und den Einzelstaaten ein einheitliches System bilden. In diesem System ist das Reich auf die Verbrauchsteuern angewiesen. Daraus und das auf der anderen Seite das Reich das allgemeine Wahlsrecht hat, ergeben sich große Schwierigkeiten. Wie schwer es ist, Verbrauchsteuern einzuführen bei dem allgemeinen Wahlsrecht des Reiches, ist uns in den letzten Jahren so recht zum Bewußtsein gekommen. (Sehr richtig! rechts.) Aus diesen Schwierigkeiten haben sich große politische Erschütterungen ergeben durch die

Zerstückung der bürgerlichen Parteien,

durch das große Anwachsen der Demokratie und derjenigen Partei, die auf revolutionärer Grundlage die Grundlagen unserer Verfassung und unseres Staatslebens erschüttern will. Das sind politische Erschütterungen, denen wir wohl alle mit unserer Bedauern gegenübersehen. (Sehr richtig! rechts.) Mit der Erbschaftsteuer wäre die Finanzreform überaus noch viel unpopulärer geworden. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Wir uns ist die Hauptsache, daß sich die günstigen Wirkungen der Reichsfinanzreform in unserer guten Finanzlage zeigen. Die Einnahmen aus der Finanzreform sind 1911 um 78 Millionen gestiegen. Däne die Finanzreform hätte der Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse dem Reich fast gar nichts genützt. Den Eindruck des Herrn Speck habe auch ich, daß diesmal die Einnahmen mit sehr großer Vorsicht geschätzt sind; darüber werden wir in der Budgetkommission ausführlich zu sprechen haben. — Was die Ausgaben anlangt, so werden wir die Vermehrung der Beamten auf ihre Notwendigkeit sehr eingehend zu prüfen haben. — Die Grundzüge des Reichsfinanzgesetzes begreifen wir als durchaus gesund. Die neuen Steuern notwendig sein werden, wird zu prüfen sein, wenn die neuen Vorlagen vorliegen. — Am einige Worte zur allgemeinen politischen Lage. Was die Präsidentenwahl anlangt, so werden wir der Sozialdemokratie sicher nicht verwehren, wenn sie positiv mitarbeiten will, falls sie sich dabei auf die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft

Recht (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber wie die Dinge liegen, glauben wir auf keinen Fall der Sozialdemokratie die Vertretung des Reichstages nach außen anvertrauen zu können, denn auch der Reichstag ist eine Institution, die verfassungsmäßig auf monarchischer Grundlage beruht, während im Programm der Sozialdemokratie die Errichtung der Republik steht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Hoffnung des Abg. Frank, daß die Erfolge der Sozialdemokratie darauf hinwirken würden, in England erste Friedensbestrebungen hervorzurufen, kann ich nicht teilen. (Sehr richtig! rechts.) Was die bevorstehende Abstimmung vorläufig anlangt, so meinen wir, daß die Vorgänge des vergangenen Jahres uns den klaren Beweis erbracht haben, wie es für uns auch heute noch immer notwendig ist, unsere Rüstung scharf und mächtig zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.) Wir glauben auch nicht, daß unsere Flotte ein Luxus ist und behalten uns vor, darüber, was auf dem Gebiete unserer Rüstungen als Luxus und was als Lebensbedürfnis des Deutschen Reiches anzusehen ist, uns unser eigenes Urteil ohne Beeinflussung von fremder Seite zu bilden. (Bravo! rechts.) Wenn die Wehrvorlage kommt, so werden wir unserer stets geübten nationalen Pflicht folgend, bereit sein, alles zu bewilligen, was uns von den zuständigen und sachverständigen Stellen als unbedingt notwendig nachgewiesen werden wird. (Bravo! rechts; Zuruf links: Erbschaftsteuer!) Natürlich wird auch über die Deckung zu sprechen sein, aber darüber wollen wir uns heute den Kopf nicht zerbrechen. (Wahl links.) Unsere ablehnende Haltung zur Erbschaftsteuer ist ja bekannt und unverändert dieselbe. — Für die innere Politik soll nach Zeitungsmitteilungen Abg. Saffermann den Grundsatz aufgestellt haben, daß gemäß der großen Zahl der für die Sozialdemokratie und die Liberalen abgegebenen Stimmen nunmehr eine Änderung unserer inneren Politik im populären Sinne geboten sei. Wir sind nicht dieser Meinung und glauben, daß auch die Regierung sich nicht auf diesen Standpunkt stellen wird. Wenn die Regierung überhaupt die Zahl der abgegebenen Stimmen zur Grundlage ihrer Entschlüsse legen wollte und könnte, dürften das doch nur die Stimmen der Parteien sein, die auf monarchischer Grundlage stehen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir haben im übrigen noch keine konstitutionelle Regierung, sondern eine kaiserliche Regierung, die nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen handelt. Für uns ist jedenfalls die Zahl der Stimmen in keiner Weise entscheidend. Es will nicht so weit gehen wie das Schiller-Wort: Mehrheit ist Unstimm, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. (Zuruf links: Bei Ihnen nicht! Große Heiterkeit.) Das Wort „stets“ geht mir zu weit. Es kann vorkommen, wenn von wenigen verständigen Leuten in dauernd gewisshafter und wahrhafter Weise gearbeitet wird. Wenn ich mir über die Agitation ansehe, mit der diesmal die Sozialdemokratie 4 1/2 Millionen Stimmen erzielt hat (große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Die Agitation konservativer Parteiführer!), so war sie so unwarhaft und übertrieben im Aufbegehren des Kleinen gegen das Große (Lebhafter Zuruf bei den Sozialdemokraten, daß das Ergebnis einer so errungenen Stimmenzahl für uns unendlich beweisend sein kann. Die Thronrede stellte mit Recht an die Spitze unserer Aufgaben, das feste Gefüge des Reiches und der Ordnung unerschützt zu erhalten. Dem widerspricht aber der Koalitionswang, der Streikzwang, der Vorkost und der Terrorismus der Sozialdemokratie. (Große Unruhe und lebhafter Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es ist und gesagt worden, das bestehende Recht genüge, um diesen Dingen entgegenzutreten. Wenn das richtig ist, wird das bestehende Recht eben nicht richtig angewendet. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden aber trotz der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage immer wieder die Forderung stellen, daß diesem Terrorismus gegen Arbeitswillige und Unternehmer auf die eine oder andere Art ein Ende gemacht wird. Der reichsdeutsche Mittelstandverband hat diese Forderung auch an die Spitze seines Programms gestellt. Und ebenso erheben diese Forderung ein großer Teil der Arbeiter, der nicht sozialdemokratisch organisiert ist. Ebenso steht mit dieser Forderung der Thronrede in Widerspruch der Mißbrauch der Strafe zu revolutionären Kundgebungen. (Sehr richtig! rechts.) In der letzten Zeit ist ja darin, jedenfalls aus tatsächlichen Gründen, etwas Ruhe eingetreten. Aber dieser Zustand der Ruhe — hier glaube ich prophesieren zu können — wird aufhören, sobald die sozialdemokratische Partei glaubt sicher zu sein, daß dieser Reichstag nicht nur eine Lebensdauer von Monaten, sondern von Jahren hat und daß sie nicht etwa in diesem Jahre wieder an die Wahlurne treten muß. Dann wird sie ihr wahres Gesicht wieder auf der Strafe zeigen und wird die Masse wieder revolutionär einzerzieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Solche Zustände dürfen in einem geordneten Staatswesen nicht gebildet werden. (Bravo! rechts.) In der Forderung des Festhaltens an den Grundfragen der sozialen Fürsorge stimmen wir auch mit der Thronrede überein. Auch hier haben wir stets gegen die Intentionen der Sozialdemokratie gearbeitet, die ja noch die letzte Reichsversammlungsordnung mit allen Mitteln bekämpft hat — allerdings mit einer Einschränkung: „ritterliche Waffen“ habe ich darunter vermieht. (Sehr gut! rechts.) Für uns kamten bei der sozialen Fürsorge in der nächsten Zeit nicht so sehr die Arbeiter in Betracht als die fünf Millionen kleiner selbständiger Existenzen. Wir halten diese Zwischenstufe für eine sehr wertvolle zwischen dem Großkapital und der Masse der Arbeiter. In sittlicher Beziehung bedeutet diese Zwischenstufe einen Gesundheitsbrunnen unseres Volkes. (Bravo! rechts.) Die Sozialdemokratie will ja diese kleinen und mittleren Existenzen vernichten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im größten Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen wir in bezug auf den Aufbau unseres Staates. Die Errichtung der Republik ist der vornehmste, der endgültige Zweck der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In der Agitation allerdings verhält sie ihre letzten Ziele, ja in rein ländlichen Kreisen soll sie ihre Versammlungen mit einem Kaiserhoch eröffnen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Auf: Wo denn?) In der Provinz Sachsen. (Erneute Auf: Wo! wo!) Wir halten demgegenüber fest an unserer monarchischen Ueberzeugung. (Bravo! rechts.) Das wird uns oft genug in Gegenfragen zur Mehrheit dieses Reichstages, auch zu den Liberalen (Wahl bei den Freikämmlingen), die nach der Absicht der Sozialdemokratie und auch tatsächlich nur der Schrittmacher für deren republikanische Ziele sind. (Gelächter bei den Freikämmlingen.) Die Erfahrungen bei der Wahl des Präsidiums haben uns auch gezeigt, daß dieser Reichstag wohl keinen besonders glücklichen Erfolg erzielen würde, wenn er vor die Aufgabe gestellt würde, ein verantwortliches Reichsministerium zu bilden. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) In dieser Frage handelt es sich bei uns um grundsätzlichen Widerstand. Für unser deutsches Vaterland ist nur möglich eine starke Monarchie auf christlicher Grundlage. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:
Die Abg. Frank und Speck haben Bezug genommen auf die Äußerung, die der englische Premierminister gestern im Unterhaus über die wechselseitigen Beziehungen von England und Deutschland gemacht hat. In Uebereinstimmung mit diesen Äußerungen will ich meinerseits hier folgendes erklären: Der englische Kriegsminister Haldane hat bei seiner hiesigen Anwesenheit, wenn auch ohne Ermächtigung zu verbindlichen Abmachungen, so doch im Auftrage des englischen Kabinetts die Punkte, an denen sich die Interessen der beiden Länder berühren, mit uns durchgesprochen, (Zuruf: Hört! im ganzen Hause) um eine Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen herzustellen. (Lebhafter Zustimmung.) Die Aussprache, die von uns lebhaft begrüßt worden ist, hat in mehrfachen eingehenden und offenen Unterhaltungen stattgefunden und wird fortgesetzt werden. (Lebhafter Bewegung im ganzen Hause und großer Beifall.) Ich hoffe, das hohe Haus wird mit mir beistimmen, daß ich in diesem Stadium der An-

gelegenheit über Einzelheiten nicht sprechen kann. (Sehr richtig!) Ich habe aber nicht zögern wollen, dem Reichstag Mitteilung zu machen von der Tatsache der Besprechungen und von ihren Zielen. (Lebhafter Beifall, besonders links.)
Abg. Dr. Jund (natl.): Dem Grafen Westary gegenüber stelle ich fest, wenn er sagt, der Liberalismus sei der Schrittmacher der Sozialdemokratie, daß die Konservativen diesmal der Schrittmacher für die Welfen gewesen sind. (Sehr wahr! links.) Die Wahlen haben die Notwendigkeit erwiesen, die Stichwahlen auf einen Tag zu verlegen, das Wahlgeschick zu sichern, die Wahlkreiseinteilung zu ändern. Auch muß mit dem bisherigen System der Verschleppung der Wahlprüfungen gebrochen werden. Das Reichstagswahlrecht an sich ist für uns unantastbar. Die Ungleichheit im Volke mit der Reichsfinanzreform erklärt sich daraus, daß sie nicht auf sozialer Gerechtigkeit beruht. Die Ungerechtigkeit muß durch Abschaffung der drückenden Steuern, durch Abbau der Liebesgaben beseitigt werden. Wichtig ist der Grundgedanke des Schatzsekretärs, daß Anleihen nur auf verbundene Ausgaben ausgenommen und keine neuen Ausgaben ohne Deckung gemacht werden. Eine Besteuerung kann und nicht helfen, die großen Mittel für Heer und Marine können nur durch direkte Reichssteuern, durch die Erbschaftsteuer ausgebracht werden. (Sehr richtig! links.) Wir lehnen jede weitere Belastung des Verkehrs und des Konsums unbedingt ab. (Bravo! links.) Es sollte ein Ehrenpunkt für die Besiegten sein, für Schaffung der Mittel für Heer und Marine zu sorgen. (Sehr gut! links.)
Zur auswärtigen Politik kann ich mit Freuden feststellen, daß wir anscheinend zu einem besseren Verhältnis mit England gelangen. Es sollte nur auf englischer Seite mehr Rücksicht genommen werden, als das z. B. bei der Kreuzerfrage über den Zugang unserer Flotte der Fall war.
Unsere Verfassungsanträge werden wir wieder einbringen. Das Zentrum hat uns zwar früher dabei unterstützt, aber dafür gefordert, daß in der Kommission nichts zustande kommt. Wenn es das wieder will, möge es uns das vorher sagen. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie möchte ich bitten, bei diesen Verfassungsanträgen nicht mit solchen übertriebenen Forderungen zu kommen, nicht z. B. daß zur Erklärung eines Krieges die Zustimmung des Reichstages notwendig ist, oder daß der Reichskanzler gehen muß, wenn es der Reichstag will. Dagegen wünschen wir die Festlegung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die gesamte Regierungstätigkeit und Schaffung eines Staatsgerichtshofes. Ferner sollte der Reichstag sein Interpellationsrecht ausbauen, z. B. durch Einführung kurzer Anfragen. Das Wort der Thronrede: „Die Entwidlung sieht nicht still“ muß auch für unser Verfassungsweien gelten. Der Tatsache, daß 4 1/2 Millionen Wähler für die Sozialdemokratie gestimmt haben, muß Rechnung getragen werden. Danach haben wir auch bei der Präsidentenwahl gehandelt und ich erkläre, daß meine Partei unsere Stellungnahme für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten einmütig für notwendig hält. (Hört, hört! rechts.) Wir müssen die Sozialdemokratie zur praktischen Mitarbeit auch bei der ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte zwingen. Die Sozialdemokratie hatte uns Erklärungen abgegeben, die uns erkennen ließen, daß sie die repräsentativen Anforderungen an die Stelle eines ersten Vizepräsidenten in genügender Weise erfüllen werde. (Hört! hört! rechts.)
Wichtige Aufgaben stehen uns noch auf dem Gebiet der Sozialpolitik bevor. Ich erinnere an das Erfinderecht der Angestellten, der Regelung der Konkurrenzklausei usw. Der Grundgedanke des Gesetzes über die Arbeitskammern darf nicht fallen gelassen werden. Es muß eine öffentlich rechtliche ständige Einrichtung geschaffen werden, die die großen Arbeitskämpfe möglichst verhindert. Die Koalitionsfreiheit muß noch beiden Seiten gesichert sein. Die Fürsorge für den selbständigen Mittelstand liegt auch uns am Herzen. Dringend notwendig ist die Reform des preussischen Wahlsystems. (Bravo! links.) Der Ausfall der Wahlen beweist, daß der Kurs ein anderer werden muß. Das Volk hat in seiner Mehrheit zugunsten der Parteien auf der Linken entschieden. (Sehr wahr! links.) Herr Speck hat ja auch an die gemeinsame Arbeit der Parteien appelliert. Aber das Verhalten des Zentrums bei der Wahl des Präsidiums steht damit in Widerspruch. Wir wären einverstanden gewesen, wenn das Zentrum als zweitstärkste Partei mit der Sozialdemokratie die Reichstagsgeschäfte geführt hätte. (Hört! hört! rechts; Zuruf: Warum hat denn Herr Paasche niedergelegt?) Daß das Zentrum nicht dazu bereit war, kann doch nicht an natürlicher Abneigung liegen, nach dem, was zwischen Zentrum und Sozialdemokratie schon vorgefallen ist. (Heiterkeit.) Also auch wir wünschen gemeinsame Arbeit, aber die Konservativen sind es vor allem gewesen, die die Grenzen zwischen den Parteien noch vertieft haben. So hat das Heidebrandische Wort vom „Lüdenlosen Jollitaris“ wie eine Bombe gewirkt. Es wird entscheidend für das ganze deutsche Volk und insbesondere das Ansehen des Reichstages sein, ob dieser Reichstag sich als arbeitsfähig erweisen, ob er in der Lage sein wird, die großen nationalen Aufgaben zu erfüllen. Wir sind entschlossen, das unbedingt notwendige für unser Vaterland zu tun, als liberale Partei nach unbedingt nationalen Grundsätzen. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)
Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt.
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.
Abgelehnte Forderungen.
Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Entschlüsse des Bundesrats über Anträge, die ihm vom Reichstage zugehen, übermittelt worden. Daraus sei mitgeteilt, daß der Bundesrat nicht beabsichtigt, die Autarkie der Arbeiter aus dem Arbeiterstand einzuführen, ebensowenig einen Geschenkwert vorzulegen, durch welchen die Preisgünstigkeit und die Freiheit des Arbeitsvertrages den Vergewaltigten gegenüber sichergestellt wird. Ueber die Arbeitsverhältnisse der Anwaltsangehörigen haben Erhebungen stattgefunden, deren Bearbeitung noch nicht abgeschlossen ist. Eine Denkschrift über Zulagewesen und Lohnzuschüsse im Reichsheer ist in Vorbereitung.
Aus der Budgetkommission des preussischen Dreiklassenhauses.
In der Donnerstagssitzung der Budgetkommission erklärte der Berichterstatter, daß die Ueberhörsch über die Gats der letzten Jahre den Beweis liefere, daß die Marx'sche Theorie von der Vereinerlichung der Massen falsch sei, da eine Zunahme des Volkswohlstandes, namentlich der Vermögen des Mittelstandes, zu verzeichnen sei. Dessen Nachweis glaubte der Berichterstatter durch die Angaben liefern zu können, daß die höchsten Zinsen im Jahre 1911 ein Einkommen von 18 Millionen gegenüber 14 Millionen im Jahre 1910 versteuert haben! Dann erzählte er, daß die ungünstigen Einkommensverhältnisse in Ost- und Westpreußen und insbesondere in Regierungsbezirk Allenstein zu finden seien. Die Einkommensteuer soll nach einer Schätzung des Generalsteuerdirektors im kommenden Etatsjahre 10 1/2 Millionen Mark mehr liefern. — Bei der Forderung auf Schaffung von zehn neuen Stellen besonderer Vorstehenden für die Veranlagungskommissionen regte sich die konservativste Angst, daß den Landräten diese Vorposte abgenommen werden könnten, und sie verlangten, daß der Beschluß über diese Forderung ausgesetzt werde, bis der Finanzminister angegeben habe, in welchen Orten diese Vorposten angesetzt werden sollen. Der Ausschussantrag wurde von der Kommission abgelehnt, da sie ein solches Mißtrauen gegenüber dem Finanzminister nicht beizubringen wolle. Dann wurde auf die mißliche Lage der privaten Schiffen bei den Veran-

lagungskommissionen aufmerksam gemacht und der Betrag für außerordentliche Unterstützung von Unterbeamten um 12 000 M. erhöht. — Die indirekten Steuern liefern einen Ueberschuß von 5,7 Millionen Mark. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, was den preussischen Staat die Einziehung der indirekten Steuern für das Jahr koste. Diese Frage wurde dahin beantwortet, daß Preußen hierfür etwa 15 Millionen Mark im Jahre ausgeben müsse. — Bei der Einziehung der Reichsteuer soll insofern eine Erleichterung geschaffen werden, als durch öffentliche Bekanntmachungen darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß die Besteuerung der Reichverträge im Januar zu erfolgen habe und daß die Einziehung der Reichsteuer auch durch die Post erfolgen könne. Von der Regierung wurde zugesagt, daß bei der Neuregelung des Stempelsteuergesetzes die Stempel für amtliche Zeugnisse und beglaubigte Abschriften verbilligt werden sollen.

Änderung des preussischen Vergesetzes.
Eine Novelle zum Gesetz über die Abänderung des 7. Artikels des Allgemeinen Vergesetzes ist in der Vergabekommision des preussischen Handelsministeriums fertiggestellt worden und dem Staatsministerium zugegangen. Das Herrenhaus soll zuerst mit den Beratungen über die Vorlage befaßt werden. Die Novelle enthält noch den vorliegenden Mitteilungen ziemlich umfangreiche Änderungen, die durch eine Anpassung der landesgesetzlichen Bestimmungen des Vergesetzes an die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgegesetzes für Angestellte notwendig geworden sind.

Das Wachstum der britischen Genossenschaften.

London, 13. Februar.
Das englische Handelsamt hat soeben einen Bericht herausgegeben, der von dem gewaltigen Anwachsen der Genossenschaftsbewegung Großbritanniens in den letzten Jahren zeugt. Der Bericht befaßt sich hauptsächlich mit dem Zeitraum 1899 bis 1909. Im Jahre 1909 hatten die verschiedenen Konsum- und Produktionsgenossenschaften 2 597 236 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war seit dem Jahre 1899 um 17 221 oder 55 Proz. gestiegen. Der Umsatz aller Genossenschaften betrug im Jahre 1909 (ausschließlich der Bank-, Kredit- und Versicherungsgeschäfte und der Bau-tätigkeit) beinahe 132 000 000 Pfund Sterling (2640 Millionen Mark), was gegen 1899 eine Zunahme von 76 Proz. (56 1/2 Millionen Pfund Sterling) ausmacht.
Die große Mehrheit der Genossenschaften sind Arbeitergenossenschaften. Es gab deren in 1909 1580 mit einer Mitgliederzahl von 2 512 048. Der Wert der von diesen Genossenschaften verkauften und produzierten Waren betrug im Jahre 1909 128 Millionen Pfund Sterling, eine Zunahme gegen 1899 von 74 Proz. (54 Millionen Pfund Sterling).
Die Konsumgenossenschaften allein lieferten im Jahre 1909 annähernd 70 1/2 Millionen Pfund Sterling um, 25 Millionen Pfund Sterling mehr als 1899. Die beiden Großverkaufsgenossenschaften (die englische und die schottische) hatten einen Umsatz von über 33 Millionen Pfund Sterling, beinahe 14 Millionen Pfund Sterling mehr als im Jahre 1899. Etwa 50 Proz. der verkauften Waren wurden in Betrieben unter genossenschaftlicher Kontrolle, wozu die landwirtschaftlichen gerechnet sind, hergestellt. Der Wert der auf genossenschaftlichem Wege produzierten Waren betrug 24 Millionen Pfund Sterling, wovon 21 Millionen Pfund Sterling auf die produktiven Betriebe der Konsum- und Großverkaufsgenossenschaften entfielen.
Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung datiert vom Jahre 1895. Im Jahre 1909 bestanden 653 landwirtschaftliche Genossenschaften (317 Produktiv- und 336 Distributivgenossenschaften) mit einem Gesamtumsatz von 3 609 172 Pfund Sterling (72 183 440 Mark). Im Jahre 1909 betrug die Zahl dieser Genossenschaften 58 (46 für die Produktion und 12 für den Verkauf) und ihr Umsatz 354 379 Pfund Sterling (7 087 580 M.).
Das genossenschaftliche Bankwesen hat in dem Jahrzehnt eine große Ausdehnung erfahren. Das Bankgeschäft der englischen Großverkaufsgenossenschaft hatte im Jahre 1909 über 900 Genossenschaften als Kunden und seine Kontokorrenteinnahmen betrugen für das Jahr ungefähr 64 Millionen Pfund Sterling (1280 Millionen Mark). Das bedeutet eine Zunahme gegen das Jahr 1899 von 128 Proz. Die kleinen, hauptsächlich landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften vermehrten sich in dem besprochenen Jahrzehnt von 55 auf 241. Die Gesamtsumme der von ihnen vermittelten Anleihen betrug im Jahre 1909 102 838 Pfund Sterling gegen über 72 128 Pfund Sterling im Jahre 1899.
Die neueste genossenschaftliche Entwidlung in Großbritannien ist die genossenschaftliche Lebensversicherung. Die Gesellschaft wurde im Jahre 1904 ins Leben gerufen. Gegen Zahlung einer jährlichen Prämie, deren Höhe sich nach dem Umsatz der Konsumgenossenschaft richtet, kann die Konsumgenossenschaft das Leben ihrer einzelnen Mitglieder versichern. Die Höhe der von dem Versicherten zu zahlenden Prämie richtet sich nach seinem Wareneinkauf bei der Konsumgenossenschaft. Ende 1910 gehörten 277 Genossenschaften der genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft an; diese Genossenschaften hatten zusammen 441 979 Mitglieder.

Witterungsüberblick vom 15. Februar 1912.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. d. G. °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. d. G. °C
Stinimbe	764	W	1 Dunst	-0	Saparanda	760	W	2 bedekt	-4
Damburg	769	W	2 bedekt	0	Seltdsburg	758	W	1 bedekt	-7
Berlin	764	W	1 wolklg	1	Wetzlar	759	S	4 Dunst	11
Kranfa. W.	768	SW	1 bedekt	2	Kberdeen	763	SE	3 bedekt	5
München	766	W	1 bedekt	1	Paris	767	W	2 bedekt	8
Wien	768	W	1 bedekt	2					

Wetterprognose für Freitag, den 16. Februar 1912.
Ein wenig kälter, zunächst vorwiegend neblig, später aufklarend bei schwachen veränderlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	14. 2.	13. 2.	14. 2.	13. 2.
Romel, Müst	125 ⁰	-1	Saale, Großh.	128 ⁰
Regel, Antberg	36 ⁰	0	Saale, Sandau ¹⁾	84 ⁰
Wesel, Thom	56 ⁰	-2	Saale, Rathenow ²⁾	95 ⁰
Dier, Rathor	284 ⁰	-38	Spre, Spremberg ³⁾	88
Kroffen	129 ⁰	+4	Deestow	46 ⁰
Frankfurt	122 ⁰	+3	Weser, Wänden	206
Wärthe, Schimm	40 ⁰	+12	Winden	274
Landberg	40 ⁰	+2	Rein, Maximiliansau	382
Rehe, Gordanm	50 ⁰	+3	Kaib	202
Elbe, Reimstg	83	+23	Köln	239
„ Dresden	124 ⁰	-11	Redar, Hellbronn	108
„ Breg	176 ⁰	+4	Wain, Wertheim	145
„ Magdeburg	151 ⁰	+5	Wol, Trier	163

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Hochstand.
⁴⁾ Ostfrel. ⁵⁾ Ostgang. ⁶⁾ Ostfrel oberhalb und unterhalb der Brücke.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Schorlemer, Kommissar. Nach Vereidigung von vier Abgeordneten wird auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission dem Abg. Herrn v. Richthofen die Erlaubnis zur Freigangsbefreiung in der Strafsache gegen seinen früheren Gutverwalter erteilt.

zweite Beratung des Landwirtschaftsetats

Wird fortgesetzt bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben. Abg. v. Kardorff (H.): Eine Anzahl Großgrundbesitzer sind heute einseitig und vernünftig genug, um das Zurückgehen des bäuerlichen Grundbesitzes zu bedauern. Der vom Abgeordneten v. d. Osten erwähnten Statistik, wonach der Großgrundbesitz an den Kleinbesitz verliere, stehe ich misstrauisch gegenüber. Der staatliche Domänenbesitz hat in den letzten Jahren um 160000 Hektar zugenommen, die Staatsregierung darf dabei nicht engherzig verfahren. Durch eine fruchtige Bauernwirtschaft wird auch die Arbeiteransiedelung gesichert, allerdings stehen der Arbeiteransiedelung große Schwierigkeiten im Wege. Ein auf dem Lande angesehener Arbeiter hat genau dieselben Interessen wie sein Arbeitgeber. Der sozialdemokratische Schriftsteller Schulz erklärt in einem bemerkenswerten Artikel, bei den Zahlen seien die Sozialdemokraten überaus vorgezogen, nur bei den ökonomischen Landarbeitern hätte man sein Glück gehabt. (Sehr richtig! rechts.) Er sagt hinzu, das wäre vielleicht anders gemeint, wenn die Arbeiter gewohnt hätten, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht unbedingt feindselig sei. Nachdem sich im Landesökonomik-Kollegium selbst Freiherr v. Wangenheim für Einschränkung der Fideikommissbildung und sogar für eine Zwangsverpachtung gewisser Fideikommissausgesprochen hat, sieht man, wie unendlich wichtig es ist, wegen der gleichen Forderung von einem Verkaufsrecht der Freilösungsverträge zu sprechen. Auch der Sozialdemokrat Schippel hat erklärt, daß die Höhe der Bodenpreise nicht in die Höhe getrieben haben. Nebenher ist schließlich ein energische Förderung der inneren Kolonisation. (Beifall bei den Freilösungsverträgen.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Die 1 1/2 Millionen Mark für innere Kolonisation sind wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Solange man die innere Kolonisation nur zur Fokalisierung oder zur Heranziehung von Dörfern benutzt, werden Sie nichts erreichen. Dazu gehören ganz andere Mittel. Abg. v. d. Osten hat ganz recht: das volle Verständnis für die Erwerbung zur Liebe zur Heimat fehlt — namentlich den Großagrariern, die nur den Arbeiter an die Scholle fesseln wollen. Die Grund- und Bodenfrage wird dadurch verwickelt, daß auf dem Lande durch die Rölle, in den Städten durch Spekulation und Kreditwirtschaft der Boden kolossal verteuert wird. (Ruf rechts: Höhere Löhne der Landarbeiter!) Ah, wenn Sie den Kleinbauern helfen wollen, dann geben Sie ihnen erst einmal das, was Sie aus den Höfen mehr ziehen, als die „hohen“ Löhne ausmachen. In den Städten sind es die Hausagrarien (Lachen rechts), die den Nutzen aus dem Zusammenarbeiten der städtischen Volksmassen ziehen. Auf dem Lande gewinnen die Junker, in den Städten die Spekulationen Millionen (Lachen rechts), das wird nicht eher anders werden, als nicht

Grund und Boden Eigentum der Gemeinschaft

geworden sind. Durch gesetzliche Vorrechte setzen Sie sich in die Lage, Gönner und Beamte, Arbeiter und Kaufleute auszubeuten, und dann tun Sie, als wollten Sie innere Kolonisation betreiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nichts anderes wollen Sie, als die Arbeiter an Ihre Scholle fesseln. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Osten sagt, der Staat soll mit der inneren Kolonisation vorangehen! Dieser Staat mit seinem Wahlrecht, das die Junker und Hausagrarien an der Herrschaft erhält? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Wahrheit sind Sie es, die Grund und Boden teilen — so Sie könnten wie es gar nicht, wenn wir es wollten. Wenn Herr v. d. Osten von den Wahlen gesprochen hat, so ist es Tatsache, daß Sie der Abhängigkeit der Landarbeiter viele Ihrer Reichstagsmandate verdanken! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Arbeiter Staatsland bekommen, dann kommt vielleicht mal der Minister v. Döllwoig und ruft: Staatsland ist Treusid — wer Staatsland hat, darf nicht sozialdemokratisch wählen! (Sehr gut! links.) Wenn Sie der Landflucht steuern wollen, dann behandeln Sie die Arbeiter anständig und schaffen Sie ordentliche Zustände! Die Arbeitslosigkeit in den Städten, die Herr v. d. Osten beklagt, ist eine Folge Ihrer, der privatkapitalistischen Wirtschaftsdarung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trog des Landes neuer Baracken können wir in Berlin die Obdachlosen, unter denen viele Arbeitsschicksale sind, gar nicht alle unterbringen; Altersschwache und Krüppel sind darunter, die in Hospitäler gehören. Drei Fünftel aller obdachlosen Ärmlichen sind vom Lande, es sind Arbeiter, die zum Winter arbeitslos werden und von den Rittergütern besteuert und Antisozialisten nach Berlin geschickt werden (Lachen rechts) — ja, gerade straffe schickt man nach Berlin, damit sie hier lütert werden, ja sogar, es kann unendlich bewiesen werden, von Gutsherrn geschwängerte Mädchen werden so nach Berlin geschickt, damit sie hier entbinden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Präsident Freiherr v. Giffa: Ich bitte, nun zur inneren Kolonisation zu kommen!

Abg. Hoffmann (Soz.):

Die Behauptungen des Abgeordneten v. d. Osten, daß die Arbeitslosigkeit Schuld der Städte sei, nötigen mich zu dieser Erwiderung. Wir kommen zu Ihrem Schreien, immer mehr an die Landarbeiter heran, ja Sie treiben sie uns zu durch Ihre Behandlung, durch die Gesundheitsordnung, durch Heilspelschreiben, durch den Polizeidruck! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Wohnungsverhältnisse! Keilich brauchen wir ein Wohnungsgesetz, aber wenn es etwas zählen soll, müßte es der Reichstag und nicht dieses Haus machen. (Zustimmung links.) Gerade die Großstadtbewölkerung hat einen Zug nach dem Lande, das zeigen die Kleinrenten rund um Berlin, wo die abgehenden Großstädter Erholung suchen. Aber das wird von Stadt und Staat nicht unterstützt, sondern man überläßt den Boden der Spekulation und die Antisozialisten machen den Kolonisten das Leben sauer und nötigen vernünftige Gemeindevorstände auch zu solcher Politik. Herr Landwirtschaftsminister, erleichtern Sie doch der Großstadtbewölkerung den Zug aufs Land. Aber was für Wohnungsverhältnisse werden heute gefördert. In Kolonien, wo noch nicht mal von Straßenbau die Rede ist, muß das Geld für Kirche und Schule bar aus dem Depositionsamt werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst den armen Semerkolonisten wird das hiesige Leben in der unerbittlichen Weise vergällt. So treiben Sie durch diese nur in Preußen mögliche Adelskolonien die Leute zu uns — ich kann Ihnen vertragen, daß sogar Beamte der politischen Polizei darunter sind! (Hört! hört!) — Auf rechts: Konn Ihnen ja nur recht sein! Gwuff, aber wir haben dann die erhöhte Pflicht, gegen die

Schönierung dieser Leute

zu kämpfen, die zu uns um Hilfe kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da laufen sich die Leute für ihre Exponate ein Grundstück und dann wird ihnen, obwohl sie zur Gebäudesteuer heranlagt werden, die Benutzung der Gebäude zum

Wohnen verboten. 60 M. mußten solche Kolonisten für einmaliges Mähtigen schon zahlen — das sind etwas teure Hotelpreise. (Beifall.) So sorgen Sie für „Berhebung“, indem Sie die Arbeitsschicksale, opfermütigen Kolonisten als Vagabunden behandeln. Sehen Sie sich doch mal das Leben, den Fleiß dieser Kolonisten an. Hebrigens, Herr Landwirtschaftsminister, vielleicht sorgen Sie doch auch mal dafür, daß die Arbeiterlöhne auch den in kaufmännischen Geschäften tätigen Arbeiterländern bemessbar gemacht werden, damit es ihnen nicht so teuer kommt, in den Kolonien den Abend zu verbringen oder ganz draußen zu wohnen. Sie verhindern aber gerade diesen Zug aufs Land den Städter, die Liebe zum Lande, zur Gartenarbeit haben, sich aber freilich nicht Ihren Herrschaftsgelüsten unterwerfen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff möge sich statt um solche „sozialistische“ Literatur, die sich gegen die Sozialdemokratie ansetzen läßt, um wirklich sozialdemokratische Literatur kümmern! Wenn da in den „Soz. Monatsheften“ gesagt sein soll, daß 8 Proz. des landwirtschaftlichen Nutzens den Großgrundbesitzern, 64 Proz. dem mittleren und 28 Proz. dem kleineren Bauernstand zukommen, so fragt es sich doch, wie viele Personen sich in diesen Nutzen teilen! Wenn Herr v. Kardorff sagt, man möge Sachverständigen anstellen, die sagen 6 bis 8 Kinder in die Welt — nun, Sie haben es längst verstanden, Ihr Kinderpensum zu beschränken, vielleicht denken einmal auch die Arbeiter, daß sie zwei Kinder eher zu widerstandsfähigen Menschen heranziehen können, als mehr Kinder. Ob Sie das wünschen, weiß ich nicht, aber Sie werden daran schuld sein, wenn die Arbeiter Ihnen nicht noch mehr Geloten liefern wollen! Abg. v. Kardorff hat auch über die „mittelständischen“ Konsumvereine gesprochen und von ihrer Dividendenpolitik. Darum verweigert er, daß z. B. der „Vorwärts“ und unsere Parteipresse immer gegen diese Dividendenpolitik sind und daß nur Ihre Gesetze die völlige Vereinfachung der Dividendenpolitik hindern! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben kein Vertrauen zu Ihrer Kolonisation. Wenn Sie nur einen Teil der Millionen, die Sie in den

afrikanischen Sandwästen und Fiebersümpfen

vergraben, für unsere Kolonisation verwenden, dann können Sie Wunderdinge schaffen. Aber Sie wollen das gar nicht, denn ein wirklich blühendes Vaterland würde zugleich das Ende der Knechtschaft der Arbeiter, das Ende aber auch Ihres Hochmuts und Ihrer Unterdrückungspolitik sein! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Herr v. Giffa: Wenn Sie den Ausdruck „Hochmut“ etwa als Mitglieder des Hauses bezogen haben, so wäre das durchaus unparlamentarisch.

Abg. Rosenow (Sp.): Abg. Crüger hatte darin recht, daß auf dem Lande die Tuberkulose nicht so bekämpft werde wie in den Städten. Was hat es doch auch für Rölle gelöst, den Großgrundbesitzern die Notwendigkeit des Viehhengengebietes beizubringen. Allerdings kostet seine Durchführung Geld. Wir greifen nicht die Großgrundbesitzer an, sondern die Liebesgaben und ihre Vorrechte in der Gesetzgebung. (Zustimmung links.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Dänemark, das uns als Muster vorgehalten wird, hat von 1900—1905 6 1/2 Millionen Kronen für 1856 Kleinrentenbewilligungen ausgegeben, Preußen dagegen seit 1891 160 Millionen für Rentengüter, außerdem seit 1905 jährlich 2 Millionen und ferner durch Wirtschaftskredit 20 Millionen, wofür 18 1/2 Siedlungen geschaffen wurden. Bureaucratische Bestimmungen sind notwendig, um die Rentenbriefe als Papiere zu erhalten. Seit 1907 sind 2775 Arbeiteransiedlungen gegründet worden, davon 1266 ländliche und 1509 für industrielle Arbeiter. In dem Gesetz für die Arbeiteransiedlungen ist bestimmt, daß die Ansiedelungen so vor sich gehen, daß die Arbeiter nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber gebracht werden, daß sie wirtschaftlich frei bleiben, die Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht beschränkt werden darf, daß dauernde Arbeitslosigkeit und zwar nicht bloß bei einem einzelnen Arbeitgeber vorhanden sein muß, daß die Ansiedlungen nur dann in Güterbezirken zugelassen sind, wenn eine benachbarte Ortschaft mit anderer Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Diese Vorschriften bringen den Arbeiter gewiß nicht in Ansochtheit und Abhängigkeit. (Sehr richtig! rechts.) Sie könnten gerade so gut auf dem Bureau der Fortschrittlichen Volkspartei oder der Sozialdemokratie ausgearbeitet worden sein. (Freudige Zustimmung rechts.) Mit der inneren Kolonisation muß die Verfestigung und damit die weitere Entschuldigungsaktion Hand in Hand gehen. Die Regierung wird hierbei in der Dünark die nationalen Aufgaben nicht vergessen. (Beifall.)

Abg. v. d. Osten (L): Die Rede des Abg. Hoffmann paßt in eine Wahlversammlung, sie zeigt, daß die Sozialdemokratie nicht in ersten Fragen mitarbeiten will. Nach dem Stenogramm hat Abg. Crüger seine Vorwürfe gegen die Großgrundbesitzer insgesamt erhoben. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.)

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Landwirtschaftsetat und nach einer Erörterung von Pferdezuchtfragen auch der Geschäftsetat bewilligt.

Zum Fortschritt

Abg. Bästemann (Sp.) aus, daß sich nach der Denkschrift des Finanzministers die Fortschrittsgewinne jährlich um rund 2 Mill. Mark steigern. Alle Staaten reformieren ihre Forstverwaltung nach anderen staatswirtschaftlichen Grundrissen. Dazu wäre es auch bei uns an der Zeit. Wieviel Telephonanlagen, Schreibe- und Rechenmaschinen gibt es in den Oberförstereien wohl schon? Oberlandforstmeister Wesener: Die Forstverwaltung arbeitet an der Modernisierung der Kämter.

Abg. v. Kessel (L) bringt Klagen über die Verteilung der Waldkuren vor. Oberlandforstmeister Wesener: Sollen die Forstmeister nicht misstrauisch sein, wenn sie hören, daß die Landwirte, die um solche Steuern eruchen, kurz zuvor selbst welche verkauft haben?

Das Haus verlegt sich

Morgen Freitag 11 Uhr: Fortsetzung und Anträge: Warenhaussteuer usw. Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Krieg.

Rückkehr General Canova nach Tripolis.

Rom, 15. Februar. General Canova, der gestern aus Rom abreisen wollte, hat seine Rückfahrt nach Tripolis auf heute früh verschoben. General Canova nahm gestern morgen vom König, vom Ministerpräsidenten und vom Minister des Auswärtigen Abschied. Abdam hatte er noch eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister.

Ausweisung von Italienern aus der Türkei.

18 Saloniki, 15. Februar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Bureaus.) Die Regierung verfügt die Ausweisung einiger italienischer Staatsangehöriger, deren Haltung angeblich Verdacht erregte.

Eine Massendemonstration gegen den Krieg

veranstaltet am kommenden Sonntag die Arbeiterchaft in Mailand, der größten Industriestadt Italiens. Die Leitung der Mailänder Partei- und Gewerkschaftsorganisationen haben dazu Einladungen an alle Vertreter der Organisationen, Abgeordnete, Gemeindevertreter usw. geschickt, um durch Abordnungen der Demonstration einen größeren Nachdruck zu geben.

Die Revolution in China.

Sunyatzen will zurücktreten.

London, 15. Februar. Die „Times“ melden aus Peking vom 14. d. M.: Die Gesandten sind heute von Peking zurückgekehrt. Dem auswärtigen Minister der Rankinger Regierung, aufgefördert worden, die Republik in Süchina anzuerkennen. — Dasselbe Blatt meldet aus Ranking von gestern: Präsident Sunyatzen richtet gestern an die Nationalversammlung eine Botschaft, in der er seinen Rücktritt von der provisorischen Regierung ankündigt. Der Rücktritt soll nach der Wahl eines neuen Präsidenten durch die Versammlung und nach Ankunft des neuen Präsidenten in Ranking erfolgen. Eine weitere Bedingung lautet, daß Ranking die Hauptstadt der provisorischen Regierung bleiben solle. Eine andere persönliche Botschaft empfiehlt die Wahl Juanjikais zum Präsidenten, da er sich für die Republik erklärt habe.

Die Finanzlage der Republik.

Peking, 15. Februar. In einer gestern abgehaltenen Konferenz der Vertreter der ausländischen Banken wurde die augenblickliche Finanzlage Chinas besprochen. Hierbei wurde festgestellt, daß der chinesische Regierungsdienst nur noch für etwa zwei Wochen die Mittel enthalte, um die notwendigen Ausgaben zu bestreiten. China dürfte daher genötigt sein, bereits in den nächsten Tagen eine neue größere Anleihe aufzunehmen, die wahrscheinlich von den ausländischen Banken übernommen werden wird.

Aus der Partei.

Protestkundgebung der Brüsseler Arbeiter gegen die Lebensmittelteuerung.

Man meldet uns aus Brüssel unterm 13. d. M.: Die Arbeiter Brüssels und der Vororte demonstrieren gestern, einem Rufe der Brüsseler Föderation folgend, gegen die Lebensmittelteuerung, die auf der belgischen Arbeiterschaft ganz besonders laßt. Der Zug von Fabrik, Häfen und der Muff der Arbeiterorganisationen geleitet, zog durch die innere Stadt, wo den ganzen Weg entlang sein dummaliges Gebrüll wie nicht minder die Protestschreie eine zahlreiche sympathisierende Zuschauermenge fand. Die Morven Erträge auf Inskriptentafeln und Banderolen findeten die Not des Volkes durch die Verteuerung der Lebensmittel und charakterisierten die volksfeindliche und freischändliche Unfähigkeit der liberalen Regierung gegenüber allen Vorklagen auf Abhilfe. Mehrfach richteten sich auch die Ausschreie gegen den Ausbruch eines hervorragenden liberalen Führers, des Staatsministers Bocke, der in der Kammerdebatte über die Teuerung der Lebensmittel als Abhilfe gegen die Not — Einfachheit der Lebensführung empfahl! „Unsere Frauen und Kinder müssen oft Hunger leiden. Wir können nicht einfacher leben!“ — war die Antwort. Oder: „Tausende von Familien wohnen zu acht und neun Personen in einem Zimmer und Herr Bocke wagt zu sagen, die Arbeiter mögen einfacher leben!“ Und der feste Refrain aller Proteste hieß: „Nieder mit den Ausbeutern!“ und Aufmachung der Grenzen für Fleisch und Butter usw. — Wegen 9 Uhr sammelte sich die Menge vor dem Volkshaus, auf dem seit Tagen in Meilenketten auf weichen Leinwandstreifen, elektrisch beleuchtet, die Wahlsche der deutschen Sozialdemokratie zu lesen sind! — Die Musik ertönt und zur lautlos hochenden Menge — zu der auch die Polizisten, die teilweise Autos und Tramways kommandieren, gehören — sprach vom Balkon des Volkshauses erst Genosse Camille Dujmans und nach ihm der Sekretär der Brüsseler Föderation Genosse Van Roosbroeck über die Lebensmittelteuerung und ihre ursächlichen Zusammenhänge mit der kapitalistischen Ordnung. Auch viele Frauen waren da, die während der Reden oft zusammen mit dem Kopfe nicken, und manchmal entring sich ihnen ein gemurmertes: „Das ist Wahrheit...“ Von ihren roten Fahnen geleitet, zogen die Gruppen um 1/10 Uhr von der improvisierten Versammlung unter freiem Himmel heim.

Die italienische revolutionäre Fraktion gegen die Disziplinslosigkeit der Abgeordneten.

Rom, 12. Februar. (Fig. Ver.) Der Beschluß der italienischen Parlamentsfraktion, die am 8. Februar in Bologna ihren Mitgliedern freigestellt hat, im Parlament nach eigenem Ermessen für oder gegen das Kabinett zu stimmen, hat das Zentralkomitee der revolutionären Fraktion veranlaßt, sich in einem Aufruf an alle Parteisektionen zu wenden. Der Aufruf, der in der „Soffista“ vom 14. Februar erschienen wird, legt dar, daß die Abgeordneten sich durch ihren Beschluß außerhalb der Partei gestellt haben und sich den Vorschriften wie der Kontrolle der Parteitage entziehen. Da nach dem italienischen Organisationsstatut die Parlamentsfraktion autonom ist und keine Inflation, auch nicht die des Parteivorstandes, ihr übergeben ist, fordert das Zentralkomitee die Parteisektionen auf, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und ihre Mitglieder, ob sie Abgeordnete seien oder nicht, zur Disziplin anzuhalten. Wenn sich die Parlamentsfraktion für berechtigt hielt, ihren Mitgliedern volle Bewegungsfreiheit zu gewähren, so hätten die Sektionen ihrerseits nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, von allen organisierten Genossen die Einhaltung der Parteitagebeschlüsse zu fordern. Die Abgeordneten, die entgegen dem ausdrücklichen Beschluß des Parteitag von Modena dem Ministerium ein Vertrauensvotum geben werden, sollen daher von den Parteisektionen als außerhalb der Partei stehend betrachtet und behandelt werden.

Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Parteisektionen, in denen die revolutionäre Fraktion die Mehrheit bildet, der Anforderung des Zentralkomitees nachkommen und die für das Ministerium bestimmten Abgeordneten aus der Partei ausschließen werden. Allein in Rom sind sechs Abgeordnete organisiert, die erklärt haben, für Giolitti zu stimmen. Das Vorgehen des revolutionären Komitees wird in der gesamten bürgerlichen Presse das lebhafteste Interesse hervorrufen.

Ein Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird jetzt von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Das Bild vereinigt die neuesten Porträts unserer 110 Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wahlkreise, in denen sie gewählt sind. Das Bild, auf Kunstdruckpapier, kostet 50 Pfennig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Prozess.

Wegen Verleumdung des christlichen Gewerkschaftssekretärs Sommer in Rürnberg wurde Genosse Bierenkämper vom Vochumer Volksblatt vom dortigen Schöffengericht zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Das „Volksblatt“ hatte als Antwort auf die regellose Anpöbelung eines Zentrumsblattes im Anschluß an die beim Bergarbeiterverbande vorgenommenen Untersuchungen des Hilsföhrers Reich eine Liste katholischer Verbrecher veröffentlicht. In dieser Liste war auch der Gewerkschaftssekretär Sommer mit aufgeführt worden, daß er verhaftet worden sei, weil er Kinder in

sein Bureau gelockt und sich an diesen fittlich vergangen habe. Tatsache war allerdings, daß Sommer wegen dieser Beschuldigung verhaftet worden war, er war dann aber außer Verfolgung gesetzt. Der letzte Umstand war dem Angeklagten, der die Nachricht einer Korrespondenz entnommen hatte, nicht bekannt.

Der Vertreter des Klägers, Vorsitzender der Bochumer Zentrums-Partei, beantragte wegen dieser verächtlich falschen Darstellung eine empfindliche Freiheitsstrafe. Das Gericht entsprach dem zwar nicht, erkannte aber dennoch auf die exorbitant hohe Strafe von 300 M. Der Einwand des Angeklagten, daß der Kläger gleichfalls im öffentlichen Leben stehe und sich deshalb der Gefahr einer Beleidigung eher aussetze wie ein Privatmann, habe bewirkt, daß von der Verhängung einer Gefängnisstrafe Abstand genommen worden sei.

Die sozialdemokratische Fraktion und die Präsidentschaftsfrage.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhalten wir folgende Mitteilung:

Am Dienstag, den 6. Februar 1912, trat die sozialdemokratische Fraktion zum ersten Male zusammen und faßte folgende Beschlüsse:

1. Die Fraktion verzichtet auf die Stelle des Präsidenten im Reichstage, auf den sie nach ihrer Stärke und nach der bisherigen Übung Anspruch hat. Dagegen erhebt sie Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten.
2. Die Fraktionsvorsitzenden **Webel**, **Haase** und **Mollenhuth** werden beauftragt, sich zum Zweck einer Verständigung auf dieser Grundlage mit Vertretern der liberalen Parteien in Verbindung zu setzen.
3. Die Übernahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den in der Geschäftsordnung begründeten wird abgelehnt.

Auf Grund dieser Beschlüsse verhandelten unsere Fraktionsvorsitzenden zunächst mit den Vertretern der nationalliberalen Fraktion. Diese äußerten anfangs Bedenken, ob ein Präsidium, das ausschließlich aus Vertretern der drei Fraktionen der Linken zusammengesetzt sei, Bestand haben würde. Sie führten aus, daß, falls für ein solches Präsidium überhaupt eine Mehrheit zu erzielen sei, diese doch nur eine kleine sein könne, und daß deshalb das Präsidium Gefahr laufe, bei der ersten Gelegenheit durch einen Schachzug des Zentrums zu Fall gebracht zu werden. Sie machten den Zentrumsführer, von dem man die Rolle zu erwarten habe, ausdrücklich namhaft und betonten, daß sie einen Präsidenten aus ihrer Fraktion nicht in diese Situation bringen könnten. Sie hielten es deshalb für erforderlich, mit dem Zentrum in Verbindung zu treten, und schlugen unserer Fraktion als der stärksten vor, die Stellung des Zentrums als der zweitstärksten Fraktion zur Besetzung des Präsidiums festzustellen. Unseren Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten erklärten sie in Übereinstimmung mit den Fortschrittlichen für begründet, da wir ja die sozialdemokratischen Verpflichtungen zu erfüllen bereit seien, die mit diesem Amt verknüpft seien. Mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß. Im Laufe der Unterredung äußerte einer der nationalliberalen Führer, er würde es für die größte Schmach betrachten, wenn der schwarzblaue Block wieder das Präsidium stellen würde.

Im Einvernehmen mit der Fraktion verhandelten darauf unsere Vorsitzenden am nächsten Vormittag mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, **Freiherrn v. Hertling**. Er erklärte ihnen, er könne über die Stellung des Zentrums noch keine bestimmte Auskunft geben, da Beschlüsse noch nicht gefaßt seien; er verhandelte zurzeit mit den Konterpartien. Seine persönliche Ansicht decke sich mit derjenigen, die **Windthorst** vertreten habe, nämlich: von der Stellung des Präsidenten Abstand zu nehmen. Er wisse jedoch nicht, wie seine Fraktionskollegen zu dieser Frage stünden. Jedenfalls würden sie sich dagegen aussprechen, daß der Präsidentenposten durch einen Nationalliberalen besetzt werde. Für unseren Anspruch auf eine Stelle im Präsidium sei für das Zentrum wesentlich, wie wir uns zu den höchsten Verpflichtungen stellen würden. Unsere Vertreter erklärten, daß wir nur die in der Geschäftsordnung begründeten Verpflichtungen übernehmen könnten. Auf seine ausdrückliche Frage, wie wir uns beim Kaiserhoch verhalten würden, erwiderten sie, es würde in dieser Beziehung eine Veränderung in unserer Haltung nicht eintreten. Er erwiderte darauf, das Zentrum halte dagegen an dem Standpunkt fest, den sein Führer **Lieber** früher eingenommen habe. Er fügte dann aber hinzu, die Hauptfrage seiner Fraktion sei, daß der Reichstag arbeitsfähig werde, und er knüpfte daran die Frage, ob wir, wenn ein Präsidium zustande käme, das uns nicht genehm sei, Obstruktion machen würden, wobei er freilich nicht an eine Obstruktion wie beim Zolltarif denke. Unsere Vertreter erwiderten, daß die sozialdemokratische Fraktion auch einen arbeitsfähigen Reichstag wünsche; ihre 110 Abgeordnete seien versammelt, um zu arbeiten. Wenn es sich um ein legal gewähltes Präsidium handele, könne eine Obstruktion gegen diese Wahl nicht in Betracht kommen. Es seien schon öfters Präsidien vorhanden gewesen, die der Sozialdemokratie nicht genehm waren; dies habe jedoch die sozialdemokratische Fraktion nicht gehindert, im Reichstage ihre Arbeit zu leisten. Mit dem Versprechen des **Freiherrn v. Hertling**, und von dem Beschluß, den seine Fraktion fassen würde, in Kenntnis zu setzen, schloß diese Unterredung, deren Ergebnis wir den Führern der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei mitteilten.

Die Nationalliberalen erklärten darauf, daß ihrer Meinung nach unter diesen Umständen kein anderer Ausweg bliebe, als daß jede Partei selbständig vorgehe, und sie bemerkten, daß sie dann wohl weiße Zettel abgeben würden. Auf den Einwand unserer Vertreter, daß dies ein faktischer Fehler sein würde, da dann sofort die Wahl eines schwarzblauen Blockpräsidiums zustande kommen würde, äußerten sie, daß sie die Richtigkeit dieses Einwandes anerkennen müssen.

Nach dem Verlauf dieser Verhandlungen beschloß die Fraktion auf den Vorschlag des Fraktionsvorstandes:

für den Präsidentenposten einen eigenen Kandidaten in der Person des **Genossen Webel** zu präferieren und diese Kandidatur durch alle Wahlgänge aufrechtzuerhalten.

Es kam an diesem Tage jedoch nicht zur Wahl, da sofort bei Beginn der Plenarsitzung Nationalliberale und Zentrum Vertagung beantragten. Auf Einladung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei fand alsdann nochmals eine Besprechung zwischen den Vertretern dieser Fraktionen und unseren Fraktionsvorsitzenden statt. Hierbei wurde von dem Vertreter der Nationalliberalen mitgeteilt, es sei die Kombination aufgetaucht, zu den drei bisherigen Präsidenten noch die Stelle für einen vierten Präsidenten zu schaffen und dann unter Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten Linken die Präsidenten aus den übrigen Fraktionen zu wählen. Als unsere Fraktionsvorsitzenden erklärten, daß diese Kombination ganz undenkbar sei, wurde erwidert, daß sie damit erledigt sei. Es wurde weiter mitgeteilt, es sei angeregt worden, das Präsidium aus einem Nationalliberalen, einem Zentrumsführer und einem Fortschrittlichen zusammensetzen. Auf die Erklärung unserer Vertreter, daß wir dazu selbstverständlich unsere Zustimmung nicht geben könnten, schloß sich die Fortschrittliche Volkspartei dieser Erklärung sofort an, und auch die Nationalliberalen äußerten, daß damit auch diese Kombination nicht weiter in Frage komme.

Auf Wunsch der Liberalen nahmen dann unsere Fraktionsvorsitzenden noch an einer Besprechung mit dem Zentrum teil, zu der auch der nationalliberale Abgeordnete **Schiffer** erschien, wogegen sich der Abgeordnete **Wasser** an ihr nicht beteiligte. Das Resultat dieser Unterredung war, daß die Vertreter des Zentrums erklärten, sie könnten über die Stellung des Zentrums zur Besetzung des Präsidiums keine Mitteilung machen, da ihre Fraktion noch keinen Beschluß gefaßt habe. Sie würde aber für einen nationalliberalen Präsidenten nicht stimmen und ebensowenig für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten, hätten doch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion dem **Freiherrn v. Hertling** gegenüber die Übernahme höfischer Verpflichtungen abgelehnt. Auf die Frage, welchen Zweck denn eigentlich diese Konferenz habe, erwiderten die Vertreter des Zentrums, sie hätten von ihrer Fraktion nur den Auftrag, eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien zu versuchen. Unsere Vertreter erklärten darauf, daß sie danach keinen Augenblick länger bleiben könnten, und als sie sich entspernten, schlossen sich ihnen die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit dem Bemerkten an, daß sie dann auch weiter nichts mehr zu suchen hätten.

Unmittelbar darauf verhandelten die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit unseren Vertretern über die Frage der Besetzung des Präsidiums weiter. Unsere Vertreter betonten aufs neue, daß unsere Fraktion bereit sei, für einen Präsidenten aus der nationalliberalen Fraktion und für einen zweiten Vizepräsidenten aus der Fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen, falls diese beiden Fraktionen sich verpflichteten, unserem Kandidaten für den ersten Vizepräsidentenposten ihre Stimmen zu geben und uns eine offizielle Zusage zur Erfüllung dieser Verbindung machen würden. Die Fortschrittliche Volkspartei gab eine solche Erklärung sofort ab, während der Nationalliberale **Schiffer** äußerte, er glaube nicht, daß seine Fraktion eine offizielle Erklärung abgeben würde. Wir erwiderten, daß wir davon nicht Abstand nehmen könnten, obwohl wir uns nicht verschließen, daß ein Teil des rechten Flügels der nationalliberalen Fraktion trotz eines Fraktionsbeschlusses nicht für unseren Kandidaten stimmen würde.

Am nächsten Tage teilten uns die Vertreter der nationalliberalen Fraktion mit:

1. ihre Fraktion werde den **Prinzen Carolath** als Präsidenten präsentieren,
2. für einen sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten habe sich in ihrer Fraktion keine Mehrheit ergeben,
3. wohl aber sei mit großer Mehrheit beschlossen worden, für einen Sozialdemokraten als zweiten Vizepräsidenten einzutreten, wobei allerdings keine Garantie dafür übernommen werden könnte, daß er auch von allen gewählt werde. Sie fügten hinzu, es sei jetzt an uns, danach unsere Entschliebung zu treffen.

Die Fraktion beschloß darauf einstimmig: an ihrem früheren Beschluß festzuhalten und selbständig vorzugehen.

Wider Erwarten erhielt dann der **Genosse Webel** bei der Wahl des Präsidenten auch einen Teil der nationalliberalen Stimmen und einen noch größeren Teil der **Genossen Scheidemann** bei seiner Wahl als Vizepräsident. In dieser Situation verstand es sich von selbst, daß, nachdem die Fortschrittliche Volkspartei ihren Kandidaten für den zweiten Vizepräsidentenposten zugunsten der Kandidatur des Nationalliberalen **Haase** zurückgegeben hatte, wir ebenfalls unsere sämtlichen Stimmen für diesen abgaben.

Die vorstehenden Vorgänge beweisen, daß die Erklärung vom 12. Februar 1912, die von nationalliberaler Seite gegeben wurde, irreführend ist. Es ist zwar richtig, daß diese Fraktion ursprünglich Bedenken gehabt hat, ob ein dauerhaftes Präsidium aus den drei Fraktionen der Linken sich werde zusammensetzen lassen. Beschwiegen wird aber, daß die nationalliberale Fraktion diese Bedenken später hat fallen lassen und am Tage der Abstimmung zur Bildung eines Präsidiums der Linken sich bereit erklärte, wenn auch ohne der Sozialdemokratie bindende Garantien zu geben. Unrichtig ist, daß das Präsidium, welches am 9. Februar mit dem Abgeordneten **Spahn** an der Spitze gewählt wurde, dem Standpunkt der Nationalliberalen entsprochen habe. Die Nationalliberalen haben vielmehr die Stelle des Präsidenten selbst besetzen wollen. Aus den Abstimmungen hat sich mit Sicherheit ergeben, daß, wenn die Nationalliberalen nicht eine schwankende Haltung eingenommen hätten, ein Präsidium mit einem nationalliberalen Präsidenten, einem sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten und einem fortschrittlichen zweiten Vizepräsidenten gewählt worden wäre.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Februar 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Mischelet** eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die ständigen Ausschüsse für Besoldete, für Petitionen und Wahlprüfungen haben sich konstituiert.

Ueber die Vorlage wegen

Erwerb zweier Grundstücke

für den Betriebsbahnhof der Nord-Südbahn hat ein Ausschuss beraten. Es handelt sich um Terrain an der Müllerstraße bzw. am Schillerpark, das dem „Verein des Grünen Hauses“ gehört und wofür 1.300.000 M. gefordert werden. Die Mehrheit des Ausschusses hat auch diese schon um 200.000 M. ermäßigte Forderung noch als exorbitant hoch angesehen und nach ausführlicher Erörterung des für und Wider mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, von allen weiteren Verhandlungen mit dem Verein abzusehen und ihm schriftlich zu erklären, daß der Ausschuss nur einem Kaufpreis von nicht mehr als 1.100.000 M. zugestimmt habe; die Ablehnung der Vorlage und die Enteignung der Grundstücke wird empfohlen, falls die Verkäuferin darauf nicht eingeht.

Referent ist der **Stadtver. Hr. Fr.**

Stadtver. Maas (N. L.) befürwortet, daß der Magistrat erneut mit dem Verein in Verhandlung treten soll.

Stadtver. Welberoth (Soz.): Wenn ich hier als Kaufschlichter fungieren mir nicht anmahle, muß ich doch sagen, daß das Vorgehen des Vereins sich von dem nicht unterscheidet, das wir seitens der Interessenten bei Grundstückskäufen durch die Stadt überhaupt gewohnt sind. Ich bitte Sie dringend, bei dem Ausschuhentwurf zu verharren und für Enteignung zu stimmen.

Stadtver. Lenz (N. L.): Durch Weiterverkauf von Teilen der erworbenen Grundstücke werden wir einen Teil des Einkaufspreises wieder einbringen. Williger, glaube ich, erhalten wir die Grundstücke auch nicht auf dem Wege der Enteignung, wir sollten also diesen Preis annehmen.

Referent **Hrte**: Was sollen jetzt weitere Verhandlungen nützen? Der Preis, den wir bieten, ist nach Ansicht der Magistratsmitglieder ein weitgehendes Entgegenkommen an den Verein. Der Antrag des Ausschusses auf Enteignung wird angenommen.

Rotdrücklich ist auf die Tagesordnung gesetzt und wird als dringlicher Antrag verhandelt die Vorlage betreffend die

Festsetzung von Fluchtlinien

für zwei neue Straßen 30e und 30f auf dem ehemaligen Vorflutigen Terrain an der Straße **Al-Moabit**.

Referent **Stadtver. Stelzland** (N. L.): Der Ausschuss ist zur Überzeugung gelangt, daß wir an der Vorlage eine kleine Ände-

rung vornehmen müssen. Die Baustelle für die Straße **De. Al-Moabit**-Spree hat eine zu geringe Tiefe. Der Magistrat hat uns nachgewiesen, daß die Tiefbaudeputation ursprünglich für sie andere Fluchtlinien festgesetzt hatte; diese müssen wiederhergestellt werden.

Nachdem auch **Stadtver. Stapp** (N. L.) sich für den Ausschuhentwurf erklärt hat, wird dieser angenommen.

An Stelle des 1909 bewilligten zweiten **Leberwinterungsbaues** in der Gärtnerei im **Humboldthain** soll ein **Pflanzenanzuchtbaues** auf dem Gelände des geplanten jüdischen Schulgartens bei **Wankensfelde** errichtet werden und der 1909 bewilligte Betrag von 38.800 M. dazu verwendet werden. Zugleich erlaube der Magistrat, der allmählichen Leberfiedelung der genannten Gärtnerei nach jenem Gelände zugestimmen. Da die Pflanzenanzucht für den Naturkunde- und Zeichenunterricht beim gleichzeitigen Wachsen des Bedürfnisses der über 400 Schulen — die im letzten Sommer 2.634.610 Pflanzen geliefert erhielten — und bei der zunehmenden Beeinträchtigung der vorhandenen Anzuchtstätten, speziell derjenigen im **Humboldthain** durch die Baulichkeiten und den Betrieb der **A. E. G.** immer schwieriger geworden ist, soll ein

allgemeiner städtischer Schulgarten bei **Wankensfelde** angelegt werden. Seine Fläche von circa 30 Hektar erlaubt, auch die Gärtnerei der Parkverwaltung im **Humboldthain** dorthin zu verlegen. Der Kostenaufschlag läuft mit 380.000 M. aus, wovon 110.000 M. schon früher bewilligt sind und für 1912 circa 80.000 M. zur Verfügung gestellt werden sollen.

Stadtver. Schulz (Soz.): Die Gründe, die der Magistrat anführt, sind berechtigt. Bei dem Ruß und Kohlenstaub, den die **A. E. G.** erzeugt, können die Pflanzen im **Humboldthain** nicht gedeihen. Nach meiner Meinung ist der Magistrat aber nicht energisch genug gegen die **A. E. G.** vorgegangen.

Bürgermeister Reide: Die Parkverwaltung hat alles versucht, dem Uebelstand abzuhelfen. Der Generaldirektor der **A. E. G.** hat mir erklärt, er habe alles vergeblich probiert, um die Rauchplage zu beseitigen. Wir werden erneut mit der **A. E. G.** in Verbindung treten. Der beste Ausweg wird vielleicht sein, wenn die **A. E. G.** das ganze Terrain in ihren Besitz bringt.

Stadtver. Schulz (Soz.): Auf dem **Wankensfelder Schulgarten** ist für die Arbeiter so gut wie gar nicht gesorgt. Es sollen zwar ein **Bivarium**, eine geologische Wand und allerhand andere Gebäude errichtet werden, aber für die Arbeiter ist nichts vorgesehen. Die Arbeiter mühten in Zukunft auch eine bessere Behandlung erfahren und dürfen nach dem Sommer nicht so früh entlassen werden.

Bürgermeister Reide: Die Arbeiter haben Gelegenheit, in den Räumen, wo die Pflanzen verteilt werden, ihr Mittagessen einzunehmen. Für die Uebergangszeit ist jedenfalls für Unterkunft durchaus gesorgt.

Die Magistratsanträge werden angenommen. Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion (**Stadtver. Dr. Kronz** und **Gen.**) vom 24. Januar 1912:

„Welche tatsächlichen Unterlagen die durch die Presse gegebenen Mitteilungen besitzen, von welchen eine Aenderung des in Berlin bestehenden achtklassigen Gemeindeforschulsystems geplant sein soll“

Stadtver. Dr. Kronz: Die Stadt Berlin hat bekanntlich das 8-Klassensystem, das außerdem noch in Charlottenburg vorhanden ist; in den übrigen Vororten besteht nur ein 7-Klassiges. Das ergibt bei dem Umherstreiten der Bevölkerung mißliche Umstände, und der Zusammenritt einer Konferenz zur Vereinheitlichung der Schulsysteme Groß-Berlins ist deshalb mit Freuden zu begrüßen. Durch die Zeitungen ist nun die Nachricht gegangen, daß nach dem Verlauf der Verhandlungen nicht das bewährte 8-Klassensystem aufrechterhalten werde, sondern daß es vielmehr schwer in Gefahr sei. Das hat uns Veranlassung zur Anfrage gegeben.

Stadtver. Schulz (Soz.): Im Namen des Magistrats kann ich die Frage nicht beantworten, denn er hat keine Gelegenheit gehabt, in der Frage des einheitlichen Lehrplans für Groß-Berlin Stellung zu nehmen. Ich kann nur für meine Person Antwort geben, und auch diese kann nur allgemein gehalten sein, denn die Kommissionsmehrheit hat ein strenges Schweigegebot erlassen. Ich kann aber folgendes mitteilen: Es hat zunächst eine kleine Kommission getagt, die der Kultusminister zusammenberufen hatte. Hier sind zunächst die Richtlinien festgelegt worden, und auf Vorschlag der Linken ist dann eine große Kommission zusammenberufen worden, in der auch Herren aus der Schul- und sonstigen Verwaltung der größeren Vorortgemeinden vertreten waren. Ueber den Gang der Verhandlung kann ich nur sagen, daß definitive Beschlüsse noch nicht gefaßt sind; ich habe aber die Hoffnung, daß ein einheitlicher Plan zustande gebracht wird, ohne daß wesentliche Aenderungen in unserem Lehrplan nötig sind. Sollte das doch der Fall sein, so hoffe ich, daß die Gemeinden gehört werden, obwohl der Lehrplan Sache des Staates ist.

Wir haben so große Opfer für die achtklassige Schule gebracht, daß ich meine, die Regierung wird dann gar nicht umhin können, die Gemeinde zu hören. Daß ein einheitlicher Lehrplan für Groß-Berlin nötig ist, ist gar nicht zu bezweifeln. 1908 wurden von Berlin nach den Vororten über 6000, umgekehrt über 4000 umgeschult. Das ist fast die Hälfte aller Umschulungen, die in Berlin wegen Umzugs stattfinden. Alle diese umgeschulten Kinder müssen notwendig in ihren Fortschritten zurückkommen. Ich bedauere, genaue Auskunft nicht geben zu können, freue mich aber, Gelegenheit zu haben, vor der Versammlung wieder über die Entwicklung unserer achtklassigen Schule sprechen zu dürfen. Als sie eingeführt wurde, war ich nicht gerade sehr erbaud davon, und auch als ich Stadtschulrat wurde, war dieses mein Mißtrauen in keiner Weise geschwunden. Je länger, desto mehr aber habe ich mein Mißtrauen schwinden lassen müssen. Aus der ersten Klasse gingen nach vollendeter Schulpflicht 1903 33 Proz., 1905 37 Proz., 1907 41 Proz., 1909 46 Proz., 1910 49,97 Proz. aller abgehenden Schulkinder ab. Also in der Zeit von 1903 bis 1910 haben wir eine Steigerung von über 60 Proz. Aber auch das Aufsteigen der Kinder wurde nicht besser; 1903 gingen 43 Proz., 1910 62,5 Proz., also mehr als das Doppelte, aus der Oberstufe ab. Der Verbestand bestand und wurde auch ausgesprochen, daß im Interesse der achtklassigen Schule kräftig geschoben werden sei. Ich habe daraufhin zweimal eine allgemeine Prüfung in sämtlichen ersten Klassen mit demselben Aufgaben vornehmen lassen, und es stellte sich heraus, daß der Verdacht im wesentlichen nicht berechtigt war. Es ist auch gar kein Wunder, daß die Resultate sich stets hoben. Die Lehrkräfte wurden mehr und mehr mit dem neuen Lehrplan vertraut; die neuen Lehrbücher wurden allmählich eingeführt; außerdem war ja der Lehrstoff für die achtklassige Schule für die einzelnen Klassen kleiner als bei der siebenklassigen.

Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die Ergebnisse noch besser werden.

Nun wird unserer achtklassigen Schule entgegengehalten, es gingen zwar circa 50 Proz. aus der ersten Klasse ab, aber davon hätten nur circa

35 Proz. 1 Jahr in der ersten Klasse gefessen, und dieser Kinderzahl zu Liebe werde nach einem Lehrplan gearbeitet, durch den die übrigen 65 Proz. eine nicht abgeschlossene Bildung erhalten. Dieser Einwand ist nicht haltbar. Die achtklassige Schule hat sich bewährt, und ich möchte nicht, was mir besser an die Stelle setzen könnten. Ein Rangel ist vorhanden, wir haben an den meisten Schulen nur eine erste Klasse, obwohl wir zu Ostern und Michaelis Schüler aufnehmen. Nun dürfen freilich 33 Proz. die mit der zweiten Klasse ihre Bildung abschließen, nicht unterdurchschnittlich bleiben. Man verteilte daher den Stoff auf die 8 Schuljahre so, daß mit der zweiten Klasse ein gewisser Abschluß erfolgt. Was die Jählung betrifft, so war vorge schlagen, von 7—1 zu zählen und die obere Klasse **Selektia** zu nennen, um dem siebenstufigen System der anderen Vororte näher zu kommen.

Ich hätte auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Ich habe auch Neigung, mich zu diesem Opfer zu bequemen, aber ich bin davon wieder zurückgekommen, weil dann immer und überall Neigung besteht, die **Selektia** mit der 1 zu verschmelzen und so zu reinem Siebenstufigensystem zu kommen.

Es wird in die Besprechung eingetreten.
Vorheriger Midelet spricht sich angehtlich der von dem Schulrat konstatierten Erfolge durchaus für die achtklassige Schule aus und würde den Kreisgang zur Siebenklassigen sehr bedauern, namentlich wenn dieser nur deshalb geschieden sollte, weil die kleineren Gemeinden aus finanziellen Gründen mit Berlin nicht konkurrieren können. Der Knotenpunkt dürfe hier für Berlin, das an der Spitze marschieren müsse, auf keinen Fall ins Gewicht fallen.
Stadt v. Dr. Knauer (A. L.) bekennt sich auch als Freund des achtklassigen Systems, er habe in dieser Beziehung dieselbe Wandlung wie der Schulrat durchgemacht. Das achtklassige Schulsystem stelle wohl starke Ansprüche an die Lehrer, aber geringere an die Schüler. Noch keine Kommune sei vom Achtstufen- zum Siebenstufenstufenstufen zurückgekehrt, weil die Verfeinerung der Schulsysteme immer günstiger wurden. Berlin mühte mit seinem Schülerbestand von 226 000 Köpfen auch unbedingt das beste Schulsystem haben.

Stadt v. Cassel (A. L.): Es denkt niemand daran, das achtklassige Schulsystem in Berlin zu beseitigen. Auch Vertram hat bei seinem 1900 aufgestellten Lehrplan 8 Klassen vorausgesehen. Auch wir meinen, von der Beseitigung der einmal eingeführten Achtklassigen kann nicht die Rede sein; wir wünschen im Gegenteil, daß durchweg 2 erste Klassen vorhanden wären. Ueber die Würdigung des Systems kann man aber verschieden denken, denn es ist doch unbestreitbar, daß nur 50 Proz. der Schüler in die 1. Klasse gelangen. Hoffen wir, daß sich das Verhältnis weiter bessert. Für diejenigen aber, die das Ziel nicht erreichen, muß eine abgeschlossene Vorbildung auf der Oberstufe in irgendeiner Form geschaffen werden.

Stadt v. Dr. Krans: Nach den ausführlichen Darlegungen des Stadtschulrats hatten wir unsererseits keinen Anlaß, den Antrag auf Besprechung zu stellen. Was die Prozentzahl der Schüler betrifft, die die erste Klasse nicht erreichen, so gibt es wohl auch noch andere Mittel, hier zu bessern, so z. B. dadurch, daß die Frequenzziffer der untersten, der Aufnahmestufe, möglichst gering gehalten wird. Die Herren, die davon sprechen, daß 30 Proz. der Kinder die erste Klasse nicht erreichen, sollen sich doch einmal unsere Gymnasien, unsere höheren Lehranstalten ansehen. Wenn in zwei Sexten je 50 sind, so freut sich der Direktor sehr, wenn er eine Oberprima mit 40 Schülern hat, das wären also nur 40 Proz.

Stadt v. Cassel: Dieser Vergleich hinlt so sehr, daß er nur scherzhaft genommen werden kann. Ein Heruntergehen der Frequenzziffer wünschen auch wir, aber das kann nur allmählich gemacht werden. Es ist nicht richtig, daß 30 Proz. nicht in die 1. Klasse kommen, sondern es kommen nur 50 Proz. hinein, und 33 Proz. machen überhaupt bloß die ganze Schule durch. Das sind doch sehr nachdenklich stimmende Zahlen. Für die übrigen 67 Proz. muß in irgendeiner Weise gesorgt werden.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadt v. Knauer wird der Gegenstand verlassen.
Die bestehenden

Gebührenfrage für die Schlachtungen

und die Fleischbeschau sollen auch für 1912 in Geltung bleiben.
Die Gemeindefürsorge 51, Riederwallstr. 67, und 6. Georgenstr. 1, sollen von Oben 1912 ab allmählich eingespart werden. Der Magistrat gibt der Versammlung von dieser Absicht Kenntnis.

Die Neue Promenade, die Straße Am Zwirngraben und die Straße An der Spandauer Brücke zwischen Hadescher Markt und Stadtbahn sollen verbreitert werden, erstere auf 23 Meter, letztere auf 19 Meter, die Straße Am Zwirngraben soweit, daß ihr Fahrweg mindestens 7,5 Meter Breite erhält.

Die Vertreter der drei bürgerlichen Parteien beantragen Ausschubberatung.

Stadt v. Mehlke (Soz.): Wir werden ja der Ausschubberatung nicht widerstreben, es scheint aber doch, als ob die Vorlage den Herren eher etwas zu weit geht. Wir meinen, sie trägt dem Verkehr und seinen Ansprüchen noch nicht genügend Rechnung. Jeder, der in der Gegend verkehrt, muß das bestätigen. Beschneidungen an der Vorlage darf der Ausschub nicht vornehmen.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschlossen.

Bei der IV. Irrenanstalt in Buch

soll statt der im Bauprogramm vorgesehenen zwei Verwahrungshäuser für je 75 Kranke nur 1 errichtet werden.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Durch Nachtragsvorlage sucht der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zum

Verkauf der Markthalle IV (Dorotheenstraße)

an den Postfiskus für rund 3,8 Millionen Mark nach. An den Kommerzienrat Selberg, Alsenstr. 8, soll eine Vermittlungsgebühr von 37 000 M. gezahlt werden.

Stadt v. Grünwald (Soz.): Wir beantragen Ausschubberatung. Wie können keineswegs heute schon unsere Stellung festlegen. Im Ausschub erhoffen wir die Belehrung darüber, ob wir das Grundstück nicht für eigene städtische Zwecke brauchen können, und dann über die merkwürdig hohe Provision, die wir zahlen sollen. (Weisfall und Unruhe.)

Stadt v. Körte ist für glatte Annahme der Vorlage und sieht auch in dem Umstand, daß „endlich einmal“ einem Verkaufsbewerber eine Provision gezahlt wird, keinen Gegenstand. Das Einzige, was zu bedauern wäre, sei, daß der Name des Agenten genannt sei. (Wahl und Heiterkeit h. d. Soz.) Mit Ihrem Wahl werden Sie die Gebrauche des Grundstückshandels nicht aufheben. Die Provision ist ein Entgelt für die Rückzahlung (Unruhe und Lachen h. d. Soz.), die der Betreffende gehabt hat, und es ist nicht das geringste dagegen einzunehmen.

Stadt v. Brück (A. L.) spricht sich ebenfalls für glatte Annahme der Vorlage aus.

Stadt v. Grünwald: Die merkwürdig angeregte Stimmung, die jetzt für glatte Annahme der Vorlage auftritt, kann unsere Bedenken nur noch vermehren. Gewiß gibt es in kapitalistischen Zeitläufen kein Geschäft ohne Profit. Wir sind auch gar nicht grundsätzlich gegen eine Provision. Aber wenn es sich dabei um ein ganz

solides und reelles Geschäft handelt,

warum regt sich dann Herr Körte darüber auf, daß der Name Selberg genannt ist? Dann läme es ja gar nicht darauf an, ob der Betreffende Meyer heißt oder ob er zufällig mit einem Berliner Stadtrat verwandt ist. Die Herren wissen doch auch so gut wie wir, daß sich die Konjunktur bei solchen Geschäften in jedem Augenblicke ändern kann. Man sollte also nicht die Vorlage in Eile annehmen, sondern sie in einem Ausschub sachlich und ruhig besprechen. (Weisfall.)

Stadt v. Schulze (A. L.): Wir sind schlußig geworden, einer Ausschubberatung zuzustimmen, wenn sie von einer großen Fraktion beantragt wird.

Stadt v. Körte: Ich bleibe dabei, die Namensnennung des Agenten entspricht nicht den Umständen, sie erschwert die Verhandlungen zum Schaden der Stadt. (Hört! hört! h. d. Soz.)

Stadt v. Cassel: Wir stimmen für den Ausschub, nachdem ihn die Sozialdemokraten beantragt haben.

Stadt v. Brück bittet, den Ausschub recht bald arbeiten zu lassen, weil bis zum 15. März die Genehmigung des Oberpräsidenten zum Verkauf eingegangen sein muß.

Die Vorlage wird einem Ausschub überwiesen, den der Vorstand sofort ernenn.

Schluß: 8 Uhr.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalte der soeben erschienenen Nummer 4 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Sozialismus und Freiheit. — Der kleine Patriot. Jugenderinnerung von Ph. Sch. — Anfänge der

Volkswirtschaft. Von Wilhelm Schröder. — Insektenwohnungen. (Illustriert.) — Von Jürgen Brand. — Katholische Mädchenerziehung. II. Von W. Solmann. — Die Gegner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz. — Des Lehrkräftes Leidenschronik. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Jugendbewegung des Auslandes usw.

Weilage: Kapitän Karpis Abenteuer in Haiti. Erzählung von Johannes Wilda. — Vom Nordlandsvolk in alter, grauer Zeit. Von Otto Koenig. — Hans Holbein, der Jüngere. II. (Illustriert.) Von P. Gongolf. — Im Räderregen. Gedicht von Franz Diederich. — Haus und Hausgerät. III. — Frau Sorge. Gedicht von Ludwig Jacobowski. — Wissenswertes von der Sprache. — Alois Stepmal. Von Robert Grösch.

Aus Industrie und Handel.

Eine Schwere Geburt.

Wie sieht es mit dem Stahlwerksverband? Diese Frage gewinnt erneut altes Interesse, denn für die nächste Woche ist wieder eine Verbandssammlung einberufen worden. Natürlich soll sie sich mit der Verbandserneuerung beschäftigen. Bislang hörte man immer, die Verlängerung des Kohlenyndikats garantiere auch gewissermaßen die Weiterexistenz des Stahlwerksverbandes. Das scheint nun aber noch lange nicht der Fall zu sein! Die Heraushebung der Kohlenpreise und der Fortbestand der Ausfuhrprämie von Seiten des Kohlenyndikats läßt es bei einigen Neulingen unter den großen Gemischtwerken, die hauptsächlich an dem gut lohnenden Abzug von Roheisen und Halbzeug interessiert sind, mehr denn je gleichgültig erscheinen, ob die Verlängerung gelingt oder nicht. Sie halten daher an ihren weitgehenden Forderungen, denen die älteren Werke wie Krupp usw. Widerstand entgegenzusetzen, mit Entschiedenheit fest. Im allgemeinen hat die Mahnung des Kohlenyndikats die Position aller Gemischtwerke außerordentlich verstärkt. Es beschleunigt jetzt unter der freundlichen Mitarbeit des Fiskus, die industrielle Konzentration in der Kohlen- und Grobmaterialindustrie. Die hohe Umlage, von der vorwiegend die reinen Hütten betroffen werden, bleibt bestehen, und damit der Anreiz zu Fusionen mit Eisenwerken. Die übrige Bevorratung der Hüttenzweige in bezug auf die bessere Ausnutzungsmöglichkeit der Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen wirkt natürlich in derselben Richtung. Die Heraushebung der Kohlenpreise in Verbindung mit der Ausfuhrprämie sichert den Gemischtwerken erhöhte Erlöse für Rohmaterialien und Halbzeug, während die reinen Werke sowohl die höheren Brennmaterialienpreise als auch die Aufschläge auf das von den Stahlwerken abzunehmende Material aufbringen müssen. Es liegt auf der Hand, daß sie damit der Konkurrenz der Gemischtwerke, die immer mehr die Fertigfabrikation an sich reißen, nicht standhalten können. Mit sanftem Druck werden sie dazu bestimmt, sich fusionieren zu lassen. Zudem ist eine Anzahl Werke auch schon insofern auf den Zusammenbruch des Stahlwerksverbandes eingerichtet, als sie in aller Ruhe und Stille ihre Werkshandlungen ausbauen. Ihr Betrieb würde durch eine Auflösung des Stahlverbandes kaum gestört. So erlischt das Interesse an dessen Existenz.

Dagegen scheint wieder mehr Reizung vorhanden zu sein, für einzelne Spezialartikel Konventionen usw. abzuschließen. Es ist das eine gewisse Rückbildung, in diesem Falle aber der Andruck einer weit fortgeschrittenen Konzentration. Früher, bei der starken Konkurrenz der noch vorhandenen vielen Unternehmen, warf eine Konjunkturabschwächung die Konventionen zum unheimlich über den Haufen. Die Jagd nach Ablagerweiterung riß überhaupt stets Läden hinein. Durch allerhand Geheimabkommen und versteckte Rabatte, die gegen die Konventionen abgemacht wurden, suchte einer dem anderen den Markt freitrag zu machen. Jetzt ist das anders. Eine verhältnismäßig geringe Zahl Gemischtwerke ist die tatsächliche Beherrscherin des Marktes. Diese Werke verständigen sich leicht über die Verkaufsbedingungen usw., und sie verstehen ihre Interessen zu gut, um indirekt die festgelegten Preise zu unterbieten.

Unter solchen Umständen ist die Erneuerung des Stahlverbandes durchaus noch nicht gesichert. Und wenn er noch einmal verlängert werden sollte, von einer Erweiterung seines Rahmens kann keine Rede sein. Er wie auch das Kohlenyndikat, diese beiden Organisationen der Röntgenindustrie, haben ihre Schuldigkeit getan. Sie förderten das Herausbau einer Anzahl kombinierter Betriebe, deren Zusammenschluß in irgend einer Form die nächste Etappe in der Konzentrationsentwicklung kennzeichnet. Vom kapitalistischen und auch vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet, ist das die höhere Form der Entwicklung.

Soziales.

Das württembergische Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung

wird gegenwärtig im württembergischen Landtag der Ausschubberatung unterzogen. Von den bisher gefassten Beschlüssen sind folgende bemerkenswert. Nach dem Regierungsentwurf sollte die Anknüpfung der für die Arbeiterversicherung nötigen Beamten in größeren Gemeinden der Bestätigung unterliegen. Der Ausschub beschloß, dieses Bestätigungsrecht zu streichen. Der Angliederung der Versicherungsämter an die Oberämter, die im Prinzip schon durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschrieben ist, stimmte der Ausschub zu. Eine wichtige Streitfrage war die, ob nur ein Oberversicherungsamt geschaffen und das bestehende Landesversicherungsamt aufgehoben oder ob vier Oberversicherungsämter geschaffen werden und das Landesversicherungsamt bestehen bleiben soll. Der Regierungsentwurf wollte die Auflösung des Landesversicherungsamtes und Errichtung nur eines Versicherungsamtes, während die sozialdemokratischen Vertreter das Bestehen des Landesversicherungsamtes und die Errichtung von vier Oberversicherungsämtern verlangten. Dabei wurden die Vorgesüge der Rechtsprechung des Landesversicherungsamtes gegenüber dem Reichsversicherungsamt hervorgehoben. — Auch die Zentrumsvertreter erklärten sich für Bestehhaltung des Landesversicherungsamtes. Da aber die Vertreter der Konservativen, Nationalliberalen und der Volkspartei der Regierung entgegenkamen, wurde der Antrag auf Erhaltung des Landesversicherungsamtes mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, daß von der Möglichkeit, außerhalb des Sitzes des Oberversicherungsamtes Spruchkammern zu errichten, Gebrauch gemacht werden solle.

Eine Abspaltung erfuhr das schwarzblaue Brüderpaar bei den Beratungen der Frage, ob Landkrankenstellen errichtet werden sollen. Zwei Zentrumsleute und ein konservativer wollten unbedingt diese jammervolle Krankenversicherung erhalten wissen. Sie meinten, für die Dienstboten, die meist ledig seien, genüge blosau die in den Landkrankenstellen vorgesehene sogenannte erweiterte Krankenpflege. Es sei nicht nötig, daß sie auch noch Krankengeld bezögen; man solle auch Rücksicht nehmen auf die Unternehmer, die die höheren Beiträge zahlen müßten. Dabei wollte nicht einmal der Regierungsentwurf die Landkrankenstellen beibehalten. Der Antrag des Reichstages Genossen Ratkau, keine Landkrankenstellen zu errichten, fand mit großer Mehrheit Annahme.

Auch in Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen werden nach der Mitteilung des Ministers v. Bischoff keine Landkrankenstellen geschaffen.

Unmöglichkeit jeglicher Konkurrenzklause bei niedrigem Gehalt.

Eine sehr bemerkenswerte Entscheidung über die Unzulässigkeit des Konkurrenzverbotes in Fällen geringer Befoldung fällt das Kaufmannsgericht Frankfurt a. M. Der Rechtsfall lag folgendermaßen: Ein Warenhaus hatte eine Verkäuferin mit 75 M. Monatsgehalt engagiert und sie schriftlich verpflichtet, sich bei Vermeidung einer Vertragsstrafe von 40 M. einer Konkurrenztätigkeit am Platze binnen dreier Monate nach Austritt zu enthalten. Nachdem die

Verkäuferin dem Konkurrenzverbot gegenüber nach Aufgeben und der Firma in einem anderen dortigen Warenhause Stellung annahm, klagte die Firma die Angeklagte auf Zahlung der fällig gemordenen Vertragsstrafe von 40 M.

Obgleich der Warenhausbesitzer hervorhob, daß er die Konkurrenzklause schon aufs äußerste beschränkt hatte, indem sie zeitlich nur drei Monate und drilich nur für Frankfurt gelten sollte, und daß die Strafe eine sehr niedrige sei, kam das Kaufmannsgericht dennoch zu einer Abweisung der Klage. Die Abweisung, heißt es in der Begründung, mußte geschehen, obgleich dieser Bruch feststeht. Das Gericht hat in einer monatlichen Entlohnung, die über den ortsüblichen Tagelohn erwachsener Tagelöhnerinnen nicht hinausgeht, nicht das Äquivalent für Beschränkung der Erwerbsfreiheit nach Austritt, selbst wenn diese Beschränkung nur drei Monate gilt, erblicken können und aus diesem Grunde die Klause für unverbindlich erklärt.

Gerichts-Zeitung.

Politik auf der Kanzel ist „Wahrung berechtigter Interessen“.

In Regem im Bayerischen Wald, also mitten im schwarzen Bayern, hat die Fortschrittliche Volkspartei sich mit einem Organ, dem „Boten vom Bayerischen Wald“, einzunisten versucht, dadurch erregte sie die liebevollste Aufmerksamkeit der Zentrumsgeistlichkeit. Diese wütete gegen das Blatt fast noch mehr als gegen die sozialdemokratische Presse. Sogar von der Kanzel herab wurde vor dem Blatt gewarnt. Besonders bunt trieb es der Pfarrer Poiger von March bei Regem, der im Sommer v. J. beim Gottesdienst eine Kapuzinerpredigt gegen das arme fortschrittliche Organ hielt und es u. a. als antikirchlich, sittengefährdend usw. bezeichnete. Er wurde deshalb von dem Redakteur wegen Verleumdung verklagt, vom Gericht in Regem aber freigesprochen, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Der „Kladderadatsch“ vor Gericht.

Ein kleines Gedicht des „Kladderadatsch“ hat Veranlassung zu einer Privatklage des Pfarrers Müller-Schmalenningen gegen den verantwortlichen Redakteur des „Kladderadatsch“, den Amtsgerichtsrat a. D. Max Friedländer, gegeben, die gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Nach einer Zeitungsnotiz sollte Pfarrer Müller in einer politischen Versammlung zu Schmalenningen, in welcher auch ein vielbesprochener Artikel der „Post“ zur Sprache kam, gesagt haben: Die „Post“ stehe den Liberalen sehr nahe und diesen sei die jüngste Entgegnung der „Post“ anzurednen. Daraufhin veröffentlichte der „Kladderadatsch“ ein kleines Gedicht unter der Ueberschrift „Müller-Schmalenningen“, dessen letzte Strophen lautete: „Er hat wohl einen Triller — Er tut zuviel wohl trinken — Der würdige Pfarrer Müller, — Der Mann aus Schmalenningen.“ In der nächsten Nummer veröffentlichte der „Kladderadatsch“ eine Verichtigung des Pfarrers, in welcher dieser bestritt, jene Bemerkung überhaupt gemacht zu haben, und die Redaktion fügte hinzu, daß damit auch die Voraussetzung zu jenem kleinen Gedicht von selbst wegfiel. Pfarrer Müller war damit aber nicht zufrieden, sondern strengte die Privatklage an. Im gestrigen Termin bestritt der Angeklagte die Äußerung der Verleumdung; in den wenigen Strophen sollte nur in humoristischer Weise die politische Weltfreundlichkeit eines Mannes gezeichnet werden, der behauptete, die „Post“ stehe den Liberalen sehr nahe. Mit den Worten „Triller“ und „trinken“ sollte dem Pastor beileibe nicht der Vorwurf der Weistesgehrtheit oder der Trunksucht gemacht werden, das seien vielmehr Uebertreibungen, wie sie einem humoristisch-satirischen Blatte gestattet seien. Wenn in humoristischen illustrierten Blättern Herr v. Reihmann Holweg beispielsweise als Bekker dargestellt wurde, der die Konservativen und das Zentrum um eine milde Gabe anpöbelte, oder als Kroubador, der bei seiner Werbung um die konservative Schöne einen Löff Wasser über den Kopf ergießt, so werde der Reichsanwalt niemals annehmen, daß mit diesen Bildern wirkliche Vorgänge wiedergegeben sein sollten. — Das Gericht erkannte aus denselben Erwägungen auf Freisprechung.

Ein so verständiges Urteil gehört zu den raritäten aus dem Justizpalast.

„Der König der Taschendiebe“

soll der Spitzname des Kaufmanns Paul Weiß aus Budapest sein, der gestern in Gemeinschaft mit dem Agenten Dietrich Wünschbach und dem aus Ungarn stammenden Kellner Nedzo Rizai vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stand, um sich wegen fortgesetzter Taschendiebstähle zu verantworten. In der zweiten Hälfte des vergangenen Sommers häuften sich bei der Kriminalpolizei die Anzeigen über Taschendiebstähle, die besonders an den Haltestellen der Straßenbahnen, vor den Schaufenstern der Warenhäuser usw. ausgeführt worden waren. Vielfach waren Frauen in dem Augenblick, als sie die Straßenbahn bestiegen, die Handtaschen geöffnet und, ohne daß sie in dem Gedränge etwas bemerkten, die Portemonnaies daraus gestohlen worden. Die von der Kriminalpolizei angeordneten Ermittlungen führten zu Beobachtung der drei Angeklagten und schließlich zu deren Festnahme. Weiß, ein alter Taschendieb, der in Ungarn häufig und schwer bestraft und des Landes verwiesen wurde, hatte seine Tätigkeit nach Berlin verlegt. Der Angeklagte Rizai ist am 23. Oktober vor dem Opernhaus bei dem Besuch eines Taschendiebstahls abgefaßt worden und verblüht die ihm deswegen auferlegte Strafe zurzeit in Plöbensee. Der Angeklagte Wünschbach wird von der Polizei als das Haupt einer internationalen Taschendiebsbande angesehen, der den Dieben Unterschlupf gewährt, die Gelegenheit zu Diebstählen ausgepaßt und die Diebe auf die Polizei aufmerksam gemacht haben soll. Er bestritt dies energig, obwohl tatsächlich mehrere Taschendiebe hintereinander bei ihm gewohnt haben. Ihm ist infolge schwerer Krankheit der rechte Arm operiert worden und er bestritt sich auf einen ärztlichen Gutachter für seine Behauptung, daß er mit seiner linken Hand gar nicht im Stande sei, Taschendiebstähle auszuführen. Außerdem will er nur als Sigilant der Kriminalpolizei gehandelt haben. Tatsächlich hat er verschiedene Male Mitteilung davon gemacht, wenn irgendwo angeblich ein „Ding gebreht“ werden sollte, es scheint aber, als ob dies nur eine geschickte Wache von ihm gewesen sei und den Zweck habe, die Taschendiebe auf diese Weise mit den Kriminalbeamten bekannt zu machen, vor denen sie sich in acht zu nehmen hätten. Das ist wenigstens die Ansicht der Kriminalpolizei. Da zur Sprache kam, daß der Angeklagte infolge wiederholter schwerer Krankheiten sehr aufgeregt ist und sich mit allerlei abenteuerlichen Plänen — unter anderem mit der Gründung eines großen Detektiv-Instituts à la Sherlock-Holmes — beschäftigte, so entsprach das Gericht einem Antrage der Verteidigung, indem es beschloß, die Sache zu verlegen und den Medizinalrat Dr. Hoffmann zu beauftragen, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu untersuchen.

Wandergewerbe und Glücksspielbillsards.

Zur Aufstellung eines sogenannten „Olympiabillsards“ hatte Herr Steffen aus Breslau einen Wandergewerbeschein beantragt. Der Wandergewerbeschein wurde ihm verweigert. Der Bezirksausschuß zu Breslau wies auch die Klage Steffens ab. Die Inbetriebnahme des „Olympiabillsards“, auf dem die Geldbeisätze der Spieler, abgesehen von einem Teil für den Billardhhaber, ausgespielt werden, wurde als Glücksspiel angesehen.

Das Oberverwaltungsgericht gab dieser Tage der Berufung des Klägers insofern statt, als es die Sache an die Vorinstanz zurückverwies. Begründend wurde ausgeführt: Unzweifelhaft handele es sich um eine Lustbarkeit, die auf dem Platze für jedermann angeboten werde. Und es gehöre unzweifelhaft dazu ein Wandergewerbeschein, wenn die Voraussetzungen des Wandergewerbes ge-

geben seien, wie hier. Nun könne vorliegend ganz dahingestellt bleiben, als was das Olympiafest anzusehen sei. Selbst wenn es als Glücksspiel in Form einer Auspielung angesehen werde, so könne doch nicht deshalb ohne weiteres der Wandergewerbeschein verweigert werden. Bei solchen Auspielungen wäre allerdings, soweit es sich nicht um Gegenstände von geringem Werte handele, für die die Ortspolizei in Frage käme, die Genehmigung des Oberpräsidenten erforderlich. Eine solche Auspielung sei aber an sich nicht verboten, sondern nur ohne Genehmigung verboten. Da sie also doch genehmigt werden könne, so wäre die bedingungslose Verjagung des Wandergewerbescheines dafür nicht zu rechtfertigen. Es könnten aber andere Gründe, als der hier allein geltend gemachte Grund, zur Verjagung des Wandergewerbescheines führen, z. B. die Bedürfnisfrage. Somit müßte, da der Bezirksauschuh fälschlich die Erteilung des Wandergewerbescheines überhaupt für unzulässig erachtete, die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an den Bezirksauschuh zurückverwiesen werden, damit er nachprüfe, ob etwa andere Gründe die Verjagung rechtfertigten.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenlöhne.

Das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer die Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse, die am Ende des vergangenen Jahres circa 180 000 Mitglieder besaß. Uns interessieren an dieser Stelle die Löhne für Frauenarbeit. Im Oktober 1911 befanden sich von 39 102 weiblichen Klassenmitgliedern in der höchsten Lohnklasse (4,51 M. und mehr per Tag) nur 729, in Klasse II (4,01—4,50 M.) 435, in Klasse III (3,51 bis 4 M.) 1493, in Klasse IV (3,26—3,50 M.) 866, in Klasse V (2,51—3,25 M.) 8170, in Klasse VI (2,01—2,50 M.) 11 550 und die siebente Lohnklasse mit einem Tagesverdienst von 1,51—2 M. hatte die Höchstzahl aller versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder mit 15 859 aufzuweisen. Das bedeutet in anderen Zahlen ausgedrückt: Von je 100 weiblichen Klassenmitgliedern mußten 29 von einer Woche einnahme von 9—12 M. leben, und das in Leipzig mit seinen hohen Lebensmittelpreisen und seinen ebenso schlechten wie teuren Wohnungen. Jedem Kenner der Verhältnisse leuchtet ohne weiteres ein, daß so miserabel entlohnten Arbeiterinnen nur die Wahl bleibt zwischen Hungern und Darben und der Preisgabe ihres Körpers für Geld. Die niedrigsten Löhne hatten Landwirtschaft und Gärtnerei sowie

das Fleischaufbewahrungsgewerbe aufzuweisen. Die beiden höchsten Lohnklassen umfaßten nur 1,3 und 0,8 Proz. aller Klassenmitglieder.

Fester Zusammenschluß in der Organisation kann allein den Tausenden von schlechtbezahlten Arbeiterinnen in Leipzig wie anderwärts aus drückender Not und drohender Schande zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen verhelfen. Hier blüht der Werbearbeit der Genossinnen ein reiches Feld schwieriger, aber auch lohnender Tätigkeit.

Zentralverband der Hausangestellten.

In der in den „Industrie-Festtagen“ stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin erstattete Hr. Krndt den Bericht des Vorstandes für das Jahr 1911. Eine rege Agitation wurde während des ganzen Jahres entfaltet; 29 Sonntag- und 22 Wochentags-Versammlungen und Veranstaltungen zählte die Vorstandsarbeit. In den Versammlungen, die stets gut besucht waren, wurden fast immer belehrende und unterhaltende Vorträge gehalten. Auch die übrigen Veranstaltungen erzielten sich stets reicher Teilnahme und brachten dem Verband neuen Zuwachs. Seit Oktober sind Fortbildungsabende eingerichtet worden, die alle 14 Tage stattfinden und durchschnittlich von 26 Mädchen besucht werden. Das Auskunfts-Bureau wurde ständig fast in Anspruch genommen. In zahlreichen Fällen vertrat die Angestellte Hr. Lude die Ansprüche der Mitglieder vor Gericht, oftmals mit gutem Erfolg. Vieles gelang es auch, Differenzen mit den Herrschaften auf gütlichem Wege zu schlichten. Sehr oft kamen Nichtmitglieder und erbaten die Hilfe des Verbandes in Bedrängnis und Not. In solchen Fällen konnte natürlich nur in beschränktem Maße Hilfe gewährt werden.

Die Mitgliederbewegung zeigt 782 Neuaufnahmen, im ganzen haben aber 543 Mitglieder wieder verloren, so daß ein Gewinn von 239 zu verzeichnen ist. Viele wechseln die Stellung, ohne dem Verband die neue Adresse einzufenden, manche heiraten, aber viele mühen sich wegen rückfälliger Beiträge gekümmert werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1139.

Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen 6927,19 M., die Ausgaben dagegen 7374,04 M. Am Schlusse des Jahres war ein Bestand von 1317,44 M. vorhanden. Für Krankenunterstützung wurden 378,80 M., für Rechtschutz 82,80 M. ausgegeben, für Vorträge und Saalmiete 200,80 M.

Die Vorstände machte bekannt, daß Hr. Lude, die Leiterin des Berliner Bureau, vor einiger Zeit schwer erkrankte und die sofortige Einstellung einer Ersatzkraft nötig war. Der Posten wurde Hr. Petersen übertragen. Diese Maßnahme stieß auf vereinzelt Widerspruch, der aber vom Vorstande als durchaus ungerechtfertigt zurückgewiesen wurde.

Eine Reihe von Anträgen an den Verbandstag, der im April in Berlin stattfindet, kamen zur Besprechung und gelangten die folgenden zur Annahme:

- Der Verbandstag wolle beschließen:
- Das Zentralorgan des Verbandes, das jetzt monatlich erscheint, alle 14 Tage herauszugeben.
- Ein Werkbüchlein mit Kalender für Hausangestellte herauszugeben.
- Eine schärfere Präzisierung des Anspruchs auf Krankengeld, unter Berücksichtigung der Erholungsbedürftigen festzusetzen.
- Eine Abgrenzung der Gehälter für die Verbandsausgestellten vorzunehmen.
- Für die männlichen Hausangestellten das Eintrittsgeld und die Monatsbeiträge zu erhöhen, um dadurch eine höhere Krankenunterstützung für die männlichen Mitglieder zu ermöglichen.

Als Delegierte zum Verbandstag wurden gewählt Hr. Krndt, Hr. Lude und Frau Bahr. — Der bisherige Vorstand der Berliner Ortsgruppe wurde wiedergewählt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 18. Februar, abends 6 Uhr: Stiftungsfest in Rekers „Neuer Philharmonie“, Rosenstraße, 10/11. Billetts a 50 Pf. sind in den Kaffeehäusern und an der Kasse zu haben.
Montag, den 19. Februar, findet die Generalversammlung des Vereins statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Eingegangene Druckschriften.

Geschichte des neuen deutschen Liedes. I. Teil: Von Merck bis Jeller. Von O. Arschmar. 7,50 M., gebd. 9 M. Weidmann u. Hartel, Leipzig.

Tuberkulose-Ausstellung Berlin-Wilmersdorf 1911. 151 Seiten. Verlag: Wilmersdorfer Zeitung.

„Berliner Tageblatt“-Politik! Von O. Burger. 16 S. Selbstverlag, Charlottenburg.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 26. 1. und 2. Wein. — P. D. 4. Pa. — Fr. M. 1. An den Landrat. — 100 M. G. Wein. — N. 2. 80. Pa. Sie müssen das Ehegeldurteil, mit Rechtskraftigkeit versehen, vorlegen. — M. 2. 100. In letzter Instanz beim Finanzminister. — G. 6. 48. Pa. etwa 80 M. monatlich. — P. 2. 100. Strafbau nicht. Zahlungspflicht besteht. — P. 2. 111. Das Auslieferungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt. — N. 2. 16. Läßt sich nur an Hand des Kassenbuchs beurteilen. — G. 2. 2. 1. Die Kosten richten sich nach dem vom Gericht angenommenen Objekt. 2. Der Verein erlangt Rechtsfähigkeit. Ob das im vorliegenden Fall ein Vorteil ist, läßt sich ohne unsere Kenntnis der Umstände nicht sagen. — G. 2. 124. 1. Ja. Da aber der Vermieter anderweitig Entschädigung erhalten, so können Sie Anrechnung fordern. 2. Angewiesenen Betrag ja. Ob 8 M. angemessen sind, können wir nicht wissen.

Todes-Anzeigen

Am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, entschlief nach langem schweren Leiden, mein lieber Mann, der Restaurateur

Ernst Greulich

im 47. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet die trauernde Witwe

Marie Greulich, Berlin N., Ulrechtstr. 9.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todesanzeige.

Am Mittwoch, den 14. Februar, verstarb unsere Genossin

Anna Viehstädt

Liebenwalder Straße 16a.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Karl Seidel

Neußln, Wartbstr. 68 im Alter von 45 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Für die Bewette herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Bekannten und Parteigenossen sowie dem Gesangsverein „Schöneberger Männerchor“ und dem Genossen Hilfer für die trostreichen Worte am Grabe meinen innigsten Dank.

Emil Wilke.

Dankagung.

Für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Herrn Hilfer und den wertigen Kollegen der Firma D. Sepphal und der Firma Kroll u. Witz meinen herzlichsten Dank. Der trauernde Gatte Paul Gerchow, Döngeler Straße 85.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todesanzeige.

Am Mittwoch, den 14. Februar, verstarb unser Genosse, der Schenkwirt

Ernst Greulich

Ulrechtstr. 9.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter

Filiale Berlin III.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Weberin

Frau Anna Viehstädt

(Firma H. Nürnberg) im 34. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Genossen und Kollegen die traurige Mitteilung, daß am Freitag, den 9. Februar, mein lieber Mann, der Gastwirt

Hermann Werner

Treptow, Parzer Straße 117 durch Unfalltod plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Witwe Marie Werner nebst Söhnen.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules

tragen.

Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kapplänge, stark gewaschen.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken unsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe

4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes. Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 23. Or. Frankfurterstr. 20. Schöneberg, Hauptstr. 10. Haupt-Katalog gratis und franko.

Nachh. vorbest.

Trinken Sie nur Tafelbrot.

Flaschbieren.

Sie sind die besten!

Am 14. d. Mts. verstarb nach langem Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Anna Viehstädt

geb. Schulz im 34. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Friedrich Viehstädt nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Herner starb unser Mitglied, der Schlosser

Otto Lehmann

am 14. d. Mts. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Wälder-Eden-Straße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

112/11 Die Ortsverwaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Paul Rosemann

am 12. d. Mts. an Gehirnblutung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Tempelhofer Friedhofes, Tempelhofer, Germania-Straße, aus statt.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, Lindenstr. 69 (Laden).

Sozialdemokratische Flugschriften

Heft 1: Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung.

Heft 2: Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie.

Heft 3: Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Heft 4: Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten in Industrie u. Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft.

Heft 5: Die Sozialdemokratie und das Heer.

Heft 6: Lebensmittelwucher u. Warenverwertung.

Heft 7: Beamtenschaft und Sozialdemokratie.

Heft 8: Die indirekten Steuern und Zölle. Wer sie zahlt und wem sie nützen.

Heft 9: Warum mußt Du Sozialdemokrat sein?

Heft 10: Die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei und Unterachmerin.

Heft 11: Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie.

Preis für jedes Heft 10 Pf.

Schallplatten Verleih-Institut.

Auch nach auswärtig. Prosp. gratis.

Karl Borhs, Berlin 69, Neue Königstr. 38.

Knorr Suppenwürfel

3 Teller 10 Pfg.

Wer probt, der lobt

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Kollege

Emil Musolt

(Wegl. Offen) am 11. d. Mts. im Alter von 74 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Sophienhöfen auf dem Kirchhof der St. Markus- und Andreas-Gemeinde, Berliner Str. 83/84, statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Nach langen, schweren Leiden verstarb am 13. d. Mts. meine liebe Frau

Marie Werth.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Max Werth. Frau Hausmann.

Beerdigung: Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof, Germania-Straße.

Für Herren, welche sich billig und elegant kleiden wollen.

Verkauf von:

Eleganten Herren-Anzügen 10.00 15.00 18.00 24.00 etc.

Vorjahr. Paletots u. Ulster 7.00 10.00 14.00 18.00 etc.

Herren-Hosen 2.50 3.50 5.00 etc.

Einsegnungs-Anzüge große Auswahl. Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge. Verleihung von eleganten Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand

Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. Androssstr.

II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 69, Lindenstr. 69 (Laden).

Sie empfehlen:

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner

von Dr. Aug. Erdmann.

Preis gebd. 2 M.

Partei - Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 18. Februar, abends 6 1/2 Uhr, spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn über: „Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten?“

Reinhold (Kützdorf). Eine Flugblattverbreitung findet am Sonntag, den 18. Februar, morgens von 8 Uhr ab, von den bekanntesten Stellen aus statt, an der sich die Genossen vollständig beteiligen wollen.

Pankow. Am Sonntag, den 18. Februar, vormittags 8 Uhr, von den bekanntesten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Treptow-Baumshuldenweg. Die Mitglieder des Wahlvereins, welche heute an der Beerdigung des Genossen Berner teilnehmen, treffen sich um 2 1/2 Uhr im Bezirkslokal von Klingelstraße, Graevestrasse 1.

Tegele. Die Sammellisten Nr. 15334 und 15305 zu den Reichstagswahlen sind verloren gegangen. Es wird gebeten, bei Vorlegung die Listen anzuhalten und an die Bezirksleitung abzuliefern.

Bernau. Die Genossen und Genossinnen, die an der Beerdigung des Genossen Gähler, Kollberg, teilnehmen, treffen sich 8 1/2 Uhr am „Schützenhaus“.

Buch. Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Starke, Bahnhofsstr. 6. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevahl.

Alt-Landsberg. Am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Alt-Landsberg-Süd im Lokale des Herrn Thomas Schmidt: Kommunalwählerversammlung.

Niederschöne. Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Koch, Jägerstr. 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht. 2. Abrechnung von der Reichstagswahl. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl.

Dahlemburg bei Jossen. Am Sonnabend, den 17. d. M., abends 8 Uhr, bei Wiese: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine Reihe bedeutungsvoller Vorlagen zu erledigen. Besonders wichtig war die Beschlußfassung über die Fluchtlinienfestsetzung für das Vorflut-Gelände in Moabit. Die Angelegenheit war dringlich geworden, weil der Polizeipräsident ein Baugesuch genehmigen wollte, wenn die Gemeindebehörden nicht innerhalb drei Tagen einen Beschluß herbeiführen. Aus diesem Grunde wurde der Antrag des Ausschusses, der am Mittwochabend nach nochmaliger Beratung gefaßt worden war und der Annahme der Magistratsvorlage empfahl, sofort nach Erledigung des ersten Punktes behandelt. Die Gegner der Magistratsvorlage waren geringer geworden und es erfolgte die Annahme der Vorlage ohne Widerstand. Durch diese Fluchtlinienfestsetzung soll eine Reform im Wohnungswesen herbeigeführt werden; sie verhindert die Besitzer des Geländes, dasselbe baulich auszuschlachten und zwingt zum Bau von Mittelwohnungen ohne Hintergebäude und Seitenflügel; so daß Wohnungen gebaut werden, die genügend Luft und Licht haben.

Damit dürfte den Treiberleuten der Terraingesellschaft „Union“ einweilen ein Niegel vorgeschoben sein.

Von Wichtigkeit war die Debatte über das achtklassige Gemeindefschul-System aus Anlaß einer Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat. Genosse Dr. Krons begründete die Anfrage mit dem Hinweis auf die heurückigenden Mitteilungen über die Verhandlungen einer von der Regierung zusammenberufenen Kommission zur Revidierung des Lehrplans und Schaffung eines Ausgleichs zwischen den Schulverhältnissen Berlins und der Vororte. Der Stadtschulrat Fischer beschränkte sich in seiner Antwort darauf, zu erklären, daß über die Verhandlungen der eingesetzten Kommission Amtsverschwiegenheit proklamiert sei und er deshalb sich über den bisherigen Verlauf der Besprechungen nicht äußern könne. Er ging aber für seine Person näher auf den Wert und die Bedeutung des achtklassigen Schulsystems ein. Erkenlich war es zu hören, wie der Schulrat ganz offenerzig zugab, daß er heute ein unbedingter Anhänger der Achtklassenschule sei, während er früher in dieser Frage etwas anders gedacht habe. Herr Fischer belegte seine Anschauung auch mit guten Gründen und zerstückte alle Einwände gegen die Achtklassenschule in recht glücklicher Weise, nicht ohne bei manchen Kommunal-freimüthigen einiges Mißbehagen zu erwecken. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Berlin sein Schulsystem behalten und noch weiter ausbauen werde. Nach dem Schulrat nahm der Vorsitzende die Worte, um vom Vorstandstisch aus des Herrn Vertram zu gedenken und auch seinerseits für das achtklassige Schulsystem ohne jede Einschränkung eine Lanze zu brechen. Unter keinen Umständen dürfe die Stadt Berlin den Streikgang zur siebenklassigen Schule gehen. Dann kam wieder ein Schulmann, Herr Stadtverordneter Krauer, zum Wort, der in warmer und sachkundiger Weise dem Achtklassensystem als der vollkommensten Schulorganisation das Wort redete. Endlich kam Herr Cassel an die Reihe, der als ein Wider-sacher des jetzigen Schulsystems bekannt ist und dem erst dieser Tage sein Parteifreund, der bekannte Schulmann J. Teips in einer heftigen Tageszeitung gehörig die Leviten gelesen hat. Wenn auch Herr Cassel versicherte, daß er und seine Freunde an dem bisherigen Schulsystem nichts ändern wollten, sondern bestrebt seien, dasselbe zu vervollkommen durch entsprechende Gestaltung des Lehrplans, so weiß doch jeder, der die Ausfälle des Herrn gegen die ihm unbefriedigenden Ergebnisse des heutigen Schulsystems hörte, wo hinaus Herr Cassel will, hat er doch vor drei Jahren im Rathhaus ganz offen davon gesprochen, daß die siebenklassige Volksschule das richtige sei. Genosse Krons zeigte den Weg, noch bessere Ergebnisse als heute herbeizuführen; man solle die immer noch zu hohen Frequenzen herabsetzen, dann würde sich vieles bessern. Man fürze doch auch die höheren Schulen nicht, obgleich bekannt ist, daß nur ein kleiner Prozentsatz die Oberklasse erreicht. Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Herrn Krauer und Herrn Cassel war die Debatte erledigt. Sie hat gezeigt, daß die Verschlechterung der Volksschule im Rathause sich heute

weniger offen hervortragen als vor drei Jahren. Aber auf der Hut müssen wir sein!

Auf sozialdemokratischem Antrag hin ging die Magistratsvorlage, die die Verfüllung der Markthalle in der Dorotheenstrasse vorsieht, an einen Ausschuß.

Ein Aktionskomitee zur Hebung der Berliner Wohnungsnot.

Man muß den Zweckverband zwingen, zu tun, wozu er berufen wurde: dem Groß-Berlin eine halbwegs vernünftige Wohnungs- und Verkehrs-politik zu verschaffen und damit den Grund zu einer erträglichen städtebaulichen Ausgestaltung des gesamten großberlinerischen Städtekomplexes zu legen. Man muß ihm zu Hilfe kommen, denn er allein wird zu schwach, zu wankelmütig, zu vielbefehdet und gar zu uneinig sein, um aus eigener Kraft Bohnwies zu leisten. Auch darf nicht vergessen werden, daß in ihm die Interessen der Wohnungsproduzenten und des Bodenkapitals unendlich besser vertreten sind, als die der Wohnungskonsumenten. Darum muß die Stoßkraft des Zweckverbandes gesteigert werden, es müssen die Massen, auf denen all die Nöte des Wohnungselends und der mangelhaften Stadtanlagen lasten, aufstehen, um die ein wenig spröde Organisation zu drängen, daß sie nun wirklich ihren Zweck erfülle. Der Zweckverband muß Wind in die Segel bekommen; solchen Wind anzufachen, Sturm zu blasen, ist die Absicht eines Aktionskomitees, das sich am vergangenen Montag konstituierte, ausdrücklich zu dem Zweck, die öffentliche Meinung, die Verklarten des Bodenkapitals über die Dringlichkeit einer Reform besser, als bisher geschehen, aufzuklären und anzuweisen, daß sie nicht nachlassen, zu fordern, was die Vernunft und die Gerechtigkeit längst erreicht haben müßten. Nun ist es gewiß richtig, daß schon seit langem mancherlei geschehen ist, das Volk zum Kampf gegen den Wohnungswucher zu führen; besonders die Sozialdemokratie hat mit energischer Konsequenz jede Gelegenheit benützt, aufzuklären und anzugreifen. Indessen, die Gegner, die es hier zu überwinden gibt, sind so hartnäckig, und der gegenwärtige Stand des Wohnungselends ist ein so ungeheuerlicher, daß nie genug gechehen kann. Wenn das neue Aktionskomitee wirklich ernsthaft und furchtlos an die Arbeit geht, kann es der Unterstützung derer gewiß sein, die seit langem der heutigen großberlinerischen Wohnungs- und Verkehrs-politik den Krieg bis aufs Messer erklärt haben.

In dem neuen Aktionskomitee sitzen nebeneinander: der frühere Kolonialsekretär Dernburg, der Geh. Regierungsrat Hermann Rutherfuss, der Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg Dr. Kuczynski und Südekum; die spezielle Geschäftsführung leitet Dr. Werner Segemann, der Leiter der Städtebauanstaltungen, jener bedeutamen Demonstrationen, durch die auch die sogenannten Gebildeten einmal erfahren, wie es eigentlich um die Wohnungsnot, auch um die eigene, bestellt ist. Der Einladung dieses Komitees waren bekannte Fachleute und Sachkenner gefolgt; sie fanden sich zusammen in der Erkenntnis, daß es höchste Zeit ist, in geschlossener Phalanx gegen den schon seit langem geschloßen operierenden Feind zu marschieren. Es gilt einen Kreuz-zug der Aufklärung um eine aktionsbereite Epize zu sammeln.

Von den Referaten wollte das Südekums besonders besonders beachtet sein. Es gab in gedrängter Zusammenstellung die graufamen Zahlen der gegenwärtigen Wohnungszustände. Deren schlimmste ist, daß in rund 100 000 Wohnungen 600 000 Menschen leben müssen. Ohne Pathos konnte Südekum die Vorführung dieser brutalen Ziffern mit dem bekannten Wort der Magarethe Macmillan schließen: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genau so gut töten wie mit einer Art.“ Es ist sicher, daß, wenn diese Ziffern vom Volk erst einmal begriffen wurden, die Aktion gegen solche systematische Verelendung der Wohnungskonsumenten einigermaßen drohend werden wird. Das Aktionskomitee will nicht zögern, den reichen Vorrat an Glendstatistik auf die Straße zu werfen, ihn durch Flugblätter, Plakate und Verammlungen den Massen immer und immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. Wie richtig solche Absicht ist, bewies sehr schnell der an der Versammlung teilnehmende Oberbürgermeister Kirchner; er widersprach entschieden solcher Agitation, er bestritt auch unbedingt die Wahrheit solcher aufreizenden Zahlen. Er mußte sich allerdings bald bekehren lassen, daß seine Kenntnis von den Wohnungszuständen der Reichshauptstadt allzu optimistisch ist; er hätte das eigentlich selber wissen können, denn die offiziellen „Statistischen Monatshefte“ von Groß-Berlin haben von solcher Ueberfüllung eines erheblichen Teiles der Berliner Wohnungen schon immer sehr deutlich berichtet. (Ungefähr die Hälfte aller Berliner Wohnungen gehören zu den Einzimmer- oder Eintaumwohnungen; in 416 351 Wohnungen von nicht mehr als ein oder zwei Zimmern wohnen 1 1/4 Millionen Menschen.) Der Oberbürgermeister wird eingesehen haben, daß die Zustände in der Tat unhaltbar geworden sind, und daß mit einer Verbeimlichung nichts erreicht werden kann. Da im übrigen aus seinen Worten eine schwere Resignation hervorklang, ein stummes Bekenntnis von ohnmächtigen Kämpfen mit allzu zähen Widerständen, da er obendrein von dem Zweckverband, wie er heute ist, nur gar zu wenig erwartete, so dürfte Herr Kirchner es als einen Trost empfunden haben, daß das neugegründete Aktionskomitee ihm und dem Zweckverband sozusagen eine Rückenstütze verschaffen will. Das kann allerdings nur geschehen, wenn das Komitee wirklich mit vollem Ernst und ohne irgendwelche Rücksicht den geplanten Kreuzzug der Aufklärung, den vorgenommenen Krieg gegen die Annahmen der Wohnungsproduzenten und Stadt-verderber durchführt.

Die Friedhofsfraße betrifft eine Anfrage, die die Herren Cassel und Genossen an den Magistrat gerichtet haben. Die Anfrage lautet:

- Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat um die Beantwortung nachstehender Fragen: 1. Welche Umstände hindern die ortspolizeiliche Genehmigung der Anlage eines städtischen Begräbnisplatzes auf dem Terrain Karow-Buch? 2. Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, diese Genehmigung herbeizuführen?

Wir haben kürzlich eingehend dargelegt, daß die Einwände des Konsistoriums der Provinz Brandenburg gegen die Errichtung eines Friedhofes der Stadt Berlin lediglich in Konkurrenzrücksichten zu suchen sind. Weil die großen kirchlichen Zentralfriedhöfe in Stahnsdorf und Ahrensfelde nicht genügend benützt werden, soll die Stadt Berlin verhindert werden, Verstorbene zu beerdigen, für die gezeigt wird, und somit veranlassen, daß die kirchlichen Friedhöfe

in Anspruch genommen werden. Diese Zumutung an die Stadt Berlin ist so ungeheuerlich, daß es in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung das größte Aufsehen erregt.

Veteranenspende. Der Magistrat hat in dem Etatentwurf für 1912 wie im Vorjahre die Summe von 150 000 M. als Beihilfe an Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 vorgeesehen. Die Veteranenspende erhalten nur solche Veteranen, welche zur Fahne einberufen waren, dem Unteroffizier- oder Gemeindefolge angehört und in Feindesland gestanden haben; sie müssen würdig und bedürftig sein und in Berlin (nicht in den Vororten) ihren Wohnsitz haben. Personen, die in den städtischen Anstalten außerhalb Berlins Aufenthalt haben, gelten als in Berlin wohnhaft. Die Zuwendungen haben den Charakter von Ehrengaben. Besuche und Verabschiedung sind bis Ende März d. J. an die städtische Stiftungsdeputation Poststr. 16 einzureichen.

Die Tribünenkarten für den Reichstag sind infolge des lebhaften Interesses, das gegenwärtig den Reichstagsverhandlungen entgegengebracht wird, bereits bis zum 6. März vergriffen. Wir werden von berufener Seite gebeten, mitzuteilen, daß bis zu diesem Termin Meldungen nicht mehr entgegengenommen werden.

Absturz eines Fliegers. Der Flieger Schmidt wurde gestern, als er infolge Verlagens des Höhenmessers aus größerer Höhe niedergehen mußte, bei der heftigen Landung aus seinem Apparat geschleudert und erlitt einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen. Der Apparat, ein Doppeldecker, wurde vollkommen zerstört.

Vom dritten Stockwerk abgestürzt. Bei der Ausübung seines Berufes ist der Pauer Hermann Grund auf dem Neubaugrundstück Ringstr. 23 erheblich zu Schaden gekommen. G. hatte mit anderen Arbeitern ein Stangengerüst errichtet. Als er im dritten Stockwerk zwei Stangen durch einen Verbinder befestigen wollte, verlor er beim Vorbeugen das Hebergewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Arbeitskollegen sprangen schnell hinzu und schafften den Verunglückten nach der Rettungswache, wo erhebliche äußere Verletzungen bei ihm festgestellt wurden. Wahrscheinlich hat G. auch inneren Schaden genommen.

Auf dem Heimwege vom Dienste in den Landwehrkanal gesprungen und ertrunken ist in der vergangenen Nacht der 46 Jahre alte Postkaffner August Lindner aus der Fürbringerstr. 4. Der Mann war acht Jahre im Dienste und auf dem Postamt 11 am Anhalter Bahnhof beschäftigt. Zum zweitenmal verheiratet, wohnte er mit seiner Frau allein, nachdem die beiden Kinder aus erster Ehe die elterliche Wohnung verlassen hatten. Wiederholt klagte er seiner Frau und Bekannten, daß er viel Kummer und Verdruß habe, ließ sich aber nie darüber aus, woher das komme. In der vergangenen Nacht verließ er um 12 Uhr den Dienst. Auf dem Heimwege sprang er vor dem Hause Gallesches Ufer 26 plötzlich in den Kanal. Zwei unbekannte Männer zogen ihn bald wieder heraus und brachten ihn nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer. Dort starb er aber schon nach kurzer Zeit. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt. Es wird versichert, daß er sich im Dienste nichts habe zuschulden kommen lassen.

Ein Unhold als Stiefvater. Dem Moabitler Untersuchungs-gefängnis wurde gestern nachmittag der Schlächter Eduard K. aus der Rommelsstraße angefaßt. K. ist wegen schwerer Verbrechen, die er an seiner erst dreizehnjährigen Stieftochter verübt hat, verhaftet worden. Die die polizeilichen Ermittlungen ergaben, hat der Mordwale sein gefährliches Treiben schon seit längerer Zeit verübt.

Kunsthändler stahl ein Diebespezialist, der gestern vom des hiesigen Kriminalpolizei festgenommen wurde, ein 24 Jahre alter Kaufmann Max Eichner, den die Neuköllner Kriminalpolizei schon als Zechpreller suchte. Ein Mitglied des Radfahrervereins „Miß“, dem kürzlich einige Kunsthändler aus dem Vereinslokal gestohlen wurden, sah den Dieb gestern auf einem dieser Räder und ließ ihn durch die Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel bringen.

Ein Opfer des Eises wurde, wie wir mitteilen, ein Knabe, der an der Fernbrücke mit einer Scholle abtrieb und im Schiffsfahrkanal ertrank. Gestern wurde endlich seine Leiche gefunden und gelandet. Ein Schiffer, der mit seinem Kahn nach dem Nordhafen fuhr, sah und barg sie. Der Verunglückte wurde festgestellt als der 9 1/2 Jahre alte Sohn Bernhard des Maschinenarbeiters J. Nau aus der Lhmarstraße 15.

Zu einem sehr heftigen Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Straßenbahnwagen kam es am Mittwochnachmittag in der Frankfurter Allee. Dort versuchte vor dem Hause Nr. 99 der Aufseher des Pferdeomnibus Nr. 898 der Linie 18 der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft vor einem herannahenden Straßenbahnzuge der Linie 70 das Gleis zu kreuzen. Obwohl der Führer des Bahnwagens alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte, konnte er einen Zusammenstoß doch nicht mehr verhindern. Der Omnibus wurde so heftig angefahren, daß er gegen einen Laternenpfahl gedrückt wurde, der umgestoßen wurde, während sowohl der Motorwagen wie der Anhängewagen des Straßenbahnzuges aus den Schienen sprangen. Dabei wurde der Motorwagen ebenfalls gegen einen Laternenpfahl geschleudert, der ebenfalls umstürzte. Wunderbarerweise wurden bei dem Unfall Personen nicht verletzt.

Im Zahlabend im Gewerkschaftshaus ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei Jakob, Reichenberger Straße 123, Seitenflügel III.

Vorort - Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beriet in ihrer Sitzung vom Mittwoch, in der eine Zeitlang in Verhinderung der beiden Vorsitzenden ein Sozialdemokrat, unser Genosse Sogel, als Alterspräsident den Vorsitz führte, dem Etat.

In seiner einleitenden Rede entrollte der Rämmerer Sogel ein Bild von der Finanzlage der Stadt. Er wies darauf hin, daß der Etat eine Steigerung der Ausgaben um nicht weniger als 4 1/2 Millionen bringe, darunter 3 1/2 Millionen Ausgaben dauernder Natur. Momentlich erforderere der Anleihefonds erhöhte Summen, weil jetzt auch die verpackte Tilgung der Anleihen beginnt. Zur Deckung der Ausgaben kämen in erster Linie die städtischen Werke in Betracht, das Elektrizitätswerk bringe 1/2 Million mehr, als veranschlagt sei, das Wasserwerk liefere zum erstenmal einen Ueber-schuß, der sich auf 100 000 M. belaufe; dagegen seien die Einnahmen aus den Gasanstalten infolge der Kohlenpreise zurückgegangen. Mit 100 Proz. sei es nicht mehr möglich, den Etat zu belancieren, an den Ausgaben könne nichts getrichen, auch der Ausgleichs-fonds könne nicht angegriffen werden. Ueberhaupt wäre es ein Fehler, wollte man dauernde Ausgaben durch einmalige Einnahmen decken, zumal da der Schuldendienst von Jahr zu Jahr höhere Aufwendungen erfordere. Dazu kämen die Ausgaben, die der Stadt aus dem Zweckverband erwachsen, ferner die höheren Provinzial-abgaben, die Ausgaben für die im Begriff befindlichen Bauten, die später auch hohe Unterhaltungskosten verursachen. Mit Rücksicht auf alle diese Umstände schloß der Magistrat eine Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer von 100 auf 110 Proz. vor. Berlin und andere Vororte seien bereit, den gleichen Weg zu beschreiten, es sei also möglich, einheitliche Steuerätze zu schaffen, die von Zegen für Groß-Berlin seien.

Stadtv. Dr. Frenkel (lib.) bekämpfte die geplante Erhöhung des Steuerzuschlages. Auch in den Jahren 1910 und 1911 habe der

Kammerer die Finanzlage ungünstig gezeichnet, und trotzdem habe sich ein Ueberschuss ergeben. Er sei von der Notwendigkeit höherer Steuern nicht überzeugt, sondern werde sich im Ausschuss bemühen, den Etat so zu gestalten, daß man mit 100 Proz. auskommen könne. Man dürfe sich nur von den Charlottenburger Verhältnissen leiten lassen, nicht aber anderen Gemeinden zu Liebe eine Theaurierungspolitik betreiben.

In ähnlichem Sinne äußerte sich Stadtdr. Dr. Stadthagen (Kant.). Seine Freunde würden sich ihre endgültige Stellungnahme bis nach der Ausschussberatung vorbehalten, sie seien aber der Meinung, daß ein Grund zu einer Erhöhung des Zuschlages nicht vorliege. Würden die Steuern erhöht, dann sei ein Fortzug der Reichs zu befürchten. Es komme vor allem auf eine sparsame Wirtschaft an.

Stadtdr. Birjch (Soz.) erinnerte die Redner an die frühere Haltung ihrer Fraktionen. Früher hätten sie immer erklärt, daß die 100 Proz. für sie kein Noli me tangere (Rühr' mich nicht an) seien, nur dürfe Charlottenburg nicht allein vorgehen, sondern im Verein mit Berlin und anderen Vororten. Jetzt sei der Moment eines Zusammengehens gekommen, und da wollen die Charlottenburger Liberalen aus der Reihe tanzen. Seine Freunde hätten stets die Notwendigkeit der Erhebung einheitlicher Kommunalsteuergesetze in Groß-Berlin betont, sie hätten im vorigen Jahre beantragt, daß der Mehrertrag verwendet werden solle zur Erfüllung sozialer Aufgaben und zur Verringerung des Anleihebestandes oder Bedarfs. Auf diesem Standpunkt ständen sie auch heute noch. Man werfe den Sozialdemokraten häufig vor, daß sie nur fordern, sich aber nicht um die Ausführung der Mittel kümmern. Hier zeige es sich, wie falsch diese Behauptung sei. Die Sozialdemokraten seien bereit, für die 110 Proz. zu stimmen, die Liberalen aber würden es durch ihre Steuerhufe dazu bringen, daß wichtige kulturelle und soziale Aufgaben unerfüllt bleiben. Der Einwand, daß die Kinderheimstätten nicht zahlen, sei hinsichtlich der zahlen verhältnismäßig weit mehr als die Beständen. Aber so schwer es ihnen auch falle, seien die Arbeiter doch bereit, Opfer zu bringen, denn sie seien einseitig genug, um zu wissen, daß ohne gesunde Finanzen eine gesunde Gemeindepolitik nicht möglich ist. Das gelte besonders für die Arbeiter, die durch die sozialdemokratische Schule gegangen sind, und Charlottenburg habe ja bei der letzten Reichstagswahl in der Mehrheit sozialdemokratisch gewählt. Nichts sei verkehrter, als Schulden zu machen, die Bezahlung aber späteren Geschlechtern zu überlassen. Die kommende Generation werde noch ganz andere Aufgaben zu lösen haben, und dann werde man mit einer Erhöhung von 10 Proz. nicht auskommen. Leider habe die Mehrheit es unterlassen, rechtzeitig für neue Einnahmen zu sorgen, sie habe z. B. den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer wiederholt abgelehnt. Natürlich sei es leicht, den Etat so zu steuern, daß er mit 100 Proz. balanciert, man braucht nur die Einnahmen höher ansetzen und die Ausgaben kürzen. Aber wer wolle für einen solchen Etat die Verantwortung übernehmen? Parteien sei gewiß gut, aber man dürfe nicht an unredlichen Orte irren, wie es die Mehrheit erst kürzlich durch Streichung der vom Magistrat geforderten 30 000 M. zur Beschaffung, Ausstattung und Einrichtung einer Baracke im Krankenhaus Westend getan habe. Charlottenburg stehe in sozialer Beziehung längst nicht mehr auf der Höhe. Was sei aus der geplanten Arbeitslosenversicherung, was aus den Maßnahmen gegen die Teuerung, was aus der Gewährung freier Vermittelungen geworden? Eine Erhöhung um 10 Proz. treffe in der Hauptsache die Bestände, und diesen habe Abg. Stadthagen durch seinen Hinweis auf ihre Flucht aus Charlottenburg gerade kein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir dürfen uns nicht auf einen kurzfristigen Standpunkt stellen und ängstlich danach schielen, was die Wähler sagen, sondern uns von rein sachlichen Erwägungen leiten lassen. Unsere Anschauungen bedürfen sich durchaus mit denen, die die Liberalen hätten, als sie noch liberal waren.

Die Rede unseres Genossen war den Liberalen recht unangenehm, sie ließen ihm durch den Stadtdr. Meyer eine Erwiderung zuteil werden, die von Unrichtigkeiten wimmelte, und nahmen dann schnell einen Schlussantrag an, durch den sie und das Wort abschritten.

Der Etat ging wie üblich an den Etat Ausschuss. Gleichfalls einem Ausschuss überwiesen wurde der Bauungsplan für Nordwestend, gegen den u. a. Genosse Vogel eine Reihe Bedenken vom hygienischen Standpunkt aus vorbrachte.

Die Vorlage betr. Nachbewilligung für Rotfandsarbeiten wurde angenommen. Genosse Gebert machte Einwendungen grundsätzlicher Natur geltend, über die die Mehrheit jedoch zur Tagesordnung übergang. Ebenso gelangte die Vorlage betr. Verpachtung des Rechts zur Erhebung des Marktstandes Geldes auf den Wochen- und Krammärkten unter Ablehnung eines von Rüd begründeten sozialdemokratischen Antrages auf Uebernahme des Marktes in eigene Regie zur Annahme. In Verbindung damit richtete die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen, zu erwägen, ob sich nicht möglichst bald ein Fortfall des Marktes auf dem Wittenbergplatz und ein Fortfall oder eine Verlegung des Jahrmarktes in der Berliner Straße, Spreestraße und auf dem Wilhelmplatz herbeiführen lasse.

Lichtenberg. Bei der Gewerkegerichtsbeiratswahl wurden für die Kandidaten der freien Gewerkschaften im Bezirk I Hoff, Schilling 229, im Bezirk II Kante, Graf 700, im Bezirk III Stein, Damsberg, Goldack 657 und im Bezirk IV Krenning 906, insgesamt 2691 gültige Stimmen abgegeben. Durch das Stattfinden der Wahlen an einem Sonntage war eine rege Beteiligung zu bezeichnen. Es erhöhte sich die Gesamtstimmzahl gegen das Jahr 1910, wo 2145 Stimmen abgegeben wurden, um 246. Leider standen auch diesmal nicht genügend Wahllokale zur Verfügung. Besonders beengt ging es im IV. Bezirk zu. Trotzdem der Behörde seinerzeit Beschwerden über die Unzulänglichkeit der Wahllokale vorgebracht sind, ist für Abhilfe nicht gesorgt worden. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt. Leider war das Wahlergebnis bei den am Montag stattgefundenen Arbeitgeberbeiratswahlen nicht den Erwartungen entsprechend. Es wurden abgegeben insgesamt für die bürgerlichen Kandidaten 440, für die Kandidaten der Gewerkschaftskommission 140 Stimme. Die auf die bürgerlichen Kandidaten abgegebene hohe Stimmenzahl ruft insofern Verwunderung hervor, als man es für unmöglich hält, daß so viel selbständige oder zum wählen berechtigte Gewerbetreibende vorhanden sein können. Eine Nachprüfung der abgegebenen Stimmen wird hierüber Klarheit schaffen. Nach der Verschmelzung mit Nimmelsburg werden wahrscheinlich noch einmal Wahlen stattfinden.

Ober-Schöneweide. Gemeindevortretterwahl. Die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Voranschlags zum Etat für 1912 wurde einer Kommission überwiesen, der auch die Genossen Brunow und Ruch angehören. Die Auslosung von Vertretern hatte das Ergebnis, daß in der 1. Klasse Vertreter Kraushaar, in der 2. Klasse Reumann und in der 3. Klasse die Genossen Lehmann und Braune ausgelost wurden, für welche nunmehr Ersatzwahlen vorzunehmen sind. Von unseren Genossen und einigen Vertretern der 2. Klasse war der Antrag gestellt, ab 1. April 1912 eine Vermehrung der Zahl der Vertreter von 18 auf 24 vorzunehmen. Der Antrag wurde vom Genossen Brunow begründet mit dem Hinweis darauf, daß die stete Entwidlung des Ortes der Gemeindevortretter erhöhte Aufgaben zweise, und daß durch die rege Kommunalarbeit hohe Anforderungen an die Tätigkeit der einzelnen Vertreter gestellt würden. Der schon früher bei gleichem Anlag gemachte Einwurf, daß nicht genügende Auswahl von Kandidaten vorhanden, sei wohl nicht ernst zu nehmen; im übrigen würde auch bei den Wahlberatungen der Antrag auf Anstellung des im Ortsstatut schon länger vorgesehenen hofbedeten Schöpfen gestellt werden. Nach kurzer Debatte wurde die Verschmelzung mit Stimmgleichheit verweigert. Von der Verwaltung des Königin-Elisabeth-Hospitals war ein Gesuch betreffs unentgeltlicher Wasserlieferung eingegangen; beschloffen

wurde jedoch nur eine weitere Ermäßigung. Bei dieser Gelegenheit wurde das wenig fröhliche Beginnen der sonst frommen Krankenhausbewaltung und rechte Nicht getücht, durch das in einer Konzeptionsfakt ein Gewerbetreibender völlig ruiniert sei. Die Abrechnung für den Neubau des Realgymnasiums zeitigte eine ausgedehnte Debatte, da für das Direktorwohnhaus keine spezialisierte Abrechnung gegeben war; auch wurde teilweise die Ansicht vertreten, daß die Wohnräume zu opulent ausgestattet seien.

Durch die Tatsache, daß nach der letzten Volkszählung die maßgebende Zahl von 15 000 Einwohnern überschritten ist, bedarf es zum Betrieb von Gastwirtschaften usw. mit sogenannter halber Konzession keines Nachweises der Bedürfnisfrage mehr; der Vertretung ist nun ein Ortsstatut zugegangen, welches diese Bedingung wieder einführt. Genosse Ruch legte dar, daß es eine Ungerechtigkeit wäre, für einen Gewerbebezirk schärfere Bestimmungen zu treffen; zudem gäbe die ganze Art der Konzessionserteilung schon Übergangsstoff zu unerhörten Drangsalierungen, als daß man noch Gelegenheit dazu schaffe. In der Abstimmung wurde das Statut abgelehnt. Ein Antrag, den Bestimmungen des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Kauforderungen am zweiten Gestung zu verschaffen, wurde dahin erledigt, daß die Sache vorerst an die Baukommission verwiesen wurde; es soll versucht werden, die Gemeinden Groß-Berlins zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. In der Debatte wurden sehr übertriebene Beschuldigungen betreffs Aufhörens der Baulastigkeit laut. — Den Einsparungen gegen die Gemeindevorläuferliste mußte zum größten Teile stattgegeben werden, ein Teil wurde jedoch als unbegründet zurückgewiesen, da die betreffenden nur als Schlafstelleninhaber gemeldet waren.

Pankow. Die Gemeindevorwahlen finden laut amtlicher Bekanntmachung für die dritte Wählerabteilung am Sonntag, den 3. März d. J., in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends statt. Gewählt wird im ersten Bezirk bei Ebersbach (L. zum Kurfürsten), Berliner Str. 102, im zweiten in der Turnhalle der V. Gemeindefchule (Eingang Wollanstr. 131). — Für die zweite und erste Wählerabteilung findet die Wahl am 4. bezw. 5. März statt.

Infolge Abriß ihres bisherigen Turnlokals finden die Liebungsfunden des Arbeiterturnvereins Pankow (R. d. V. L. V.) am Dienstag und Freitag jeder Woche bei Ebersbach, Berliner Str. 102 statt. Eine Turnhalle wird bekanntlich diesem Verein nicht zur Verfügung gestellt.

Reinickendorf. Eine Liebesstragödie hat sich in der gestrigen Nacht in Reinickendorf-Off abgepielt. In dem Restaurant Provinzstr. 48, Ede Granatenstraße, erlösch ein 24 Jahre alter Arbeiter Rog Koitsch von der Grube Zise seine Geliebte, die zwanzigjährige Arbeiterin Margarete Raschdorf aus der Granatenstr. 5 und tötete sich dann selbst durch mehrere Schüsse. Die beiden Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt. Das junge Mädchen war auf der Grube Zise geboren und dort groß geworden. Vor einiger Zeit siedelte es nach Reinickendorf-Off über und wohnte dort bei einem Onkel in der Granatenstr. 5. In dieser Familie starb in voriger Woche eine Tochter, und zur Beerbigung war auch der Arbeiter Koitsch, der Bräutigam von Margarete Raschdorf, herübergekommen. Er logierte in dem Restaurant in dem die Tragödie ihren Abschluß fand. Was eigentlich zwischen den beiden Liebesleuten vorgefallen hat, ist noch unbekannt. Das junge Mädchen erschien vorgestern abend in dem Restaurant und unterhielt sich lange Zeit mit Koitsch. Gegen Mitternacht zog dann der Arbeiter plötzlich einen Revolver hervor und feuerte ihn auf das ahnungslose Mädchen ab. Die Kugel drang in die Schläfe, so daß die Betroffene mit einem Aufschrei zusammenbrach. Gleich darauf brachte sich Koitsch selbst mehrere Schüsse bei, die sofort tödlich wirkten. Das schwerverletzte Mädchen wurde nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht, starb dort aber auch gleich nach der Einlieferung.

Brip-Vudoto. Eine Reihe interessanter Beratungsgegenstände bietet die am heutigen Freitag, nachmittags 5 Uhr, in Sitzungssaal des Rathhauses, Schauffestr. 48, tagende Gemeindevortretterwahl. So wird sich u. a. die Vertretung mit der Frage der Einrichtung einer Berufsvormundschaft, dem Erlaß eines Ortsstatuts über die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen und der Auslösung des am 1. April d. J. ausscheidenden Gemeindevortretters der III. Abteilung beschäftigen.

Kalkberge-Rüdersdorf. Die Gemeindevortretterwahl beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung wieder hauptsächlich mit der Bahnbauangelegenheit. Zunächst wurde davon Kenntnis gegeben, daß die nochmalige persönliche Rücksprache der Herren Lüdtke und Noepfisch mit dem Landrat in der Angelegenheit betr. Abschluß eines Vertrages mit dem Kreise Niederbarnim wegen Benutzung der Kreisbahnlinie zur Bahnanlage nicht den geringsten Erfolg gezeitigt hat. Nach dem § 12 des Vertrages ist es dem Kreise gestattet, nach Ablauf von 40 Jahren die Bahn zum Lagerpreise zu übernehmen. Außerdem ist der Kreis berechtigt, von der Gemeinde Kalkberge, wenn nach Ablauf der angegebenen Zeit kein neuer Vertrag abgeschlossen wird, die Verteilung der Bahn auf ihre Kosten zu verlangen. Da Vorteile für die Gemeinde durchaus nicht zu erreichen waren, mußte die Vertretung dem Abschluß des Vertrages zustimmen. Den Zuschlag für den Bau der Wagen-, Wartehalle usw. erteilte die Versammlung dem Bauunternehmer Konrad. — Der Bahnbetrieb wird mit der Gemeinde Schöneiche gemeinsam veranstaltet. Darauf beschloß die Versammlung die Anschaffung von zwei Triebwagen von der Gasmotorenfabrik Deutz zum Preise von je 19 500 M. — Die durch den Bau des Wasserwerks entstehenden Kosten beziffert sich für Kalkberge allein auf 127 000 M. Falls sich die Gemeinden Rüdersdorf und Taddorf an der Wasserentnahme beteiligen, ist ein Zuschuß von 84 000 M. nötig. Die Rechtsfragen mühen dann von den beiden genannten Gemeinden aufgebracht werden. Rüdersdorf verlangt jedoch dafür die Beteiligung der Gemeinde Kalkberge an der Entnahme von Gas, wodurch letztere Gemeinde für Legung des Gasrohrnetzes circa 38 000 M. aufzubringen hätte. Die Vertretung sahnte den Vorschlag, daß, wenn Rüdersdorf und Taddorf Wasser abzunehmen gemillt seien, das Wasserwerk auf Kosten der genannten Gemeinden entsprechend vergrößert werden solle.

Jugendveranstaltungen. **Schöneberg.** Sonntag, den 18. Februar: Ausflug nach Wlcheldorfer zum „Alten Freund“. Treffpunkt: morgens 8 Uhr am Bahnhof Ebersbach.

Aus aller Welt. Die gefährliche Farbe. Die sächsische Polizei hat für den sächsischen Karnebalstrübel einen guten Witz beigezeichnet — allerdings unfreiwillig, denn in Sachsen hat man keinen Sinn für Maskenhumor, wie das folgende Geschichtchen beweist: In dem Dorfe Deuben bei Burgen erschien auf dem öffentlichen Maskenball eine weibliche Waise, die eine rote Fahne schwang. Folge: Ein polizeilicher Strafbefehl, in dem es heißt: „Laut Anzeige sind Sie beschuldigt, am 26. d. M. bei dem im Höpkinsen Gasthof zu Deuben stattgefundenen öffentlichen Maskenball eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Hoch lebe die Freiheit, Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“, mit ein republikanisches Abzeichen getragen, die Fahne auch fortgesetzt hoch über den

anderen Teilnehmern des Maskenballes geschwenkt und dadurch Argernis erregt, sowie großen Unfug begangen zu haben. Beweismittel: Zeugnis des Gendarmenoberleutnants Raps in Burgen, der Gutsbesitzer Paul und Dolär Hörig und Streller, der Hausbesitzer Müller und Lichtenberger in Deuben. Auf Grund von § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzes, verbunden mit der Verordnung vom 14. Juni 1849 und § 5 der Verordnung vom 6. Juli 1904 wird daher gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von 20 M. und Bezahlung der erwachsenen Gebühren mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle Haft in Dauer von 3 Tagen zu treten hat.“

Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß die Fahne in sicherheitspolizeilichem Interesse zur Vermeidung weiterer derartiger Handlungen in Verwahrung genommen ist. — Nun wird wohl Sachsen wieder ruhig sein.

Explosion in einer Sprengstofffabrik. In der westfälischen Stadt Brilon hat sich gestern eine schwere Pulverexplosion zugetragen. Kurz vor 7 Uhr morgens ist das Menghaus der Sprengstofffabrik Koppede A.-G. in die Luft geflogen. Von den im Hause beschäftigten Arbeitern wurden vier getötet und zwei schwer verletzt. Die Leichen der Getöteten konnten bisher nicht aufgefunden werden.

Der Hungertod im Leuchtturm. Ein furchtbares Drama hat sich auf der Insel Lobeira an der spanischen Küste abgepielt. Zur Sicherung der Schifffahrt ist auf der Insel ein Leuchtturm errichtet, zu dessen Bedienung sechs Personen auf der Insel leben. Die furchtbaren Stürme haben es unmöglich gemacht, den Leuten die notwendigen Nahrungsmittel zu senden. Seit 25 Tagen sind die Leute ohne Nahrungsmittel. An der spanischen Küste ist vor einigen Tagen eine Flakpost angeschwemmt worden, in der die Hungernden um Hilfe flehen. Es ist auch bisher noch unmöglich gewesen, in die Nähe des Leuchtturmes zu gelangen und so jede Hoffnung geschwunden, die von der Außenwelt Abgeschnittenen noch lebend zu erreichen.

Schreckensstat einer Wahnsinnigen. Eine entsetzliche Familienstragödie ereignete sich am Mittwoch in der Via Pellegrino in Palermo. Aus Eifersucht wurde die Frau des Bankiers Agostino Guarneri wahnsinnig und tötete ihren Mann sowie ihre vier Kinder im Alter von vier bis zehn Jahren durch Verkohlung. Darauf sprang sie durch das Fenster und blieb wunderbar Weise ohne äußere Verletzungen erhalten zu haben, ohnmächtig auf der Straße liegend. Die Unglückliche wurde in ein Hospital übergeführt.

Kleine Notizen. Unter Spionageverdacht. Zwei bei der Firma Karl Reiff in Jena beschäftigte Mechaniker mit Namen Gauß sind wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Die zwei Genannten sind Brüder des früheren Schuttmanns Gauß in Wilhelmshaven, der vor kurzem wegen Einbruch und Landesverrat in England verhaftet worden ist. Alle drei Brüder stehen im Verdacht der Spionage. Bei dem früheren Schuttmann vorgefundene Papiere haben Veranlassung zur Verhaftung gegeben.

Typhusepidemie. In der Gegend von Bukarest, besonders an der Wasserstraße des Pruth, ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind 800 Erkrankungen festgestellt worden. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen verfügt, um ein Ausbreiten der Seuche zu verhindern.

Opfer der Kälte in Frankreich. In Argenteuil sind drei Soldaten, die sich auf dem Rückwege von einer Festlichkeit verirrt, erfroren aufgefunden worden.

Schwerer Sturm in Nordasien. Wie aus Dmsi gemeldet wird, sind durch einen Orkan im Gebirge Tschim viele Menschen ums Leben gekommen. Bisher wurden 63 Leichen aufgefunden.

Eingegangene Druckschriften. Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 20. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Wahlberechtigung. — Die Politik J. W. A. Schmeißers und die Sozialdemokratie. Von D. Lauenberg. — Zur Judenfrage in Rußland. Von J. Leder. — Geschehen der Arbeit in der chemischen Industrie. Von Emanuel Baum.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Oberkammer sub Nr. 1 und Nr. 2, vom 1. März 1912. — **Frage 1.** — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abwechslung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberkammer vor.

Annos 1000. Läßt sich nur an Hand des Statuts beurteilen. — **Nr. 1.** 1. Erloßt der Umzug nach im März, so kann Treptow erst vom 1. April ab Gemeindevortretterwahlen verlangen. 2. Um 10. 3. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Frage 2. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abwechslung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberkammer vor.

Annos 1000. Läßt sich nur an Hand des Statuts beurteilen. — **Nr. 1.** 1. Erloßt der Umzug nach im März, so kann Treptow erst vom 1. April ab Gemeindevortretterwahlen verlangen. 2. Um 10. 3. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Frage 3. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abwechslung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberkammer vor.

Annos 1000. Läßt sich nur an Hand des Statuts beurteilen. — **Nr. 1.** 1. Erloßt der Umzug nach im März, so kann Treptow erst vom 1. April ab Gemeindevortretterwahlen verlangen. 2. Um 10. 3. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Frage 4. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abwechslung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberkammer vor.

Annos 1000. Läßt sich nur an Hand des Statuts beurteilen. — **Nr. 1.** 1. Erloßt der Umzug nach im März, so kann Treptow erst vom 1. April ab Gemeindevortretterwahlen verlangen. 2. Um 10. 3. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Frage 5. — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abwechslung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Oberkammer vor.

Jeder wähle
den durch seine Güte unerreicht dastehenden
Kapitän-Kautabak
General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O 27, Grüner Weg 11

Achten Sie
auf den Namen
„GREIFENHAGEN“
wo Sie ihn auch sehen!
In Zeitungen, auf Kassenzetteln, Einschlagpapier etc.
Es lohnt sich vielleicht!
Aufklärung morgen.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35** Wenn Sie **Möbel** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik **35**
H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5457
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**
Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Besserstraße beim **Alten Freund**.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 16. Februar 1912.
Anfang 7 Uhr.
Sgl. Opernhaus. Die Walküre.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sgl. Schauspielhaus. Der Beißer von Cerulus.
Deutsches. Romeo und Julia.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Corrañani. Gala-Vorstellung.
Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Lindenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Königsplatz. Die Ratten.
Neues Schauspielhaus. Fiat justitia!

Metropol-Theater. Königsplatz.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Walhalla-Theater. Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 1/2 Uhr: Premiere.
Menschenrechte!
Großes soziales Ausstattungsvolksstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reinhardt. In Szene gesetzt von Direktor James Klein.

Union-Theater. H. v. d. Reiter.
Hente letzter Tag!
Kurz vor Redaktionsschluss.
Heller der Menschheit.
Ihr Ehemänner.
Der Held im Unterseeboot.
Asta-Nielsen-Zyklus:
Unter den Länden:
Zigeunerblut.
Wedding:
Die Macht des Goldes.
Hasenheide:
Im großen Augenblick.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Propeffell.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Propeffell.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Propeffell.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königsplatz-Strasse
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater. Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der tolle Bauer

Theater des Westens. Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Luise Theater. Freitag: Der Berichtener.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Schneeswehchen und Rosenrot. Abends: Sommerput.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62, (7 1/2-10 Uhr)
Saturn, Orionnebel usw.

Residenz-Theater. Dorotheenstraße.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin u. G. Wittschell. In Szene gesetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Bachers.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Belle-Alliance-Theater. 6 1/2 Uhr: Vorlesung: Kapitän Bonaparte und seine Frauen.

POSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Spielteufel.
Vollständig in 4 Akten von Julius Knopf.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Am Janberlande Rubezahl. 8 Uhr: Der Spielteufel.

Metropol-Theater. Königsplatz.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Apollo Theater 10 1/2 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg des neuen komisch. Programms
8 für Berlin neue Debüt
mit dem Tagesgespräch von Berlin:
Paul Beckers
Grottesk-Komiker.

Herrnfeld Theater Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
3 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novitäten:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Passage-Theater. Schneider-Duncker Carl and Lotty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrett-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

Voigt-Theater. Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 16. Februar:
Zum Besuch für den Regisseur Franz Mühlte:
Das Geheimnis eines Königshauses.
Schauspiel in 9 Bildern.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonabend, den 17. Februar, in den festlich dekorierten Sälen der „Aktien-Brauerei Friedrichshain“ (am Königstor):
Großer Wiener Maskenball
4 Musikkapellen. — Die neuesten Vorführungen.
Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde u. Bekannte sind hiermit freundl. eingeladen.
Einlaßkarten a 50 Pf. (Kinder unter 14 Jahren sind frei) sind in den Bezirkslokalen sowie im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen.
Der Vorstand.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Zillertaler und Tegernseer Säng. Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchner Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Walhalla-Theater
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 1/2 Uhr: Premiere.
Menschenrechte!
Großes soziales Ausstattungsvolksstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reinhardt. In Szene gesetzt von Direktor James Klein.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute Freitag: **Elite-Tag.**
Gratisverteilg. von 200 Wertgegenständen.
Größter Bock-Jubel u. Trubel. Auf der Alm.
Die berühmtesten Festwirte
Ehrenbräuer und Weinzerl.
4 Kapellen. 100 Oberbayern.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Täglich:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
Wochentags 7 Uhr. Wochentags 30 Pf.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Wunderbare Alpendekoration.
Dienstags, Mittwochs, Donnerstags: Elitstage. Großer Ball.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen in ihren religiösen Hartyer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Königstadt-Kasino.
Edle Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich Varietés und Theater.
Som 1.-16. Februar
Niesenprogramm.
In jeder Vorstellung:
● Ein dunkler Punkt. ●
Purleste mit Gesang in 2 Bildern.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Heiden.
Purleste u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Wandelblüth's Polterabend.
Casino-Theater
Lohbringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr:
Der seltsame Hellschinder.

Union-Theater
Hente letzter Tag!
Kurz vor Redaktionsschluss.
Heller der Menschheit.
Ihr Ehemänner.
Der Held im Unterseeboot.
Asta-Nielsen-Zyklus:
Unter den Länden:
Zigeunerblut.
Wedding:
Die Macht des Goldes.
Hasenheide:
Im großen Augenblick.

Morgen Sonnabend
außerordentliche **Premiere!**
Zwei einzig dastehende Gastspiele.
Die französische Tragödin
Sarah Bernhardt
in
„Die Kameliendame“.
Der berühmte holländische Schauspieler
Louis Bonwmeester
in
„Geldgier“.

Zirkus Schumann
Abend 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung mit reichhaltigem Programm u. Auftreten von Dir. A. Schumann. — Gebr. Webb. — Fel. Dora Schumann u. sämtliche Attraktionen. — Das neueste, größte, nicht zu übertreffende Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten.
1. Akt: Im Berl. Schlächterladen. 2. Akt: Leben und Treiben vor einem Warenhaus. Aufziehen d. Regimentsmusik. 3. Akt: Im Innern des Warenhauses. 4. Akt: Auf d. Trabrennbahn in Weißensee.

Zirkus Busch
Freitag, den 16. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Komischer Gala-Abend
Ho-Karl der Unbesieglige und seine japanischen Ringkämpfer.
Clown Armando mit d. boxenden Känguruh, 3 Schwestern Blumenfeld, Reitkünstler, Herr Ernst Schumann, Freiheitsdress, Clowns Morris u. Vincent, Francois u. Petersen mit 2 neuen Entrees, Fri. Stennis, 8 Schül.
Um 9 1/2 Uhr: **Die Hexe.**
Gr. Volks-Manege-Schauspiel.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonabend und Sonntag 3 Uhr und 7 1/2 Uhr:
2 Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Biletverkaufsstellen von A. Worthelm.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Dienstag, den 20. Februar:
3. Admirals-Redoute
(Fastnachts-Redoute).

Öffentliche politische Versammlungen.

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 18. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

„Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten?“
Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn (Grünberg i. Schl.).
Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf. 210/81
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer: **Ang. Pohl**, Raunynstraße 30.

Tischler-Verein

z. d. 89.

Sonabend, den 17. Februar.

abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Neuregelung der Versammlungen.
Bereinsangelegenheiten. Zahlen der Beiträge.
198/5 Der Vorstand.

Stoffe

für engl. Damenstoffe „Nauholter“,
Herrenstoffe 140 breit, Str. 3, 4 Pf.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Vierter Wahlkreis Petersburger ::: Viertel. :::

Sonntag, den 18. Februar 1912, abends 5 Uhr, im Lokale
Fürstenberg, Frankfurter Allee 106:

Öffentliche Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Karl Melle über: „Was haben wir
vom gegenwärtigen Reichstag zu erwarten?“ 2. Diskussion.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

213/5* Die Viertelabteilung.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 18. Februar, abends 6 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142.

Vortrag des Reichstags- und Landtagsabgeordneten **Dr. Karl Liebknecht** über:

„Die politische Lage“.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

225/13* Der Einberufer: **Hermann Langner**, Tegeler Straße 17.

Zentralverband der Hausangestellten

Sonntag, den 18. Februar, in Feuerstein's Festsaal, Alte Jakobstr. 75:

Große Dienstboten-Versammlung.

Vortrag des Herrn Arbeitersekretärs **Wolf Ritter** über:

„Invalidenversicherung“.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein.

Seit 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Wir erlauben die Arbeiterschaft, alle ihre bekannten Hausangestellten auf
diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118).

Sonntag, den 18. Februar 1912, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

bei Wille, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des ersten Kassierers vom Jahre 1911 sowie Revisions-
bericht, Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Ergänzungswahl des
Vorstandes: erster Vorsitzender, zweiter Kassierer, ein Beisitzer und vier
Ersatzmänner, Wahl des Ausschusses und vier Ersatzmänner. 3. Beschlu-
ßfassung über das Fortbestehen unserer Kasse unter der Reichsversicherungs-
ordnung. 38/1*

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer- Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 18. Februar:

1. Abt.: 2 Uhr: Kaulsdorf Süd.

(Sanktfont).

2. Abt.: 1 Uhr: Grünau (Bäcker-
haus).

3. Abt.: 1 Uhr: Schönholz (Nann-
low).

4. Abt.: Museumsbesuch für Berg-
und Hüttenweihen. Treffpunkt In-
validenstr. 44.

5. Abt.: 1 Uhr: Glienicke an der
Kordbahn.

6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Grob-Lichterfelde
(Barenth).

7. Abt.: 2 1/2 Uhr: Museumsbesuch
für Meerestunde. 1 Uhr: Adlerhof
(Wöllstein). Start: Schulstr. 29.

8. Abt.: 2 Uhr: Schmargendorf
(Schützenhaus).

9. Abt.: Bei Böker (Gebelstraße).
Start an den bekannten Stellen.

Achtung!

Am Sonnabend, den 24. d. M.,
findet in der Neuen Welt unter
bleibendes Alpenfest halt. Dort-
selbst u. a. Präsentverteilung und
originelle Prämierung. Näheres
siehe Inserat am nächsten Sonntag
im „Vorwärts“. 10/13

Montag, den 19. Februar:

Zentralvorstands-Sitzung.

Der wichtigen Tagesordnung wegen
ist vollständiges Erscheinen der
Funktionäre notwendig.
Der Zentralvorstand.

Frack-Verleih-Institut

Frack, Gehrock, Smoking-Anzüge, für
jede Größe passend, in großer Aus-
wahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt**,
Friedrichstr. 115 I, a. Dramenburg-Tor.
Tel. Nord 7402.



**Zur
Einsegnung
ANZÜGE**

ein- und zweireihig aus blauem und
schwarzem Chevrot u. schwarzem Kammgarn
modernste Fassons

M. 10.-11.-15,50 17.-20.-22.-25,50
M. 28.-30.-33.-35.-39.-44.-48.-

KLEIDER
Mark 25 bis 38

Schuhe □ Hüte □ Handschuhe
Wäsche □ Krawatten
In reicher Auswahl, zu billigsten Preisen!

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders
Kaiser-Wilhelm Str. 41-42 □ BERLIN C □ Spandauer Strasse 70-71

Das Haus hat keine Zweig-
Niederlassung in Berlin

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Mar-
garine bezeichnet werden, weil man sie sonst
von Butter nicht unterscheiden könnte.
Nehmen Sie die Verpackung weg und
Sie haben die feinste Süßrahmbutter!
Lassen Sie sich keine Nachahmungen
aufdrängen!

Ich habe mich als prakt. Arzt,
Wundarzt und Geburtshelfer
niedergelassen. 24/6*
Dr. Georg Perlmann, Prinzenallee
42-43.

Rosenthaler Hof, Inhaber: **Otto Schilling**,
Rosenthalerstr. 11/12.
7 Säle m. Theaterbühne, 150-400 Pers., 9 Vereinszimmer, 2 Regelbahnen
an Gewerkschaften und Vereinen unter kulantesten Bedingungen zu vergeben.
Sonnabende und Sonntage noch frei. — Amt Nordstr. 2438.

„Frisch auf“ zum Ausverkauf

Frühjahr empfehlen wir allen Radfahrern unsere prima „Frisch auf“-
Patent-Kapselgetriebe (Deutsches Reichspatent 100 596). Dieselben haben einen eleganten Bau, spielend leichten
Lauf und sind unverwundlich im Fahren.
Außerdem offerieren wir prima Pneumatiks und Fahrradteile sowie alle Radfahrer-Bekleidungsgegenstände in
vorzüglicher Qualität zu billigsten Preisen.
Neue Modelle für Saalmaschinen. Lenkstange wie Sattel sind während des Fahrens leicht herauszunehmen.
Dieselben können auch für Kunstdraht empfohlen werden. „Frisch auf“-Nähmaschinen sind anerkannt beste Marke.
Um zu räumen, haben wir einen

in Ledersandalen und Segeltuchschuhen arrangiert und werden dieselben, solange Vorrat reicht, zu 33 1/2 Prozent
unter Katalogpreis verkauft.
Man beachte unsere Schaufenster am hiesigen Platze Brunnenstraße 35 und Kottbuser Straße 9.

Fahrrad-Haus „Frisch auf“
Offenbach am Main. 102/10*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenklub):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Bilderrahmenmacher.

Montag, den 19. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelufer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
3. Neuwahl der Branchenkommission. 4. Branchen- und Verbands-
angelegenheiten. 78/30

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches Erscheinen erucht Die Kommission.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Geschäftsbericht und Neuwahl des gesamten
Vorstandes. 2. Stellungnahme zum Verbandstage. 3. Aufstellung der
Delegierten zum Verbandstage. 4. Verbandsangelegenheiten.
5. Vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet

51/4 Der Vorstand.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungsrichtungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsübergütung bei keiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 108.

Kein Abzahlungsgeschäft. 298/06*